

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Dienstag, den 20. Juni 1911.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährlich 2,30 RM., monatlich 1,10 RM., wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnements: 1,10 Mark pro Monat. Eingetragene in die Post-Zeitungs-Verzeichnisse. Unter Kreuzband für Deutschland und Österreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat. Postabonnements nehmen an: Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgehaltene Kolonnenzeile oder deren Raum 50 Pf. für politische und gesellschaftliche Vereins- und Veranlassungs-Anzeigen 30 Pf. „Kleine Anzeigen“, das ist gedruckt Wort 20 Pf. (zulässig 2 fettegedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adressen: „Sozialdemokrat Berlin“.

Junkerliches Ränkespiel.

Die Konservativen suchen im junkerlichen Großpreußen, das man offiziell Deutsches Reich nennt, wieder mal kaiserlich-königliche Vorherrschaft zu spielen und hinter den politischen Kulissen ein sogenanntes kleines Minister-Revirement vorzubereiten. Als vor einigen Tagen die „Konservat. Korresp.“, das offizielle Organ des Seydebrandtschen Generalstabs, unter der Maske eines um das Ansehen der preussischen Krone besümmerten Royalismus sich gegen die „Praxis“ vertraulicher geschäftlicher Beratungen der Minister mit sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten wandte und mit selbstbewußter Arroganz Redenshaft verlangte, da ist diese für die gottgegebenen preussischen Abhängigkeitsverhältnisse so hochinteressante Forderung fast allgemein als ein junkerlicher Angriff gegen den Reichskanzler aufgefaßt worden, und die ehrsame „Nationalzeitung“ hat sich als Schutzpatronin des Herrn von Bethmann Hollweg sofort bemüht, entrüstungsbevoll die Inkonsequenz, Höflichkeit und Arroganz dieses Angriffs nachzuweisen. Doch die Zeichen trügen. Wie es nach den neueren mehr oder minder deutlichen Aeusserungen der konservativen Presse scheint, hat auch in diesem Fall die parteioffizielle „Konservat. Korresp.“ nur nach der bekannten Taktik gehandelt: „den Sack schlägt man und den Fessel meint man“. Und daß ehrsame Gräutier, das die Schläge eigentlich treffen sollen, ist nicht der Reichskanzler, sondern der Staatssekretär Delbrück. Schon die Fassung der Anfrage des Seydebrandtschen Sprechorgans weckte Zweifel, ob tatsächlich Herr Theobald von Bethmann Hollweg getroffen werden sollte; denn obgleich dieser vorher verschiedentlich hatte erklären lassen, daß er mit keinem sozialdemokratischen Abgeordneten über die elsah-lothringische Verfassungsfrage verhandelt habe, und obgleich ferner die konservativen Führer ganz genau wußten, daß nur der Staatssekretär Dr. Delbrück mit den Genossen Frank, Emmel und Böhle über das elsah-lothringische Verfassungsgesetz gesprochen hat, stellte sich doch die „Konservat. Korresp.“ so, als glaube sie die von konservativen Blättern verbreitete Nachricht, daß auch der Reichskanzler mit „führenden Genossen der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion“ konferiert habe und zwar nicht nur über elsah-lothringische Verfassungsfragen, sondern allgemein über die „schwebenden Reichstagsangelegenheiten“.

Diese spitzfindige Fassung der Anfrage konnte nur den einen Zweck haben, den Reichskanzler zu veranlassen, offiziell zu erklären, daß er nicht mit Sozialdemokraten konferiert habe und auch nicht zu konferieren gedenke — dann war der Staatssekretär Delbrück offiziell als der eigentliche Schuldige, als der Verächter der preussischen Regierungstraditionen und Minderer des „Ansehens der Krone“ gekennzeichnet, und gegen ihn konnte nun um so ungenierter die konservative Meute losgelassen werden.

Und die konservativen Taktiker haben sich bei diesem Antragspiel weder in dem Selbsten des Herrn Theobald von Bethmann Hollweg, noch in seiner Demut vor konservativen Anforderungen getäuscht. In Anerkennung seiner gottgewollten Abhängigkeit von dem Willen der konservativen Führerschaft hat er bereits am Sonnabend in der „Nordd. Allg. Ztg.“ offiziell verkünden lassen, daß nicht er, sondern nur der Staatssekretär des Innern mit sozialdemokratischen Parlamentariern konferiert habe und daß er noch wie vor die Sozialdemokratie als staatsfeindlich und unregierungsfähig betrachte. Zwar wird auch Herr Delbrück in Schutz genommen, aber nur mit dem Hinweis, daß sein Verhalten doch ganz zweckmäßig sei und der parlamentarische Mechanismus nun einmal derartige „Verührungen“ mit sich bringe. Die Verantwortung für die Handlung des Staatssekretärs des Innern zu übernehmen, das fällt dem Reichskanzler nicht ein, obgleich er verfassungsrechtlich diese Verantwortung trägt und zweifellos von dem Plan des Staatssekretärs Delbrück, auch sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete zur Konferenz über die elsah-lothringische Verfassungsfrage heranzuziehen, vorher gewußt hat.

Dadurch ist Herr Delbrück als eigentlicher Sündenbock preisgegeben; und die konservativen Blätter beginnen denn auch bereits ihre patriotische Ministerhag, voran natürlich die „Kreuzzeitung“, die sich schon in ihrer Sonntags-Wochenübersicht folgende niedliche Anrempelungen des Staatssekretärs Delbrück leistet:

„Wenn auch inzwischen eine Aufklärung von offiziöser Seite darüber erfolgt ist, daß der Reichskanzler selbst keinen der „Genossen“ zu sich entboten hat, und daß keiner von ihnen bei ihm erschienen ist, so kann der „Konservativen Korrespondenz“ die Berechtigung auch zu der nachträglichen Bemerkung nicht abgesprochen werden, daß es doch einen eigenen Eindruck auf die lokale Bevölkerung des Landes machen muß, wenn sie sehe, daß die höchsten Staatsbeamten gegenüber einer Partei, die offen den Umsturz eben dieser Staats- und Gesellschaftsordnung betreibt, gleichwohl den Standpunkt einer Gleichberechtigung mit den übrigen Parteien zu beobachten scheinen. Denn hat es auch der Reichskanzler vermieden, sich mit Vertretern der Sozialdemokratie in persönliche Unterhandlungen über schwebende Regierungsangelegenheiten einzulassen, so ist es doch, wie der „Kölnische Zeitung“ (Nr. 688) aus Berlin gemeldet wird, richtig, daß

Staatssekretär Delbrück eine Besprechung über die elsah-lothringische Verfassungsvorlage mit den „Genossen“ Emmel und Böhle herbeigeführt hat. Das Kölnische Blatt nimmt — hoffentlich mit Unrecht — an, daß dies mit Wissen und Willen des Herrn v. Bethmann Hollweg geschehen sei, und findet, hiergegen sei verständigerweise nicht das geringste einzuwenden. So hat man im nationalliberalen Lager früher nicht gedacht. Früher war man dort mit uns sogar in der Vertehrung gegen das Reichsamt des Innern einig, als von diesem ein Verkehr mit den sozialdemokratischen Genossen auf dem Fuße der Gleichberechtigung angebahnt wurde und zu Gewerkschaftslogenvertreter entsandt wurden. Und was für ein ungeheurer Unterschied ist es, ob mit den Gewerkschaftsführern über Arbeiterangelegenheiten oder ob mit sozialdemokratischen Parlamentariern über ein Verfassungsgesetz verhandelt wird. Was soll die loyale Bevölkerung von solchen Verhandlungen denken, und wie soll ihr nun klar gemacht werden, daß der grundsätzliche und unversöhnliche Kampf gegen die Sozialdemokratie eine staatsbürgerliche, ja nationale Pflicht sei?“

Dann wird in einer Polemik gegen die „Köln. Ztg.“ herausgerechnet, daß auch ohne die Zustimmung der sozialdemokratischen Fraktion die elsah-lothringische Verfassungsvorlage im Reichstage angenommen wäre, also Herr Delbrück sich die Verhandlungen mit den Genossen „hätte ersparen können“, und schließlich heißt es unter Hinweis auf das Eindringen der Sozialdemokratie in das Beamtentum und die Stellung der fortschrittlichen Volkspartei zur Sozialdemokratie:

„Es ist die höchste Zeit, daß die Regierung dazu mit aller Entschiedenheit Stellung nimmt. Wenn liberale Parteien, ihren früheren Grundfäden zuwider, der Sozialdemokratie Gleichberechtigung zuerkennen, so ist das ihre Sache. Sie werden an den Folgen dieses Gestimmungswechsels noch schwer genug zu tragen haben. Aber die Regierung kann solche Wege nicht einschlagen und kann solchen Verirrungen gegenüber auch nicht länger schweigen. Sie würde von der Geschichte eine schwere Verantwortung auf sich nehmen, wenn sie es unter den heutigen Zeitverhältnissen an Aufklärung über alle diese Irreführungen, Verkehungen und Beunruhigungen fehlen ließe.“

Sekundiert wird bei dieser niedlichen Hag das Organ der Krautjunker von dem der Sälotjunker, der „Rhein-Westf. Ztg.“, die sich mit folgender Aeusserung gegen die „Nordd. Allg. Ztg.“ wendet:

„Nichts anderes als eine Vettelei war es doch, wenn Staatssekretär Delbrück, natürlich im Einverständnis Bethmann Hollwegs zum so und so vielen Umfall der Reichsregierung in der elsah-lothringischen Verfassungsfrage in geduldigen Kulissenverhandlungen, von denen die historischen Schildträger preussischer Königtums ausdrücklich ausgeschlossen waren, das Kopfnicken derer um Zubeisund Rosa Luxemburg zu erhandeln trachtete. Es wird dieser reichsfeindlichen Vorlage mühe ja, nachdem sie genügend demokratisch ausgestaltet war, schließlich den Beifall der Todfeinde unserer Staats- und Gesellschaftsordnung finden. Sollte die Sozialdemokratie beiseite stehen oder in grundsätzlichen Rein verharren, wenn verblendete Staatsweisheit ihr selbst die Kanäle neuen Einflusses grub?“

Recht gerne sähen die konservativen Seydebrandtschen Richtung auch Herrn von Bethmann Hollweg in seiner Stellung durch eine andere Persönlichkeit ersetzt. Aber er scheint noch zu fest in des Kaisers Gunst zu stehen. So begnügt man sich, vorläufig Herrn Delbrücks Abzug zu fordern. Er mag sich darauf vorbereiten, daß er demnächst fliegen muß, denn die konservativen Machthaber wünschen, daß er verschwindet, und ihr Wille entscheidet im Lande der gottgewollten Abhängigkeiten. Herr Theobald von Bethmann Hollweg aber, der Philosoph von Hohenfinow, wird ihn ruhig ziehen lassen, wenn er selbst nur noch vorläufig bleiben darf. Und warum wünschen die konservativen die Entfernung des Staatssekretärs Delbrück aus dem Reichsamt des Innern? Einesteils um sich den scharfmacherischen Großindustriellen Rheinland-Westfalens gefällig zu erweisen, denen Herr Delbrück längst verhaßt ist; vor allem aber, weil sie den jetzigen Verwalter des Reichsamts des Innern für viel zu schwächlich, zu ethisch angekränkt und zu wenig energisch halten, um gute „vaterländische“ Wahlen zu machen. Man wünscht einen sogenannten energischen Charakter, der unangekränkt von des Gedankens Blässe skrupellos und rücksichtslos mit allen Mitteln, gesetzlichen und ungesetzlichen, die Wahlmasse betreibt: einen Mann mit fester Hand und robustem Gewissen — mag die Gehirnmasse auch ziemlich winzig sein.

Spitzbubentaktik.

Die „Kölnische Volkszeitung“, der für den „gemeinen“ Mann bestimmte Ableger der „Germania“, bemüht sich krampfhaft, die arbeitserfeindliche Haltung des Zentrums bei Beratung der Reichsversicherungsordnung in das Gegenteil umzulügen. Sie übt dabei die gewohnte Gannertaktik, hallet den Dieb zu rufen, um dadurch den Verdacht des Betrags der Interessen der Versicherten von sich

abzulenken. In einem Artikel „Der Arbeitererrat der Sozialdemokratie“ macht in dem Blatte irgendein Jesuitenzögling die sonderbare Entdeckung, daß es der „roten Presse“ sehr unangenehm sei, daß die Sozialdemokratie gegen die Versicherungsordnung gestimmt habe. Die Arbeiter könnten die ablehnende Haltung nicht verstehen, da das Gesetz den Versicherten vielerlei Vorteile gebracht habe. Natürlich verschweigt der Verfasser, daß die in das Gesetz aufgenommenen Verbesserungen dem Drängen der sozialdemokratischen Abgeordneten zu danken sind und daß die Sozialdemokratie im Gegenseitig zu den Zentrumsmännern selbstverständlich für wirkliche Verbesserungsanträge gestimmt hat.

Trotzdem der Artikelschreiber von „vielerlei“ Vorteilen spricht, umfaßt die Aufzählung dieser vielen Vorteile nur vier Positionen. Aber selbst dieses Minimum von Vorteilen konnte nur angeführt werden, weil der Verfasser skrupellos nach dem Grundsatz verfuhr: der Zweck heiligt die Mittel. So wird der von allen Arbeitern — auch den christlichen Gewerkschaftlern — als schmachvoll empfundene Raub der Selbstverwaltung in den Krankenkassen in den Augen des schriftstellers Jesuitenzögling zu einem Vorteil, denn er fährt ausdrücklich als einen der erreichten Vorteile an, daß die Krankenkassen aus dem parteipolitischen Getriebe herausgehoben und „neutralisiert“ worden sind. In Wirklichkeit jedoch will man die bisherigen Beamten hinausdrängen, um auf Kosten der Arbeiter Militärärzte und verkränkte bürgerliche Exzellenzen zu Krankenkassenbeamten zu machen.

Als Haupt- und Paradesstück der erreichten Vorteile preist der Artikel die Hinterbliebenenversorgung. Nachdem mit Hilfe des Zentrums im Jahre 1902 der Zollwucher geschloß festgelegt wurde, versuchte das Zentrum die Ausplünderung der Volksmassen damit zu bemänteln, daß es einen Teil der Reherträge aus den Jöllen den Witwen und Waisen versprach. Nachdem diese jahrelang genarrt worden sind, ist jetzt mit Zentrumshilfe eine Hinterbliebenenversicherung geschaffen worden, die weniger als ein Almosen darstellt. Und selbst dieses Almosen erhalten nicht etwa alle Witwen, sondern nur die ganzlich invaliden Witwen gelangen, wenn der verstorbene Mann mindestens zehn Jahre gelebt hat, in den Genuss einer Rente von 20 Betteleppennigen pro Tag. Aber auch diese 20 Pf. in voller Höhe nicht etwa sofort, sondern erst etwa vom Jahre 1917 ab. Der Schaffung dieser Bettelrente steht ein Raub an dem Eigentum der nichtinvaliden Witwen gegenüber. Während bisher allen Witwen verstorbenen Versicherter, die eine Rente nicht erhalten hatten, die von ihren Männern bezahlten Invalidenbeiträge — im Durchschnitt 90,40 M. — zurückerstattet wurden, fällt diese Rückerstattung jetzt fort, trotzdem ein großer Teil der Witwen kein Anrecht auf Witwenrente hat. Besonders blamabel sieht die durch die Kompromißpartei geschaffene und in dem Artikel als Vorteil begrüßte Kinderrente aus.

Die als soziale Tat gepriesene Witwen- und Waisenversicherung ist ein grimmer Hoß für die damit Beglückten. Nicht einmal das trodene Brot kann sich eine Witwe mit ihren Kindern von der „Rente“ kaufen. Eine jede Armenverwaltung würde sich schämen, die ihrer Obhut unterstehenden Armen mit derartigen Unterstützungsfähigkeiten abzuspeisen. Und da wagt es ein von christlichen Arbeitern geleitetes Blatt, diese Verhöhnung der Witwen und Waisen als Vorteile der neuen Versicherungsordnung den Lesern vorzuführen und in demselben Atemzuge von Arbeitererrat der Sozialdemokratie zu fesseln. Wohlweislich hütet sich das Blatt, seinen Lesern davon Mitteilung zu machen, daß den ländlichen Arbeitern in den Krankenkassen alle Rechte vorenthalten sind. Ebenso wenig findet sich ein Wort darüber, daß durch die Verfassung von Mutter- und Säuglingsfürsorge der Tod auch in Zukunft tausende sonst lebensfähiger Säuglinge von der Mutterbrust reißt. Kein Wort davon, denn sonst müßte das Blatt ja auch schließlich mitteilen, daß noch in dritter Lesung mit Hilfe des Zentrums die Wöchnerinnenunterstützung für die Landarbeiterfrauen auf die Hälfte — auf nur vier Wochen — heruntergesetzt worden ist.

Aber auch die Verschlechterung des Rechtsweges für Unfallverletzte wird selbstverständlich nicht erwähnt, denn sonst müßte das Blatt ja eingestehen, daß Zentrumsetablierte es waren, die zu dieser Verschlechterung erheblich mit beigetragen haben. Würde das Blatt ehrlich sein und seinen Lesern die Verschlechterungen und Verschöndelungen des neuen Gesetzes bekanntgeben, wir wären überzeugt, daß jeder Zentrumsarbeiter die ablehnende Haltung der sozialdemokratischen Abgeordneten gegenüber diesem Attentat auf die Arbeiterschaft gutheißen würde. Und wenn der Artikelschreiber sein verlogenes Produkt in die Presse ausklingen läßt, die Verlogenheit der Genossen muß jetzt tüchtig ausgenutzt werden, und man muß der Arbeiterklasse zeigen, wie die Sozialdemokratie die wahren Interessen des Arbeiterstandes einfach verraten hat“, so kann für den Schreiber als mildernder Umstand nur ein Auspruch des verstorbenen katholischen Abgeordneten Sigl herangezogen werden, der von den Zentrumsbütlern sagte: Sie lügen wie die Teufel und schwindeln aus Prinzip!

Die britischen Genossenschaften und die Politik.

London, 15. Juni. (Eig. Ber.) Das Streben des englischen Proletariats nach einer selbständigen politischen Betätigung macht sich auch in der starken Genossenschaftsbewegung dieses Landes sehr deutlich bemerkbar.

Die Frage der Politik in der Genossenschaftsbewegung wurde auf dem Jahreskongress zu Bradford, der zu Pfingsten stattfand, rege diskutiert. Einige Punkte der Diskussion sind schon in der Tagespresse erwähnt worden; es verlohnt sich aber, auf diese interessante Erscheinung näher einzugehen.

Der Punkt wurde in der Debatte über den Bericht des Zentralkomitees diskutiert und zwar zu folgendem Passus: „Wir sind überzeugt, daß eine freimütigere Anerkennung der Notwendigkeit einer intelligenten Taktik in parlamentarischen Angelegenheiten seitens des Kongresses es dem (parlamentarischen) Komitee ermöglichen würde, Besseres zu leisten.“ Auch wurde ein weiterer Absatz im Bericht an den Kongress diskutiert, in dem das Komitee seine Handlungsweise vor den letzten Parlamentswahlen, als es die Wahlparole gegen die Feinde einer demokratischen Verfassung herausgab, rechtfertigt.

Der erste Diskussionsredner, ein Sheffielder Delegierter, kritisierte die Arbeit des parlamentarischen Komitees als unzureichend. Es halte sich stets in der Defensive; um mehr zu erreichen, müsse man zum Angriff übergehen. In ähnlichem Sinne sprach ein Londoner Delegierter, der darauf hinwies, daß die großen Kapitalistenvereinigungen ihre Macht dazu benutzten, das Parlament zu beherrschen; die Genossenschaftler müßten ebenfalls das politische Kampfmittel benutzen. Gegen die Handlungsweise des parlamentarischen Komitees und gegen die parteipolitische Betätigung der Genossenschaften überhaupt sprach sich Herr Greening aus, der seit 55 Jahren in der genossenschaftlichen Bewegung steht. Er befürchtete die Spaltung der Genossenschaften, deren Mitglieder zu 40 Proz. der konservativen Partei angehörten, und wies auf Rochdale hin, wo in der Vergangenheit politische Meinungsverschiedenheiten die Bewegung in drei Teile gespalten hätten. Der folgende Redner wie andere nach ihm verlangten die direkte Vertretung der Genossenschaften im Parlament. Ein Sturm erhob sich, als Herr Maddison, der sich bei jeder Gelegenheit als antisozialistischer „Arbeitervertreter“ erklärt, einen Angriff auf die jüngeren, von sozialistischem Geiste besetzten Genossenschaftler, die die politische Aktion befürworteten, unternahm.

In der mit lautem Beifall aufgenommenen Rechtfertigungsrede des Herrn Ray (London), Mitglied des parlamentarischen Komitees, führte dieser aus, daß der kritisierte Wahlausruf keinen parteipolitischen Charakter getragen habe. Bei den letzten wie bei den vorhergehenden Wahlen habe das demokratische Selbstbestimmungsrecht auf dem Spiele gestanden. Dies zu verteidigen, liege im Interesse einer Bewegung, die von allen Bewegungen die demokratischste sei. Der Kongress habe bisher dem parlamentarischen Komitee keine bestimmten Vorarbeiten gemacht. Das Komitee wünsche, daß ihm der Kongress eine bestimmte Richtungslinie anweise; es möchte, daß man es nicht bei jeder Gelegenheit zur Rechenschaft ziehe. Angesichts der politischen Macht der Truists sei es notwendig, daß auch die Genossenschaften ihre Vertreter ins Parlament schicken.

Eng im Zusammenhang mit dieser Diskussion stand die Inauguraladresse des Vorsitzenden Thorpe. Der Delegierte, der dem Vorsitzenden den Dank des Kongresses aussprach, sagte von dieser Rede, daß sie leben werde und von künftigen Genossenschaftlern als Leitfaden benützt werden würde, noch lange nachdem der Urheber gestorben sei. Mag dieses Lob auch übertrieben sein, so ist doch nicht zu verkennen, daß die Rede des Vorsitzenden durchaus gediegen war. Er schilderte in einer den Genossenschaftlern leicht verständlichen Weise das Elend der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, die ihr innerwohnenden Entwicklungstendenzen, und identifiziert schließlich in einer Weise, die keinen Zweifel aufkommen läßt, die Endziele der Genossenschaftsbewegung — als die der Vergesellschaftung der Produktionsmittel bezeichneter — mit denen des Sozialismus.

Ein Redner in der oben angeführten Diskussion betonte, daß äußere wie innere Triebkräfte die Genossenschaftsbewegung zur politischen Betätigung trieben. Daß dies den Tatsachen entspricht, beweisen die Kongressverhandlungen selbst, von denen manche einen politischen Charakter trugen. Zu den inneren Triebkräften ist die heranwachsende junge sozialistisch denkende Generation zu zählen. Aber auch das Wochenblatt der Bewegung wirkt nach dieser Richtung: „The Cooperative News“ diskutiert wöchentlich Fragen der Arbeiterpolitik ganz in dem Sinne, wie es ein Organ der Arbeiterpartei tun würde.

Politische Ueberblick.

Berlin, den 19. Juni 1911.

Rahbalderei.

Die Beratung der rheinischen Gemeindeordnung, deren zweite Lesung am Montag im Abgeordnetenhaus beendet wurde, bietet ein liebliches Bild. Zentrum und Nationalliberale liegen sich fast bei jedem Paragraphen in den Haaren; die Nationalliberalen wollen, daß die Vorlage im Interesse der rheinischen Industrie recht schnell verabschiedet und mit möglichst wenig Bestimmungen bepackt wird, die ihr Zustandekommen im Herrenhaus gefährden könnten. Das Zentrum dagegen hat zur Abwechslung wieder einmal ein demokratisches Mäntelchen umgehängt; es stellt Anträge über Anträge, namentlich solche, die den Nationalliberalen unangenehm sind, und die Nationalliberalen fallen denn auch darauf herein, sie stimmen sogar solche Anträge nieder, die ihren programmatischen Forderungen entsprechen.

Besonders dramatisch gestaltete sich die Situation bei der Beratung des Antrags auf Einführung der geheimen Stimmabgabe, der sowohl vom Zentrum, als auch von den Fortschrittlichen gestellt war. Die Nationalliberalen stimmten aus den oben erwähnten Gründen dagegen, obwohl sie im vorigen Jahre selbst die geheime Wahl verlangt hatten. Das Zentrum aber, dessen zweideutige Haltung in bezug auf die geheime Stimmabgabe ja noch von den letzten Wahlrechtsdebatten her bekannt ist, konnte einen billigen Triumph feiern. Ganz sollten sich die frommen Herren jedoch ihres Sieges nicht freuen, da Genosse Gisch sehr zu ihrem Verger der Klage die Schelle umhängte, die wahren Beweggründe des Zentrums darlegte und an den Wahlrechtsberrat erinnerte. Die geheime Abstimmung würde übrigens in namentlicher Abstimmung abgelehnt, da die beiden konservativen Parteien und die Nationalliberalen geschlossen dagegen waren.

Wehr Glüd hatte das Zentrum bei einem Antrag, die Arreststrafen für die Unterbeamten der rheinischen Gemeinden abzuschaffen. Dieser Antrag fand auch in den Augen des Herrn v. Zedlitz Gnade, und so gelangte er denn gegen die Stimmen der Konservativen und der Nationalliberalen zur Annahme. Und dabei sind es die National-

liberalen, die früher die Aufhebung der Arreststrafen für Unterbeamte beantragt hatten. Diesmal wollten sie davon nichts wissen, um das Gesetz nicht zu gefährden, sie ließen sich statt dessen in die Falle locken, die das Zentrum aufgestellt hatte, und haben so dieser Partei wertvolles Agitationsmaterial geliefert.

Ein weiterer Antrag des Zentrums, der die Wahl der Bürgermeister durch die Bürgermeistereiverammlung vorsieht, wurde in namentlicher Abstimmung abgelehnt.

Alles in allem sind die Änderungen so minderwertig, daß von einer „Reform“ der rheinischen Gemeindeordnung nicht die Rede sein kann. Ob das Gesetz überhaupt in dieser Session zustande kommt, ist zweifelhaft, da es noch einmal an das Herrenhaus zurück muß.

Herrenhaus und Zweckverband.

Das Herrenhaus hat am gestrigen Montag das Groß-Berliner Zweckverbandsgesetz erledigt und es dabei noch weiter abgeändert. Der Antrag Adickes, die Förderung des Volkswohnungsbauwesens unter die Verbandsaufgaben aufzunehmen, wurde zwar abgelehnt, aber ein Antrag des Präsidenten des Oberverwaltungsgerichts Dr. v. Bitter angenommen, der den Verband berechtigt, aus wichtigen Rücksichten des Verkehrs und der Volksgesundheit Fluchtlinien und Bebauungspläne auch gegen den Willen der Gemeinden festzusetzen. Gegen diesen Antrag witterte ein Herr von Buch in einer Rede, die am besten dadurch gekennzeichnet ist, daß sogar der Herr v. Wedel-Piesdorf sie als allzu reaktionär abfehlte! Die Abneigung der Erstklassigen gegen eine Vergrößerung Berlins zeigte sich in der Ablehnung einer Resolution Aorte auf baldige Vorlage eines Gesetzentwurfs betr. Vereinigung der Groß-Berliner Gemeinden. Schließlich wurde das Gesetz, das ja nun nochmals an die andere Kammer zurück muß, angenommen.

Die Denkschrift über die sieggekronte Vernichtungspolitik im Osten — vernichtet werden nicht die Polen, sondern bloß die Steuergelder aller vor dem Gesetz gleichen Preußen — wurde hier ganz debattelos erledigt. Man ist im Oberhause noch weniger für Enteignung, als bei den Gutsnachbarn an der Prinz-Albrecht-Strasse.

Debattelos wie am Beginn der Sitzung das Gesetz betr. die Verbesserung der Unabhängigkeit des Oberverwaltungsgerichts durch Ernennung von Hilfsrichtern, nahm man am Schluß auch noch das Gesetz gegen die Loggesellschaften an und vertagte sich auf heute (Dienstag) zu dem üblichen Tun der Beratung des Feuerbestattungsgesetzes.

Das Ende der preussischen Polenpolitik.

Zwar hat Herr v. Bethmann Hollweg in seiner Eigenschaft als preussischer Ministerpräsident im preussischen Abgeordnetenhaus verkündet, daß an der preussischen Polenpolitik nichts geändert werden solle; in Wirklichkeit scheint man jedoch auch endlich in den Regierungskreisen eingesehen zu haben, daß die sogenannte preussische „Ostmarkenpolitik“, nachdem sie den preussischen Staat, d. h. die gekauften Steuerzahler, Hunderte von Millionen Mark gekostet hat, jämmerlich verfaßt ist und nichts anderes übrig bleibt, als die Ansiedlungskommission langsam aufzulösen. Der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ wird nämlich aus Posen gemeldet, daß dort 23 Reichern der Ansiedlungskommission mangels Arbeit zum 1. Juli gekündigt worden ist. Unter den Gefündigten befinden sich Herren, die schon sechs bis neun Jahre bei der Ansiedlungskommission beschäftigt waren. Dazu kommt die Tatsache, daß im Frühjahr etwa 20 Gutsverwalter entlassen worden sind, und daß im laufenden Haushaltsjahr gegenüber dem vergangenen Jahr bei der Ansiedlungskommission ein Oberregierungsrat, ein Bauinspektor, vier Landmesser, ein Hilfszeichner, 20 Rechnungsführer, 13 geodätisch-messende Gehilfen, zwei kulturtechnische und vier Bureauhilfsarbeiter weniger beschäftigt sind. Es ist in Posen offenes Geheimnis, daß die dortigen Regierungsbeamten mit dem baldigen Freiwerden des Gebäudes der Ansiedlungskommission rechnen, das dann für die Zwecke der königlichen Regierung mit verwendet werden wird, deren Räumlichkeiten sich als zu klein erweisen.

Ein gründliches Fiasco der preussischen Polenpolitik. Millionen über Millionen sind Jahr für Jahr hinausgeworfen worden, und das Ergebnis dieser wunderbaren Germanisierungspolitik ist die allgemeine Erstarkung des Polentums in den Ostprovinzen.

Erfolge der agrarischen Wirtschaftspolitik.

Wie aus anderen Gegenden Deutschlands, wird jetzt auch aus Bayern darüber gellagt, daß die agrarische Schutzoll- und Wirtschaftspolitik vielfach zur Mobilisierung des Grundbesitzes und zur Anhäufung des Großgrundbesitzes, zur sogenannten Latifundienbildung, geführt hat. So berichtet der „Bayer. Kurier“, das Blatt des bayerischen Bauernkönigs Heim, über die Lage im Ammer- und Würmgebiet:

Eine fortschreitende Latifundienbildung, eine immer stärker auftretende Vereinigung von Grund und Boden auf wenige Personen, haben wir in den letzten Jahrzehnten u. a. auch im Ammer- und Würmgebiet. An die Stelle von vielen kleineren selbständigen Bauern, welche zwischen Latifundienbesitz und übermäßiger Jersplitterung von Grund und Boden vorteilhaft stehen, sind zu den vorhandenen noch neue große Güter getreten. Ein fester Gürtel zieht sich vom Starnbergersee bis zum Staffelsee. Fast alle diese Grundbesitzer haben ihren ursprünglichen Besitz noch durch weitere Ankäufe teilweise recht erheblich erweitert. Ihren früheren Viehstand reduzierten sie in den letzten Jahren ganz bedeutend. Auf 10 Gütern beispielsweise werden heute etwa 2500 Stück Vieh weniger als vor einigen Jahren gehalten.

Die Folge ist, wie das Blatt weiter ausführt, eine allgemeine Abnahme der Viehhaltung und der Viehproduktion, denn der Großgrundbesitz hält verhältnismäßig weit weniger Vieh als der Mittel- und Kleinbesitz:

Die Almen, welche in früheren Jahren der Viehzucht (namentlich der Jungviehzucht) dienten, existieren im Ammertal nur noch dem Namen nach; daselbst ist im Vorkriegsgebiet, namentlich in der Gegend von Garmisch-Partenkirchen, der Fall. Die Gründe der Ebene leiden unter Wildraz und Verwüstung. Die früheren Almen sind meist im Forstbezirk einbezogen und bilden heute den Tummelplatz für das Wild. Hochalmen sind, von ganz vereinzelten Fällen abgesehen, nicht mehr im Betriebe; sie existieren nur noch auf der Karte. Der frühere lebhaft betriebene Grenzverkehr mit Vieh (besonders mit Tirol) ist infolge der Seuche und Seuchengefahr sehr erschwert, ja gänzlich unmöglich. Auch eine der segensreichen Wirkungen der vaterländischen agrarischen Wirtschaftspolitik.

Fahrtartensteuer-Reform.

Unsere weise Regierung plant wieder mal eine Steuerreform — zum Wohle des deutschen Volkes. Die Fahrtartensteuer in ihrer jetzigen Form dünkt ihr nämlich eine allzu große ungerechte Belastung der ohnehin schon so gequälten Reisenden erster Eisenbahnklasse, und so hat sie in ihrer großen Gerechtigkeitsliebe beschlossen, daß die Fahrtartensteuer erster Klasse ermäßigt wird, dafür aber

solten, damit im Staatskafel ein Ausgleich hergestellt werde, die Steuer für die Fahrtarten dritter Klasse erhöht und ferner für die vierte Wagenklasse, die heute steuerfrei ist, die Fahrtartenbesteuerung neu eingeführt werden. Wie nämlich der „Lokal-Anzeiger“ berichtet, wird eine der ersten Vorlagen, die dem neuen Reichstag zugehen werden, ein Gesetzentwurf wegen Änderung der Fahrtartensteuer sein. Die jetzige Fahrtartensteuer läßt bekanntlich alle Fahrtarten bis zum Preise von 60 Pf. sowie alle für die vierte Wagenklasse frei und erhebt für die übrigen Fahrtarten Kilometertarife mit steigenden Sätzen. Die Folge war eine starke Abwanderung der Reisenden aus der ersten Klasse zur zweiten, aus dieser zur dritten und schließlich auch aus der dritten zur vierten. Die preussische Staatsbahnverwaltung möchte nun diese unangenehme Wirkung der stoffelartigen Fahrtartensteuer dadurch beseitigen, daß an deren Stelle prozentuale Zuschläge zu allen Fahrtartenpreisen erhoben werden — etwa 3½ Prozent —, womit man ebenfalls ungefähr auf den jetzigen Ertrag der Fahrtartensteuer von rund 20 Millionen kommen würde. Da aber hierbei schwerlich im künftigen Reichstage, wie er auch zusammengesetzt sein möge, eine Mehrheit zu haben sein würde, so dürfte die geplante „Reform“ im wesentlichen darin bestehen, daß man die Steuern für die Fahrtarten erster Klasse erheblich herabsetzt und den dadurch entstandenen Ausfall durch eine entsprechende Erhöhung der Steuern für die zweite und dritte Klasse und, falls der Reichstag dazu zu bewegen ist, auch durch die Einführung einer Steuer für die vierte Klasse auszugleichen suchen wird.

Der schöne Plan charakterisiert weit besser, als lange Auseinandersetzungen es vermöchten, die bekannte Volksfreundlichkeit der Bethmannschen Regierung: den Reichen werden auf Kosten der ärmeren Volksschichten die Steuern ermäßigt. Und doch — fahren schon heute die Reisenden erster Wagenklasse auf Kosten des Staates oder vielmehr der deutschen Steuerzahler; denn die erste Klasse rentiert sich auf den deutschen Eisenbahnen nicht, sie erfordert beständige Zuschüsse, die natürlich aus den Erträgen der dritten und vierten Wagenklasse bestritten werden müssen. Das Vernünftigste wäre unter diesen Umständen, die erste Wagenklasse einfach aufzuheben. Doch damit sind die oberen Zehntausend, die auf „Bequemlichkeit und Exklusivität“ halten, vornehmlich aber die hohen Beamten, die häufig Anspruch auf Freitickets haben, nicht einverstanden — und so bleibt nicht nur die durchaus unrentable erste Wagenklasse bestehen, sondern die Regierung plant in ernstlicher Besorgnis um das Portemonnaie der Passagiere dieser Klasse auch noch gar eine Herabsetzung der Fahrtartenpreise. Ja, unsere Regierung ist gar klug und weise.

Eine verlogene Darstellung.

Zu der Darstellung der „Nordd. Allgem. Ztg.“ über die Begegnung Macdonalds und Wilhelms II. sagt die „Germania“:

Nach dieser Darstellung hat der englische Kriegsminister Galdane den Kaiser in die Zwangslage gedrängt, aus Courtoisie gegen den englischen Gastgeber die Tischgesellschaft des englischen Arbeiterführers nicht abzulehnen.

Das Gegenteil ist richtig. Nicht Wilhelm II., von dem die Einladung ausging, sondern Galdane war in einer „Zwangslage“; die „Nordd.“ hat aus Angst vor den Konservativen eben zu einer Notlüge gegriffen. Aber das hat Herr Galdane jetzt von seiner Lebenswürdigkeit.

Sehe gegen ausländische Studenten.

Die „Deutsche Tageszeitung“ war offenbar bemüht, auch am Tage der geräuschvollen Jahrsfeier weiteren Kreisen zu beweisen, daß der Geist Rottenrichs auch heute noch auf den Hochschulen dominiert. Sie läßt in ihrer Montagmorgennummer durch einen Dr. Ley einen gefälligen Schmähartikel gegen die ausländischen Studenten von den deutschen Universitäten los.

Außen, Serben und Bulgaren überschwemmen geradezu einzelne Hochschulen. Gegen diese Ausländer spricht einerseits ihre oft unzulängliche Vorbildung und andererseits deren Mangel an gesellschaftlicher Bildung. . . . Daß die Ausländer vielfach große Schulden machen, habe ich schon erwähnt; nur in den allerletzten Fällen gelingt es den Kaufleuten durch Vermittelung der Gesundheitsämter solche Außenstände einzutreiben. . . .

Im selben Tone geht es weiter; eine Ausnahme sollen die japanischen Studierenden machen, die jedoch wieder „vom völkischen Standpunkte möglichst fernzuhalten wären“. Wir meinen, von Vertretern des „völkischen Standpunktes“ ist die „Deutsche Tageszeitung“ mit ihren erlauchten Anhängern am wenigsten berufen. Doch Beschimpfen, Beschimpfen und Verdächtigen Wehrloser war ja von jeher das Weirerbe dieses Blattes.

Kulturarbeit in Deutsch-Südwestafrika.

Aus Deutsch-Südwestafrika meldet ein Telegramm des Gouverneurs, daß in Bethanien durch Urteil des Eingeborenengerichts am 6. Juni fünf Bethanier-Hottentotten zum Tode verurteilt und am 12. Juni hingerichtet worden sind, weil sie eine Bande zum Zwecke der Anfertigung von Kupfer und der Ermordung von Weissen gebildet hatten. Zwei Gewehre mit Munition hatte die Bande durch Diebstahl bereits in ihren Besitz gebracht.

Ob man mit solch summarischer Justiz die Eingeborenen mit der deutschen Herrschaft auszuöhnen glaubt?

Die Neueinteilung der Reichstagswahlkreise wird den dritten Deutschen Städtetag, der vom 10. bis 12. September einschließlich in Posen tagen wird, beschäftigen. Außer dieser Frage wird man sich mit der Arbeitslosenversicherung befassen und den Bericht des Vorstandes über die Prüfung der Kreditverhältnisse der deutschen Städte entgegennehmen.

Zum Oberpräsidenten in Posen soll nach der „Neuen Gesellschaft.“ der Kleinheimener Regierungspräsident von Hellmann ausersuchen sein. Hellmann, dessen Vater Hellmann sich und den Namen Hellmann erst mit der Adelsüberlehnung im Jahre 1888 angenommen hat, war, bevor er nach Allenstein kam, Polizeipräsident in Posen.

Zwei angebliche Anarchisten sind aus Elßah-Lothringen ausgewiesen worden. Die beiden Leute, österreichische Staatsangehörige, sollen in verschiedenen Orten anarchoistische Flugblätter verbreitet haben. Aus dem gleichen Grunde seien sie schon aus anderen preussischen Orten ausgewiesen worden.

Kolonialbeamte als Grundeigentümer.

Der Reichskanzler hat eine Verfügung erlassen, wonach die Kolonialbeamten Grundeigentum in den Kolonien erwerben können. Bisher war das verboten. Die Verfügung gibt den Gouverneuren der afrikanischen und Südseegebiete die Ermächtigung, den Be-

omten die Erlaubnis zum Erwerb von Grundeigentum bis zur Größe eines Hektars zu erteilen. Für die Beamten in Südwestafrika, die sich in der zweiten Dienstperiode befinden, kommt die Beschränkung auf ein Hektar in Fortfall, sie können auch größeren Grundbesitz und insbesondere ganze Farmen usw. erwerben. Ob diese Verfügung einer einwandfreien Geschäftsführung durch die Beamten förderlich ist, muß sehr bezweifelt werden. Die Versuchung ist zu groß, daß Beamte ihre dienstlichen Kenntnisse und Beziehungen benutzen, um sich zu bereichern.

Ein „brauchbarer“ Vorgesetzter!

Wegen Mißhandlung und Beleidigung eines Untergebenen hatte sich der Sanitätsfeldwebel Schiffer vom 11. Infanterie-Regiment Nr. 17 in Oshah vor dem Dresdener Kriegsgericht zu verantworten. Wegen einer Lappalie stellte er eines Tages den Sanitätsfeldwebel Bernhardt zur Rede und als dieser die an ihn gerichtete Frage der Wahrheit gemäß verneinte, wurde er „fauler Hund“ genannt und mit den Fäusten ins Gesicht geschlagen. Der Mißhandelte würde die Sache nicht gemeldet haben, wenn ihn der Angeklagte nicht einige Tage danach in die Kasse geprügelt hätte! Später hat der Angeklagte den Soldaten aufgesucht und ihn unter dem Vorwand, er möchte sich nicht gern auf dem Gericht herumflicken und in den Zeitungen herumfummeln lassen, von einer Meldung abzuhalten versucht. Das Gericht nahm nur „vorschriftswidrige Behandlung“ an und verurteilte den als brauchbaren Vorgesetzten geschilderten Angeklagten zu vier Tagen gelinder Arrest!

Die Stimmen der tschechischen Sozialdemokratie.

Ueber die Wahlen in den tschechischen Wahlkreisen wird uns aus Prag von separatistischer (autonomistischer) Seite gemeldet, daß die Gegner — die bürgerlichen Parteien mit Ausnahme zweier kleiner Gruppen — hatten sich gegen die Sozialdemokratie koalitiert — mit allen Mitteln des Terrorismus gearbeitet haben. Die Partei hat den Kampf prinzipiell geführt und betont, daß die gewählten Abgeordneten in den gemeinsamen sozialdemokratischen Verband eintreten werden.

Bis jetzt besaß die Partei in Böhmen 17 Abgeordnete, jetzt sind am ersten Wahltage 12 gewählt worden, 21 stehen in Stichwahl. Zwei Wahlkreise in Vorstädten Prags sind an die koalitierten Gegner verloren gegangen.

In Mähren gab es früher 5 sozialdemokratische Abgeordnete, jetzt wurde einer gewählt. Die anderen, sowie zwei neue kamen in hoffnungsvolle Stichwahlen. Diese Stichwahlen wurden meistens durch Kandidaten der zentralistischen Sozialdemokraten verursacht. Die Stichwahlen in Mähren sind allgemein gegen die Meritaten gerichtet.

In Schlesien wurden bis jetzt von drei tschechischen Wahlkreisen zwei durch sozialdemokratische Abgeordnete vertreten. Jetzt wurde einer von ihnen gewählt, nämlich Sozialdemokrat Zentralfist Cingr, der persönlich beliebt und dessen Wähler zu 50 Proz. Polen sind. In zwei anderen Wahlkreisen Schlesiens stehen tschechische sozialdemokratische Autonomen in hoffnungsvoller Stichwahl.

Im ganzen erzielte die tschechoslawische sozialdemokratische Arbeiterpartei („Separatisten“) 356 000 Stimmen, die Zentralisten 19 000, zusammen also 375 000 von einer Million aller abgegebenen Stimmen, das ist 36 Proz. aller im tschechischen Volke abgegebenen Stimmen.

In den Reichsratswahlen 1907 stimmten für die tschechoslawische Sozialdemokratie 399 000 Wähler.

Zu erwähnen ist, daß ein Teil der Häusler, die in Böhmen im sozialdemokratischen Lager stehen, sich von der Partei wegen persönlicher Angelegenheiten getrennt hat. Diese „Getrennten“ bekamen in den heurigen Wahlen 7000 Stimmen.

Das Zentralorgan der Zentralisten gibt eine Zusammenstellung, der zufolge die neue Partei in Mähren 8639, in Schlesien 10 401 und in Böhmen 318, zusammen also 19 358 Stimmen erhalten hat. Für die Stichwahlen hat die Partei die Parole gegen die kapitalistischen Kandidaten, also für die separatistischen Sozialdemokraten ausgegeben.

Die italienischen Genossen erzielten in diesem Jahre in Triest 8108 Stimmen gegen 7990 im Jahre 1907. Auch in Istrien ist eine Stimmenzunahme zu verzeichnen.

Oesterreich.

Blutopfer der Schlachtfelder.

Lemberg, 19. Juni. In Drobnycz kam es heute anlässlich der Wahlen zu großen Ausschreitungen. Schon am frühen Morgen war es zu Streitigkeiten zwischen den Anhängern des polnisch-nationalen Kandidaten Löwenstein und denen des oppositionellen Kandidaten gekommen. Gegen Mittag wurde das Militär zu Hilfe gerufen. Es unternahm einen Bajonettangriff, um die Ansammlungen der Menge auf den Straßen zu zerstreuen. Die Menge erwiderte den Angriff mit einem Steinbombardement. Die Truppen erhielten darauf den Befehl, zu feuern und gaben zwei Salven ab. Die Wirkung war entsetzlich. Unter lautem Geschrei stürzten 7 Personen zu Tode getroffen nieder. 15 Schwerverletzte blieben blutüberströmt auf dem Straßenpflaster liegen. Eine große Anzahl ist leicht verletzt. Unter den Schwerverwundeten befinden sich zwei angesehene Advokaten. Auch mehrere Frauen wurden von den Kugeln getroffen. Die Ruhe war bis gegen Abend noch nicht wieder hergestellt.

Frankreich.

Gegen den Antimilitarismus.

Paris, 18. Juni. Der Kriegsminister hat die Korpskommandeure durch einen Erlass aufgefordert, antimilitaristische Umtriebe in der Armee unmissverständlich zu unterdrücken und jeden Soldaten, welcher sich zweimal einer antimilitaristischen Kundgebung schuldig mache, in die Strafkompanie zu versetzen.

Portugal.

Die Proklamation der Republik.

Lissabon, 19. Juni. Für heute, dem Tage der offiziellen Proklamation der Republik sind große Vorbereitungen getroffen. In den Straßen sind Ehrenportien aufgestellt und die Häuser prangen im Flaggen- und Fahnenputz; besonders die nach dem Cortes-Gebäude führende Avenue ist mit Blumenkränzen und Flaggen geschmückt. Bei Verlesung der Proklamation der Republik in den Cortes werden die auf dem Tajo liegenden Kriegsschiffe sowie auch die Landartillerie Salut feuern. Die Mitglieder der provisorischen Regierung legen ihre Ämter nieder, worauf durch die Cortes ein neuer Präsident gewählt wird.

Die konstituierende Versammlung ist heute zusammengetreten. Anwesend waren 192 Abgeordnete, die die Abschaffung der Monarchie und der Dynastie Braganza aussprachen und die Republik proklamierten. Es ereignete sich kein Zwischenfall.

Die monarchistischen Umtriebe.

Lissabon, 18. Juni. Die hiesige Polizei hat die Organisation einer monarchistischen Verschwörung in Südportugal entdeckt. Die von der Regierung ergriffenen Maßnahmen haben die Verschwörung unterdrückt. Die Verschwörer sind in der Mehrzahl ehemalige Polizeibeamte, Munizipalgardisten und Agenten katholischer und frankistischer Vereine. Sie waren von dem Vater Abelino Figueiredo und von Dr. Abel Campos angeworben worden. Letzterer ist verhaftet.

England.

Genosse Lansbury über den Krönungsrummel.

London, 17. Juni. (Eig. Ber.) Genosse Lansbury legte gestern im Parlament einen erfrischenden Protest gegen die Abschlachten der kommenden Krönungsfeier ein. Er führte unter anderem aus, daß es ein öffentlicher Skandal sei, daß sich die Parlamentsmitglieder auf Kosten der Steuerzahler während der Krönungsfeierlichkeiten einen fideles Tag machten. Manche Armenratsmitglieder habe man wegen ähnlicher Angelegenheiten hinter Schloß und Riegel gebracht. Er protestierte auch gegen die Barrikaden, die man in allen Straßen, die nach Westminster führen, errichtet hat, und fragte, ob denn der Polizeipräsident vor dem Publikum Angst habe. 10 000 Arbeiter seien in dieser Zeit der Freude und des Friedens in Südwesten dem Elend und dem Hunger preisgegeben, weil sich die Kapitalisten weigerten, den Arbeitern einen auskömmlichen Lohn zuzugestehen; es wäre die Pflicht des Handelsministeriums gewesen, zu versuchen, diesem gewaltigen Kampfe ein Ende zu bereiten. Die Krönungsfeier sei eine Vorstellung des Militarismus. Dagegen protestiere er. Die Nation stehe auf stärkeren Säulen als dem Meer und der Flotte. Wenn nun einmal ein nationaler Umzug veranstaltet werden müsse, so sollte man die Kunst, die Wissenschaft und alles, was zur Prosperität der Nation beitrage, heranziehen.

Es ist kaum notwendig, zu berichten, daß diese geraden und ehrlichen Worte von den anwesenden bürgerlichen Parlamentariern mit höhnischem Gelächter aufgenommen wurden. Diese selben Leute werden in einigen Tagen mit Bewunderung und Ehrfurcht vor dem mittelalterlichen Festschmuck stehen, der ihnen, wenn sie ihn in Afrika in der Hauptstadt eines Negersfürsten betrachten würden, Lachkrämpfe verursachen würde.

Türkei.

Einstellung der Feindseligkeiten.

Sofonisi, 19. Juni. Torgut Schewel Pascha hat die vom Sultan genehmigte Proklamation und die Spende des Sultans für den Wiederaufbau der zerstörten Wohnstätten im Malissia- und Riciditengebiete bekanntgemacht. Er kündigte an, daß die Feindseligkeiten nunmehr eingestellt wurden, läßt die Flüchtlinge ein, Montenegro zu verlassen und in die Heimat zurückzukehren, und gibt die Zusicherung, daß die Regierung den Bedürfnissen des Landes entsprechen werde. Torgut Schewel berichtet, daß die Kruppen nun alle strategisch wichtigen Punkte besetzt halten, und daß die Verbindung der in Montenegro befindlichen Flüchtlinge mit den Malissoren weiterhin unmöglich sei.

Bulgarien.

Die Wahlen — Sozialdemokratische Erfolge.

In die Große Sobranie wurden gewählt: 355 Vertreter der Regierungspartei, 42 Agrarier, 6 Sozialisten, 5 Liberale, 4 Radikale, 4 Stambulowisten und 2 Demokraten. Acht Wahlresultate sind noch nicht endgültig bekannt; wahrscheinlich sind auch hier Mitglieder der Regierungspartei gewählt worden.

Marokko.

Die spanisch-französischen Eifersüchteleien

sind wieder auf einen toten Punkt angelangt. Nach den Ausführungen des französischen Ministers des Auswärtigen, Cruppi, in der Deputiertenkammer und nach der Erklärung des spanischen Premierministers Canalejas wollen sich die beiden Marokko-Interessenten nicht wehe tun, da sie beide ein böses Gewissen haben. Die französische und die spanische Regierung scheinen sich stillschweigend Aktionsfreiheit gewähren und daher jede störende diplomatische Auseinandersetzung vermeiden zu wollen.

Ueber die zwischen Frankreich und Spanien bestehenden Geheimverträge, von denen in den letzten Tagen die Rede war, schwebt noch geheimnisvolles Dunkel, das zu lüften vom „Temps“ ziemlich unwirksam verlangt wird.

In der deutschen Scharfmacherpresse verfolgt man nach wie vor die Ereignisse in und um Marokko mit verdächtigem Interesse. Die „Deutsche Tageszeitung“ und die „Berliner Neuesten Nachrichten“ verlangen vom deutschen Auswärtigen Amt, daß es seine Zeit abwartet, um dann fest zuzupacken und einen möglichst großen Vorteil aus dem Marokkohandel herauszuschlagen. In der „Deutschen Tageszeitung“ wird sogar mit dem Gedanken der Besetzung eines marokkanischen Hafens kokettiert. Wir haben also alle Ursache, den deutschen Marokkohörern sehr aufmerksam auf die Finger zu sehen.

Rulah Hafids Protest.

Paris, 19. Juni. Wie aus Tanger gemeldet wird, ist der Protest Rulah Hafids gegen die Landung der Spanier in Larache dem spanischen Gesandten übergeben worden.

Aus Fes wird vom 16. d. M. gemeldet, daß der Bruder des Sultans, Rulah Jin, mit General Roinier in Fes eingetroffen und begnadigt worden sei.

Der „unzüchtige“ Zola.

Wachum, den 19. Juni 1911.

Wegen „Verbreitung einer unzüchtigen Schrift“ und wegen eines Vergehens gegen das Verbot der Redakteure des hiesigen „Vollblattes“, Genosse Bierenkämpfer, zu verantworten. Das Vergehen wurde erlitten in dem Abdruck der 121. Fortsetzung von Zolas Roman „Arbeit“ in Nr. 65 des „Vollblattes“. Das „Vollblatt“ hatte von der Deutschen Verlagsanstalt in Stuttgart das Recht zum Druck dieses Zolaschen Werkes erworben. In der infrimierten 121. Fortsetzung wird nun die Szene geschildert, in der die verwöhnte Gattin des Fabrikdirektors namens Bernande, die heber in der Ehe noch in dem Verhältnis mit einem ihrer Geliebten das ersehnte Glück gefunden hat, den Arbeiter Nagu in der Fabrik aufsucht. Als Nagu nun die infolge ihres nachlässigen Anzuges teilweise entblößte Frau plötzlich vor sich sieht, überkommt ihn, der bereits durch Alkoholgenuss erregt ist, ein Anfall von Maserie und zugleich das Verlangen, sich durch die Verführung seiner Frau durch einen Angehörigen der besitzenden Klasse durch die Vergewaltigung dieser der Bourgeoisie angehörenden Dame zu rächen. Er stößt Bernande in einen schmutzigen Winkel der Fabrikhalle, wirft sie auf einen Haufen von Lumpen, reißt ihr die Kleider vom Körper und zwingt die zunächst mit allen Kräften sich sträubende Frau, sich ihm hin-

zugeben. Die Anklage erlitt in der naturalistischen Schilderung dieser Szene, beginnend mit dem Erwachen der Erregung bei Nagu und abschließend mit dem wüßtigen Gefühl der in ihre Wohnung zurückgekehrten Bernande, die strafbare Handlung des Angeklagten.

Den Vorsitz in der Verhandlung führt Landgerichtsdirektor Nigeli, die Anklage vertritt Staatsanwalt Dr. Schmidt, die Verteidigung führt Rechtsanwalt Dr. Kawitzky-Wodum.

Der Staatsanwalt Dr. Schmidt beantragte wegen Gefährdung der Sittlichkeit Ausschluß der Öffentlichkeit. Das Gericht gab diesem Antrage statt, erlaubte jedoch den Vertretern der Presse die Anwesenheit im Saale.

Bevor zur Verlesung der infrimierten Fortsetzung geschritten wurde, beantragte der Verteidiger die Verlesung des ganzen Romans. Es sei nicht möglich aus der einen Fortsetzung den Sinn und die Tendenz dieses Teiles des Romans zu erkennen. Die Anklageschrift geht davon aus, daß durch den Abdruck in einzelnen Fortsetzungen die Leser der Zeitung nur in die Lage kämen, die einzelnen Fortsetzungen und nicht den ganzen Roman zu lesen. Man müsse aber davon ausgehen, wie der Leser getroffen wird, der den Roman im ganzen liest. Die Zeitungsleser pflegen doch den Roman von Anfang bis Ende zu lesen oder sie lesen ihn gar nicht. Außerdem beantragte der Verteidiger die Zulassung eines literarischen Sachverständigen, um den Zweck und die Tendenz nicht nur dieses Romans Zolas, sondern von Zolas Werken überhaupt zu beurteilen. Die Tendenz Zolas gehe dahin, vor der Unfähigkeit abzusprechen. Als Sachverständigen schlug der Verteidiger den Professor Littmann-Bonn vor. — Staatsanwalt: Ich bitte, den Antrag auf Verlesung des ganzen Romans abzulehnen, weil sie durchaus überflüssig ist. Die Anklage und der Eröffnungsbeschluss richten sich lediglich gegen die Veröffentlichung eines Bruchstückes. Die Anklage sieht in diesem Bruchstück eine selbständige Schrift; sie steht auf dem Standpunkt, daß sie ohne Zusammenhang mit dem Roman selbständig gewürdigt werden muß. Es handelt sich nicht um die Lesart, die den ganzen Roman lesen, sondern nur um die Lesart, die nur diese eine Fortsetzung lesen.

Der Antrag auf Verlesung des ganzen Romans wurde abgelehnt.

Genosse Bierenkämpfer gab an, daß die zusammenfassende Veröffentlichung gerade dieser Szene auf einem reinen Zufall beruht und bestritt wiederholt die Absicht, eine unzüchtige Schrift veröffentlicht haben zu wollen. Vors.: Es ist ja zweifellos, daß die Abonnenten den Roman meist im ganzen lesen, aber es werden doch auch Nummern der Zeitung im einzelnen verkauft, und auch in Geschäftsbüros besteht die Möglichkeit, daß die Besucher nur diese eine Fortsetzung lesen. — Angekl.: Daran habe ich überhaupt nicht gedacht. Ich will nur noch bemerken, daß wir zum Abdruck gerade dieses Romans gekommen sind, weil für unsere Zeitschrift die Schilderung der Arbeit in den französischen Hüttenwerken besonders interessant war und weil im zweiten Teil das sozialistische Zukunftsideal geschildert wird. Daß der Roman Stellen enthalten könnte, die vom Staatsanwalt beanstandet werden würden, habe ich nicht angenommen. Ich habe den Roman schon vorher in vielen Zeitungen gesehen; gegen diese Zeitungen ist aber nichts unternommen worden. Im übrigen sehen wir auf gute Lesart. Wir haben Romane veröffentlicht von Helene Wöhlau, Adalbert Stifter, Grillparzer, Max Krejer, Otto Ernst, Maxim Gorki, Johannes Lie. — Vors.: Sie erwähnen, daß in anderen Zeitungen Zolas Roman unbehandelt abgedruckt worden ist. Wissen Sie auch, daß gerade diese Szene im Zusammenhang in einer Nummer des Bodumer Volksblattes erschienen ist? — Angekl.: Darauf habe ich nicht geachtet. — Vors.: Es ist etwas ganz anderes, ob ein solcher Roman in großen Abständen in einer Zeitschrift wie „In fremden Jungen“ erscheint, oder ob er in einer Tageszeitung in Fortsetzungen von 100 bis 120 Zeilen erscheint. — Angekl.: Ich kann nur wiederholen, es ist reinem Zufall, daß gerade diese Szene im Zusammenhang in unserer Zeitung erschien.

Darauf wurde die Beweisaufnahme geschlossen. Der Staatsanwalt führte aus: Es ist jede Erörterung darüber, ob der Roman „Arbeit“ im ganzen als eine unzüchtige Schrift anzusehen ist oder ob er einen literarischen Wert hat, durchaus überflüssig. Ich persönlich stehe auf dem Standpunkt, daß es sich um das wertvolle Werk eines hochbedeutenden Schriftstellers handelt, aber die einzelnen Fortsetzungen müssen als selbständige Schriften genommen werden. Sie werden in Familien und in Wirtschaftsbüros ohne Zusammenhang mit dem ganzen Roman gelesen. Auf diesem Standpunkt steht auch das Reichsgericht. Es hat die Fortsetzung eines noch bedeutungsvolleren Werkes, nämlich Heines „Ardinghello“ und die „Glückseligen Inseln“ als unzüchtige Schrift bezeichnet, obwohl dieses Werk in Peitners Literaturgeschichte als eines der denkwürdigsten und geistvollsten Bücher der deutschen Literatur überhaupt bezeichnet wird. Es handelt sich in diesem Falle noch nicht einmal um eine Tageszeitung, sondern um eine wöchentlich einmal erscheinende literarische Zeitschrift. Wir müssen uns auf den Standpunkt stellen, daß die einzelne Fortsetzung weiter nichts enthält, als die scharf umrissene Holzguckzige in der bekannten naturalistischen Art von Zola und zum Teil Stellen über einen unzüchtigen Schritt enthält. Das Interesse eines großen Teiles der Leser wird sich auch an dieser erotischen Szene erschöpft haben. Aus diesem Grunde beantrage ich, den Angeklagten zu einer Geldstrafe von 150 M. zu verurteilen.

Verteidiger Dr. Kawitzky: Dem Angeklagten hat aber das Bewußtsein gefehlt, daß er sich durch die Veröffentlichung dieser Fortsetzung strafbar macht. Er bekam die Uebersetzung aus dem bekannten Stuttgarter Verlag. Er hatte früher bereits Zolas „Germinal“ veröffentlicht, in dem auch an sich unzüchtige Stellen enthalten sind. Er wußte, daß auch in anderen Zeitungen die „Arbeit“ veröffentlicht worden war, ohne daß eine Bestrafung eingetreten wäre. Er glaube also, optima fide zu sein. Ich beantrage daher seine Freisprechung.

Das Gericht verurteilte nach fast zweistündiger Beratung den Angeklagten zu einer Geldstrafe von 20 M. In der Begründung hieß es: Wenn ein Roman in Buchform oder in größeren Abschnitten in einer literarischen Zeitschrift veröffentlicht wird, so wird er dem Publikum als ein einheitliches Ganzes geboten und er muß dann auch nach seinem Gesamtcharakter bewertet werden. Ganz anders aber liegt die Sache, wenn ein Roman nur in Bruchstücken, in einzelnen kleinen Teilen in einer Tageszeitung veröffentlicht wird. Wenn schon nicht angenommen werden kann, daß jeder Leser einer Tageszeitung das richtige Verständnis für einen Roman wie Zolas „Arbeit“ besitzt, so wird namentlich nicht jeder Leser den ganzen Roman lesen. Es kommt vor, daß ein einzelner Leser nur die eine Nummer liest, infolgedessen ist er gar nicht in der Lage, das Ganze zu bewerten. Er kann die Gesamtendung des Romans nicht würdigen. Daraus ergibt sich, daß ein einzelnes Bruchstück ganz anders wirken muß als der ganze Roman. Durch die Veröffentlichung in kleinen Teilen geht der Zusammenhang mit dem Ganzen verloren und jeder Teil muß daher selbständig geprüft und betrachtet werden. Es kann wohl angenommen werden und ist ohne Zweifel, daß der Roman „Arbeit“ im ganzen ein hochbedeutendes Werk eines hervorragenden Schriftstellers ist, aber ein Redakteur muß einen solchen Roman mit ganz anderen Augen lesen als das übrige Publikum und muß erwägen, welche Folgen die aus dem Zusammenhang gerissene erotische Szene ohne den übrigen Inhalt des Romans auf seine Leser machen muß. Das Gericht hat angenommen, daß der Angeklagte zu diesem Bewußtsein kommen mußte und hat ihn daher, wenn auch milde, zu dieser Geldstrafe verurteilt.

Eine besondere Beleuchtung erhält dieser Prozeß noch dadurch, daß der Staatsanwalt durch fromme ultramontane Seelen auf die Romanstelle aufmerksam gemacht wurde und erst auf Grund dieser Denunziation Anklage erhob. Der wütende Haß der Schwarzen gegen Zola und gegen die sozialdemokratische Presse fand beim Staatsanwalt ein geneigtes Ohr. Als Siegerin ist aber die deutsche Justiz in ihrem Kampfe gegen ein Werk der Weltliteratur trotz der Verurteilung Bierenkämpfers nicht hervorgegangen.

Gewerkschaftliches.

Zum Konflikt in den Berliner Zeitungs-Großbetrieben

Nach am Sonntag eine Versammlung der Personale der drei Firmen Scherl, Roffe und Illstein. Der Riesenaal der „Neuen Welt“ war samt den Galerien bis auf den letzten Platz besetzt. Es herrschte, wie leicht begreiflich, eine gewisse Erregung in der Versammlung, die hier und da in Zwischenrufen zum Ausdruck kam, aber es wurde im allgemeinen sehr sachlich diskutiert und kein Redner verhindert, zu sagen, was er für nötig hielt. Zunächst sprach der gemäßigtere Vertrauensmann Huf der anerkannte, daß der „Vorwärts“ ganz objektiv über die Sache berichtet habe, und dann eine Ueberblick über die Entwicklung der Angelegenheit gab. Darauf kamen dann einige andere Vertrauensleute von Scherl sowie von den beiden anderen Betrieben zum Wort. Es wurde u. a. angeführt, daß die Geschäftsleitung bei Scherl das betreffende Personal gereizt und die Erregung bewußt geschürt habe. Das Bestreben, den Maschinenmeistern eine andere Arbeitszeit aufzuzwingen, verstoße auch gegen den Tarifvertrag, in dessen Kommentar es ausdrücklich heißt, daß bestehende Lohn- und Arbeitsverhältnisse nicht verschlechtert werden dürfen. Ferner wurde von neuem betont, daß jene zwei gemäßigten Vertrauensleute alles getan hätten, um die Arbeitsniederlegung zu verhindern, und jedenfalls nicht schuldiger seien als die übrigen Notationsmaschinenmeister, und daß man die beiden eben ganz willfährig als Geiseln herausgegriffen habe. Dafür scheint auch das Abgangszeugnis zu sprechen, in dem bescheinigt wird, daß der betreffende Maschinenmeister seit dem 4. Februar 1907 bei Scherl tätig war, die „Arbeit ordnungsgemäß verlassen“ hat, und daß man „mit seinen Leistungen und seiner Führung zufrieden“ war.

Ueber die Art, wie bei Roffe die Arbeitseinstellung zustande gekommen ist, wurde berichtet, daß die Geschäftsleitung den Maschinenmeistern erklärte, daß, wenn sie den „Lokalanzeiger“ nicht drucken wollten, sie für die eigenen Blätter der Firma auch nicht gebraucht würden, und daß sie nach Hause gehen könnten. Als dann am Sonnabend das Personal wieder zur Arbeit kam, verzichtete die Geschäftsleitung auf die Arbeit für den „Lokalanzeiger“ und erklärte, daß die veräumte Zeit vom Geschäft getragen werde.

Die Arbeitseinstellung ist bei Illstein ungefähr in derselben Weise vor sich gegangen; nur scheint die Geschäftsleitung dort noch etwas herrischer aufgetreten zu sein, indem die Maschinenmeister dort dreimal, viermal oder gar fünfmal vor die Frage gestellt wurden: „Wollen Sie den „Lokalanzeiger“ drucken oder nicht?“ Darauf folgte konsequent die Antwort: „Nein!“ Die Arbeit ist am Sonnabend auch bei dieser Firma nur unter der Bedingung wieder aufgenommen worden, daß der „Lokalanzeiger“ dort nicht gedruckt werde. Im übrigen haben die Vertrauensleute von Illstein und Roffe folgende Resolution in Vorschlag:

„Die Versammlung der drei Druckerpersonale von Scherl, Illstein und Roffe betrachtet die Entlassung der beiden Vertrauensleute Huf und Walling als eine Härte, mißbilligt aber das Vorgehen der Notationsmaschinenmeister des „Lokalanzeigers“, da dieses geeignet ist, die Interessen der Organisation auf das Schwerste zu schädigen und die Tarifgemeinschaft zu zerstören. Um den Frieden in den Betrieben wieder herzustellen, hält die Versammlung es für notwendig, daß die gesamten Personale an ihre Arbeitsplätze wieder zurückgehen, und erwartet von der Leitung des „Lokalanzeigers“, daß der loyalen Haltung der heutigen Versammlung Rechnung getragen wird und eine Einstellung des gesamten Personals wieder erfolgt. Die Organe unseres Vorstandes werden beauftragt, sofort Verhandlungen anzubahnen, um die Wiedereinstellung der beiden Vertrauensleute zu erzielen. Vom Zentralvorstand wird die Zurücknahme des Ausschlusses der 37 Kollegen verlangt.“

Im weiteren Verlauf der Versammlung kamen sodann die Organisationsvertreter der Buchdrucker sowohl wie der Hilfsarbeiter zum Wort. Ihre Ausführungen über die Sache selbst deckten sich im allgemeinen mit dem, was schon in den betreffenden Erklärungen im „Vorwärts“ gesagt ist. Graßmann vom Zentralvorstand der Buchdrucker wandte sich entschieden gegen den Vorwurf, daß der Verband der Vertrauensleute nicht schütze, und betonte, daß der Ausschluß der 37 Maschinenmeister laut Statut zu Recht erfolgt sei, und der Vorstand in diesem Fall nicht anders handeln könne. Ueber die Zurücknahme des Ausschlusses werde eine andere Instanz zu entscheiden haben. Kassini ersuchte die Versammlung, von der Annahme einer Resolution Abstand zu nehmen, da es Sache der Vereinsversammlung der Buchdrucker, die auf Mittwochabend einberufen ist, sei, über die Angelegenheit gründlich zu beraten und zu beschließen. Er machte dann den Vorschlag, daß von den entlassenen 37 Maschinenmeistern eine Kommission von drei Mann am Montagmorgen bei der Firma Scherl vorstellig werden sollte, um die Wiedereinstellung des Personals zu erwirken. Habe das keinen Erfolg, so verpflichte sich sowohl der Gauvorstand wie die Verbandsleitung ihrerseits, alles mögliche zu tun, um eine Regelung der Angelegenheit herbeizuführen. Der Ortsvorsitzende Moriz von den Buchdruckerhelferarbeitern schloß sich diesem Vorschlag an und teilte mit, daß auch seine Organisation sich am Mittwoch mit der ganzen Angelegenheit befassen werde. Nachdem die Versammlung bis gegen 2 Uhr gedauert hatte, wurde gegen wenige Stimmen beschlossen, daß nach dem Vorschlag Kassinis verfahren werden sollte.

Am Montag früh nahm eine in Berlin zusammengetretene Gauleiterkonferenz des Buchdruckerhelferarbeiterverbandes Stellung, die in folgender, einstimmig beschlossener Resolution zum Ausdruck kommt:

„Die am 10. Juni 1911 tagende Konferenz der Gauleiter des Verbandes der Buch- und Steindruckerei-Helferarbeitern und Arbeiterinnen Deutschlands verurteilt auf das entschiedenste das unbedenkenhafte Verhalten der Hilfsarbeiter in dem zurzeit bestehenden Zeitungskonflikt, welches die Vertrags- und Tariflosigkeit unseres Verbandes in Frage stellt.“

Die Konferenz verurteilt dieses disziplinwidrige Verhalten um so mehr, als die Buchdruckerorganisation gar nicht gewünscht hat, daß unsere Kollegenchaft in dieser Angelegenheit, die reine Buchdruckerfrage war, sich solidarisch erkläre.

Die Konferenz fordert aufs neue und mit allem Ernst, daß bei allen strittigen Verurs- und Tarifangelegenheiten einzig und allein dem begünstigten Entscheid der in Betracht kommenden Tarifinstanzen und des Verbandsvorstandes Folge zu leisten ist, widrigenfalls die Zwiderhandelnden ihres Unterstützungs- und Mitgliedsrechtes verlustig gehen.“

In einer im Hotel „Kaiserhof“ stattgehabten Vorstandssitzung des Vereins Deutscher Zeitungsverleger wurde folgender Beschluß gefaßt:

„Der Vorstand des Vereins deutscher Zeitungsverleger nimmt mit besonderer Genugtuung von der Solidarität Kenntnis, mit welcher die Berliner Zeitungsverleger angesichts des eilatanten Tarifstreikes einer kleinen Gruppe von Maschinenmeistern zusammenstehen. Er gibt der Erwartung Ausdruck, daß

die Leitung der Hilfsorganisation nichts unversucht lassen wird, den gegen den klaren Wortlaut der Tarifgemeinschaft erfolgten Vertragsbruch rückgängig zu machen. Der Verein deutscher Zeitungsverleger richtet an alle Kollegen im Reiche hierdurch die dringende Aufforderung, alles zur Unterstützung der nothleidenden Betriebe zu tun, und geeignete Kräfte zur Ausbille zu beurlauben, selbst wenn dadurch Opfer von dem einzelnen Betriebe gefordert werden. Der Verein deutscher Zeitungsverleger erwartet von der Leitung der Hilfsorganisation, daß sie dafür Gewähr leistet, daß die eintreffenden Ausbillekräfte unbehelligt ihre Arbeit ausüben können.“

Der Vorstand des Vereins deutscher Zeitungsverleger, Dr. Max Jänicke, Vorsitzender.“

Der Mahnung, daß etwaige Ausbillekräfte „unbehelligt“ bleiben möchten, bedurfte es den Buchdruckern gegenüber nicht, ebenso wenig wie des den an der Affäre beteiligten Firmen sofort freundschaftlich zur Verfügung gestellten Polizeiaufgebotes. Dagegen irt der Zeitungsverleger-Verein, wenn er meint, die „Beurlaubung“ von Ausbillekräften entspreche dem Sinne des von ihm angeblich hochgehaltenen Tarifvertrages. Kein Buchdrucker kann gezwungen werden, Arbeiten anderer Firmen zu verrichten, für die er nicht ordnungsmäßig engagiert ist; am wenigsten braucht er zu diesem Zwecke noch im Buchdruckbetriebe bisher nicht übliche „Montagefahrten“ zu unternehmen.

Ueber die Frage der Vertragsstreue

artikelt aus diesem Anlaß in gewaltigen Worten wie immer die Illstein- und Scherl-Pressen. Wir haben bereits erklärt, daß die Scherl'schen Maschinenmeister ihrem Solidaritätsgefühl in einer Weise Ausdruck geben mußten, daß dadurch der geschlossene Vertrag nicht verletzt wurde. Aber die Illstein- und Scherl-Pressen sollte nicht aus dem Glasbause mit Steinen werfen. Ihr Vertragsbruch den Abonnenten gegenüber ist nicht aus der Welt zu schaffen. Es ist auch einfach nicht wahr, was das „Tageblatt“ jetzt behauptet, die Blätter dieser Firmen hätten ihre Leser davon unterrichtet, daß sie freiwillig, aus „Solidarität“, ihren Abonnenten den Lieferungsvertrag und den Inserenten den Werkvertrag brachen. Die Form der Veröffentlichung war eine derartige, daß jeder Harmlose das Ausbleiben der Zeitung auf die bösen Buchdrucker zurückführen mußte.

Der Konflikt beigelegt.

Nach langwierigen Verhandlungen hat sich am gestrigen Tage die Firma Scherl bereit erklärt, von den ausländischen 37 Notationsmaschinenmeistern 30 wieder einzustellen. Um 9 Uhr nahmen 10 Mann die Arbeit wieder auf und 20 Mann folgen am heutigen Tage. Nach Bedarf sollen demnächst die verbleibenden 7 Mann eingestellt werden. Das übrige in Betracht kommende Personal hat seine Plätze inzwischen wieder eingenommen.

Durch Wolffs Telegraphenbureau wird in vorgerückter Nachtstunde eine von 19 Berliner Tageszeitungen unterschriebene, durch die Beilegung des Konflikts überflüssige, Solidaritätserklärung für die Firmen Roffe, Scherl und Illstein verbreitet.

Berlin und Umgegend.

Achtung, Bauhandwerker! Die Parkettbodenleger Berlins befinden sich seit dem 7. Juni im Streik. Neue Forderungen sind nicht gestellt, es wird nur verlangt, daß der Tarif, welcher seit 1904 besteht, wieder seine volle Gültigkeit haben soll. — Die Bauhandwerker werden erucht, und in diesem Kampfe zu unterstützen. Jeder arbeitende Parkettleger muß mit einer von der Brandenkommmission abgestempelten Berechtigungskarte versehen sein.

Holzarbeiterverband, Branche Parkettbodenleger.

Die Differenzen mit der Dampfmühle Goldacker

lautete das Thema einer stark besuchten Versammlung, die der Verband der Brauerei- und Mälzenarbeiter am Sonntag im Gewerkschaftshause einberufen hatte. Verbandsbeamter Hodapp referierte. Auf Grund eines reichlichen Aktienmaterials wies Redner nach, daß Goldacker schon von jeher ein rigoroser Arbeitgeber war. Als nun die Mälzenarbeiter mit den Vätern zusammen den Tarif eingereicht hatten, ging Goldacker flugs hin und unterschrieb den Tarif der — Väter. Als der Vorstand der Mälzenarbeiter mit Goldacker telephonisch zu verhandeln suchte, trieb der Herr geradezu seinen Spott mit den Verbandsvertretern. Die Müller täten ihm nichts, sie seien froh, wenn er (Goldacker) ihnen nichts tue. Am 27. Mai legten die Arbeiter die Arbeit nieder und zwei Tage darauf bewilligte Goldacker. Nach Pfingsten ließ er aber aussetzen mit der Motivierung, daß nichts zu tun sei; dabei stellte er aber gleichzeitig neue Arbeitskräfte ein. Es handelt sich also offensichtlich um eine verheerliche Aussperrung. Da nun zurzeit die Goldacker'sche Mühle repariert wird, nahm die Versammlung einen Antrag dahingehend an, daß die Reparaturarbeiten abgewartet werden sollen. Sobald die Mühle wieder in Betrieb ist, wird dann die Organisationsleitung mit den Vätern in Verbindung treten, um gemeinsam gegen die Praktiken Goldackers vorzugehen.

Lohnbewegung der Bretterträger Groß-Berlins.

Am Sonntag hielt der Transportarbeiterverband mit der Branche der Bretterträger im überfüllten Saale von Keller, Köpenicker Straße, eine Versammlung ab, in der beschlossen wurde, bei allen den Firmen, 64 kamen in Betracht, bei welchen eine friedliche Einigung an Hand der eingereichten Forderungen nicht erzielt werden konnte, sofort in den Streik zu treten. Diesem Beschluß waren die Arbeiter aus allen Betrieben am Montag früh nachgekommen. Bei 21 Firmen wurde eine Einigung ohne Streik erzielt, während bei 33 Betrieben zur Durchführung der Forderungen die Arbeit niedergelegt wurde.

In einer Versammlung am Donnerstag wurde über den bisherigen Verlauf der Bewegung Bericht erstattet. Der Bewegungsleiter Bernhardt teilte mit, daß bisher bei 51 Firmen mit 518 Arbeitern eine Zulage von durchschnittlich 5 Pf. zum Stundenlohn sowie 1/2 Pf. zu den Affordrängen erreicht wurden, so daß pro Mann und Woche eine Steigerung des bisherigen Wochenverdienstes um 4 M. und mehr eingetreten ist. Bei drei Firmen mit 28 Arbeitern wird zurzeit noch gestreikt. Es wurde weiter mitgeteilt, daß der Gastwirt Laboschinski, Charlottenburger Ufer, den Unternehmern Streikbrecher vermittelt.

Deutsches Reich.

Achtung, Klempner! In Bosen sind die Verhandlungen des Metallarbeiterverbandes mit den Klempnermeistern zur Erneuerung des Tarifvertrages gescheitert. Es ist deshalb von den Gesellen beschlossen worden, am Montag, den 19. Juni, in den Streik einzutreten. Wir ersuchen, den Zugzug von Klempnern und Installateuren nach Bosen fernzuhalten.

Die Bezirksleitung des Metallarbeiterverbandes.

Zum Streik im mitteldeutschen Braunkohlenrevier.

Der Streikleitung ist ein Ende mit Schrecken angefündigt worden. Die Oeffentlichkeit wird sie freuen, so heißt es am Schluß eines sehr geistreichen Unternehmerartikels. Ganz so schlimm wird es ja wohl nicht werden, die Streikleitung fühlt sich noch nicht im geringsten beunruhigt, sie glaubt, daß bei dem Verfall der Äpfels der Baum der Vater des Gedankens ist. In diesem Unternehmerartikel werden die Vergleute weiter als Faulenzer hingestellt. Es wird gesagt, bei den Vergleuten gelte das Sprichwort: Schickeloh, schon dich mein Sohn! Wenn Minde-

lohn bezahlt werden soll, so werde dieses bekannte bergmännische Sprichwort: Schickeloh, schon dich mein Sohn! Wenn Minde-lohn dich mein Sohn! Wie sehr sich die Bergarbeiter „schonen“, erhellt die Tatsache, daß 34 Braunkohlenwerke innerhalb 4 Jahren einen Reingewinn von beinahe 50 Millionen Mark und über 38 Millionen Mark Abschreibungen machen konnten. Dann heißt es in dem Artikel weiter: Die meisten vom Streik betroffenen Gruben ringen geradezu um ihr Dasein; dennoch kann gesagt werden, daß die Existenz der Bergarbeiter in ihrem Beruf, wenn auch mäßig, doch auf bedeutend sicherem Fundament steht als viele andere Berufe. Der Braunkohlenarbeiter findet unter gesundheitlich günstigen Verhältnissen das ganze Jahr hindurch die gleiche Arbeit, die ihn 9 Stunden täglich beschäftigt. In vielen Betrieben sind drei Arbeitergenerationen, vom Großvater bis zum Enkel, nebeneinander beschäftigt! In welchen anderen Berufen ist das der Fall? Dennoch bemühen sich die Streikleiter, dieses gesunde wirtschaftliche Fundament zu untergraben!“

Wie die Braunkohlenwerke um ihr Dasein ringen, ist oben schon gesagt. Was der Gesundheitszustand der Bergarbeiter anbetrifft, so würden wir es gewiß mit Freuden begrüßen, wenn es so wäre, daß drei Generationen nebeneinander arbeiten. Daß dem leider nicht so ist, weiß in den Bergbaubezirken jedes Kind. Die Berichte der Anknappschützern reden über die gesundheitlichen Verhältnisse der Bergarbeiter eine andere Sprache wie der Herr Artikelautor. Kein vernünftiger, nur einigermaßen mit den Verhältnissen betrauter Mensch kann darum die Behauptungen des Artikelautors ernst nehmen. Sie stammen aus dem Reiche der Fabel.

Diese Erzählungen sollen in die Reihen der Streikenden Verwirrung bringen und die Unternehmer über den Streik in ihrem Lager hinwegbringen. Im Braunkohlen-Industrieverein sind sich nämlich die Unternehmer mächtig in die Haare gefahren. Veranlassung gab zunächst die vom Unternehmerverein vorgenommene Berechnung über die zu zahlende Entschädigung für die vom Streik betroffenen Gruben. Dann aber ist auch eine starke Minderheit vorhanden, die mit den Organisationen verhandeln möchte, um Frieden zu schließen. Hoffentlich wird aus dieser vernünftigen Minderheit bald eine Mehrheit. Nach außen hin wird aber der Anschein zu erwecken versucht, als sei man sich im Unternehmerlager völlig einig.

Eine Reihe von Gruben hat mit dem Anwerben fremder, mit den Verhältnissen nicht vertrauter Leute üble Erfahrungen gemacht. Die herangezogenen Leute wurden zum größten Teil von den Streikenden abgefangen, die anderen waren für die Bergarbeit nicht zu gebrauchen. — Der Stand des Streiks hat sich nicht verändert, die Streikenden führen mit derselben Entschlossenheit wie am ersten Tage ihren Kampf weiter.

Streik der Elektromonteurs.

Frankfurt a. M., 10. Juni. (Privattelegramm des „Vorwärts“.) Eine von 600 Elektromonteurs besuchte Versammlung beschloß, vom Dienstag ab die Arbeit niederzulegen. Auf einen schon vor Wochen eingereichten Tarifvertrag haben die Unternehmer unter Führung der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft ablehnend geantwortet. Mit der Organisation wollen sie überhaupt nicht verhandeln. Auch bei den später mit ihren eigenen Arbeitern gepflogenen Verhandlungen sind keine zufriedenstellenden Zugeständnisse gemacht worden. Die Arbeiter verlangen neunstündige Arbeitszeit und Erhöhung der Stundenlöhne, die bis jetzt zum Teil noch für aus-gelernte Arbeiter 25 Pf. pro Stunde betragen. Bewilligt ist nur die neunstündige Arbeitszeit. Die Arbeitsniederlegung dürfte einmütig erfolgen.

Angebrochte Aussperrung in der Leipziger Metallindustrie.

In den Leipziger Metallgießereien sind die Arbeiter aus- sperrt. Der Stand des Streiks ist sehr günstig. 14 Betriebe haben bereits den Tarif anerkannt. Der Leipziger Metall-industriellenverband hat beschlossen, zur Unterstützung der bedrängten Gießereifirmen nach 14 Tagen 30 Proz. und nach weiteren 14 Tagen abermals 30 Proz. der Metallarbeiter auszusperrten. Die Aussperrung soll weiter fortgesetzt werden, bis der Streik der Gießereiarbeiter durch die Unternehmer abgewehrt ist.

Achtung, Steinseher! Die Steinseher aus dem Bezirk Merseburg, wofolbst die Steinseher seit längerer Zeit ausge-sperrt sind, sind eifrig auf der Suche nach Arbeitswilligen. Um Fernhaltung des Zuguges wird dringend ersucht.

Vom Väterstreik in Mannheim.

Durch die einmütige Arbeitsniederlegung und den von der Einwohnerschaft ausgeübten Boykott hatten bis zum 16. Juni 94 Betriebe (inklusive der Tarifstreikern) mit 157 Gesellen die Forderungen anerkannt. In Betracht kommen 218 Betriebe mit 326 Arbeitern. Ein an die Einwohnerschaft verbreitetes Flugblatt sowie ein Aufruf der Parteileitung und des Gewerkschaftskartells zur tatkräftigen Unterstützung der Streikenden veranlaßte den „Allgemeinen Arbeitgeberverband“, den Gegenboykott zu eröffnen. Die Scharfmacherorganisation kündet an, sie werde in den nächsten Tagen die Betriebe veröffentlichen, die die Gehilfenforderungen nicht anerkannt haben. Damit kommen die Scharfmacher reichlich spät. Die Väderinnung hat selbst schon den Kampf aufgegeben, weil sie einseht, daß die Mitglieder der Wucht des Boykotts nicht standhalten können. Ungefähr die Hälfte aller Betriebe sind geregelt. Der Arbeitgeberverband, der wegen seines verächtlichen Arbeitsnachweises bekannt ist, wird mit seinem Aufruf nur Del ins Feuer gießen und erst recht die organisierte Arbeiterschaft zur schärfsten Anwendung des Boykotts auffacheln.

Zugzug von Vätern ist nach M a n n h e i m streng fernzuhalten.

Letzte Nachrichten.

Vom deutschen Rundflug.

Kiel, 10. Juni. (B. Z. V.) Am heutigen dritten Tage der Kieler Flugwoche startete die Mehrzahl der hier anwesenden Flieger. Auch Thelen unternahm nach seinem gestrigen Mißgeschick bereits wieder einen Aufstieg. Um 8.45 Uhr abends traf der Flieger König, der um 7.30 Uhr mit Leutnant Koch als Passagier auf seinem Albatros-Zweidecker in Hamburg aufgestiegen war, unter großem Jubel der Zuschauermenge hier ein. Der Flieger Paul Lange, der um 7.45 Uhr auf seinem Eindecker in Hamburg zur Fahrt nach Kiel startete, kam in Gewitterböden und mußte in der Nähe von Bramstedt niedergehen. Dabei erlitt sein Flugzeug leichte Beschädigungen, doch hofft Lange, morgen nachmittags die Fahrt nach Kiel fortsetzen zu können.

Unfall beim Brückenbau.

München, 10. Juli. (S. V.) Bei dem Brückenbau in Schongau stürzte ein Gerüst ein. Ein Arbeiter wurde schwer, einer leicht verletzt.

Der internationale Seemannsstreik.

London, 10. Juni. (B. Z. V.) Der Verband der Seeleute stellt fest, daß über 180 einheimische Schiffe in den Häfen Großbritanniens festliegen.

Aus dem russischen Korruptionsumf.

Moskau, 10. Juni. (B. Z. V.) Vor dem Militärgericht begann heute der Prozeß gegen die Annahmekommission der Intendantur und die Lieferungsfirmen Thiele, die für die Bestechung von Intendanturbeamten zwei Millionen Rubel verausgabte hatte. Die Zahl der Angeklagten beträgt 76, die der Zeugen 105. Man nimmt an, daß der Prozeß einen Monat dauern wird.

Abgeordnetenhaus.

90. Sitzung vom Montag, den 19. Juni, vormittags 11 Uhr.

Am Ministerisch: v. Dallwitz.

Die zweite Lesung der

Rheinischen Gemeindeordnung

wird fortgesetzt bei der Abstimmung über einen Zentrumsantrag, der das Wahlrecht der juristischen Personen anders fassen will.

§ 46 handelt von der Zusammensetzung des Gemeinderats. Es gehören ihm die sogenannten, meist begüterten Grundbesitzer an; Voraussetzungen dafür ist nach der Regierungsvorlage, daß von ihrer Grund- und Gebäudesteuer die Hälfte auf die Grundsteuer entfällt.

Abg. Frieser (Z.) begründet einen Antrag der Zentrums- partei, der den Grundbesitz auch bevorzugen will, wo es sich um die Vertretung eines Gemeinderatsmitgliedes handelt.

Abg. Dr. Gottschalk (natl.) bekämpft diesen Antrag und befürwortet den nationalliberalen Antrag auf Wiederherstellung der Regierungsvorlage bezüglich der Halbierung der Grund- und Gebäudesteuer.

Abg. Frieser (Z.) begründet einen weiteren Zentrumsantrag, wonach die Vertretung auswärts wohnender, meist begüterter Grundbesitzer nur durch Pächter, Verwalter oder Söhne erfolgen kann.

Sämtliche Änderungsanträge werden abgelehnt, bis auf den, der die auswärts wohnenden Grundbesitzer den in der Gemeinde wohnenden nachsetzt.

§ 46 wird hierauf angenommen.

§ 55 bestimmt, daß die Stimmabgabe durch mündliche Erklärung zu Protokoll erfolgt.

Das Zentrum beantragt, daß die Abstimmung durch Abgabe eines verdeckten Stimmzettels erfolgt; die näheren Bestimmungen soll der Oberpräsident der Rheinprovinz treffen.

Die Volkspartei beantragt die Abstimmung durch verdeckten Stimmzettel nach Maßgabe der für die Reichstagswahl geltenden Vorschriften.

Abg. Dr. Bell (Z.) begründet den Zentrumsantrag; die Nationalliberalen sollten das tote öffentliche Wahlrecht doch nicht noch durch eine Kampfeinbringung am Leben zu erhalten suchen.

Abg. Frieser (Z.) begründet den Zentrumsantrag, die Nationalliberalen sollten das tote öffentliche Wahlrecht doch nicht noch durch eine Kampfeinbringung am Leben zu erhalten suchen.

Chrenschuld der Regierung gegen das gesamte preussische Volk, dem 1849 das Wahlrecht genommen wurde, ist nicht minder wichtig. Wollte Preußen auch nur einen Teil seiner Ehrenschulden bezahlen, so wäre es bankrott.

Kleines feuilleton.

Soziale Energie. Im Vorjahr hat der belgische Großindustrielle und Ingenieur Ernest Solvay in Brüssel einen Vortrag über „Industrie und Wissenschaft“ gehalten, in dem er die Gesetze der energetischen Biologie auf die Umgestaltung der Gesellschaft anzuwenden versucht.

Die energetische Formel für den Fortschritt der Gesellschaft läuft für Solvay darauf hinaus, daß man die Leistungsfähigkeit des Arbeiters vergrößert in dem Maße, wie der Fortschritt der Technik es ermöglicht, die Arbeitszeit zu vermindern, ohne den Arbeitsbetrag zu beeinträchtigen.

Es handelt sich um energetische Erleichterung der heutigen Gesellschaft. Wir brauchen wirkliche Dandelsfreiheit, unmittelbaren Übergang der Produktion zum Konsumenten.

Man sieht: Die revolutionären Ideen Solvays treffen um den Sozialismus, den er mit dem liberalen System in der Weise zu vereinigen sucht, daß er dem Staat, der Gesellschaft die organisierende Aufgabe zuweist, jedem die Freiheit zu sichern, fruchtbar sich zu entwickeln und zu betätigen.

Was eine Aufführung in der Pariser Oper kostet. Aus Paris wird berichtet: Der Bericht über das Budget der Schönen Künste, der von dem Senator Rivet mit großer Gewissenhaftigkeit verfaßt worden ist und im Senat verteilt wurde, enthält einige Angaben, die auch außerhalb Frankreichs interessieren dürften.

Herren brauchen hier nur zahlreich anzutreten. Die Mehrheitsparteien haben es auch in der Hand, die Wahlrechtsanträge als Initiativanträge hier einzubringen und ihre Verhandlung zu erzwingen.

Abg. Dr. Bell (Z.): Gerade bei dieser Frage hätte der Abg. Frieser gegen das Zentrum nicht polemisieren brauchen, da wir hier doch mit ihm einig sind.

Unterstaatssekretär Holz: In den 50er Jahren hat man sich für die öffentliche Wahl bei den Gemeindevahlen entschieden und ebenso im Jahre 1861. Es ist nicht angängig, die Frage für einen Teil der Monarchie jetzt anders zu regeln.

Abg. Frieser (Z.): Ob die Vorlage durch die Einführung der geheimen Wahl so belastet wird, daß das andere Haus sie ablehnt, muß uns gleichgültig sein.

Abg. Dr. Gottschalk (natl.): Wir stehen auf dem Boden des geheimen Wahlrechts. Das haben wir im vorigen Jahr gezeigt und wir wünschen das geheime Wahlrecht auch für die Kommunalwahlen.

Abg. Frieser (Z.): Wenn das Zentrum einen Initiativantrag auf generelle Einführung der geheimen Stimmabgabe bei den Kommunalwahlen stellt, wird es uns an seiner Seite finden; aber seine taktischen Manöver machen wir nicht mit.

Die Debatte schließt. Abg. Ling (Z.) beantragt die namentliche Abstimmung. Der Antrag auf Einführung der geheimen Wahl wird mit 148 gegen 117 Stimmen abgelehnt; für ihn stimmen Zentrum, Polen, Volkspartei und Sozialdemokraten.

Abg. Hoeveler (Z.) begründet den Antrag, dem Zentrum, einen Artikel 3a einzufügen, wonach der Bürgermeister, der nach der Vorlage ernannt wird, von der Bürgermeisterversammlung gewählt wird und der Bestätigung durch den Oberpräsidenten bedarf.

Abg. Dr. Gottschalk (natl.) erklärt sich ebenfalls gegen den Antrag.

Abg. Dr. Wärmeling (Z.) bittet um die Annahme des Antrages.

Abg. Hoeveler (Z.) beantragt über den Antrag namentliche Abstimmung.

In dieser wird der Antrag mit 134 gegen 100 Stimmen abgelehnt.

Abg. Dr. Bell (Z.) befürwortet einen Antrag des Zentrums, kommt zu dem Ergebnis, daß der Staat seinen Theatern größere Unterstühtungen gewähren müßte.

Der Dresdner zweiteil im Zirkus Busch. Bei Aufführung des ersten Teiles war der Zirkus bis zum letzten Platz besetzt, bei der des zweiten, vierzehn Tage später, kaum noch bis zur Hälfte.

Humor und Satire. Renetel. „Was?“ der Hauswirt Schulze spricht: „Kein Lokal-Anzeiger“ nicht? Und die Noten sind dran schuld? Ja, da reißt ein'n die Schuld!

Wider, mit wütendem Gesicht, haut er auf den Kaffeetisch. Mutter stimmt ihm großend bei, Daß zu frech die Wande sei.

Auch im ersten Stod Herr Mat zeigt Enttäuschung im Quadrat. Wie erbärmlich man, ohne Blatt, Wer gekriegt 'nen Orden hat?

Nebenam dem Herrn Major kommt die Schöfe münzig vor. Dieser Streik grenzt in der Tat schon direkt an Hochverrat!

Selbst der Kanzler scheint perplex, Und er sinnt auf eine Verz. Solch ein Umsturz, das ist klar, Droht dem Preußenstaat Gefahr.

Ein Refrain schreut sein Gemüt, Der wie Flamme schreit erglüh: „Alle Köder stehen still, Wenn dein starker Arm es will!“

Notizen. — Was kostet die wissenschaftliche Literatur? Wilhelm Erman in Bonn hat berechnet, wie hoch der Kaufpreis deutscher wissenschaftlicher Schriften in einem Jahre ist.

Ein Gelehrter, der sich die gesamte wissenschaftliche Literatur Deutschlands in dem einen Jahre 1909 hätte kaufen wollen, hätte dafür 90.806 M. ausgeben müssen, 28.839 M. allein für wissenschaftliche Zeitschriften und Serienwerke.

Man kann getrost sagen: daß die gesamte wissenschaftliche Literatur nur für ein paar Leute erscheint. Was uns bringend fehlt, sind Stadtbibliotheken, die die wissenschaftliche Literatur sofort nach ihrem Erscheinen in Lesefällen auslegen, für jedermann kostenlos zugänglich.

In dem Flugblatt ist folgendes zu lesen: „Die Kollegen, mit denen ich zusammen arbeitete, wissen, daß ich nicht krank bin noch zurzeit krank war, dann hat aber auch Herr Viererbe sowohl als auch Herr Heißner über andere Gründe meines Rücktritts sich zu vielen Kollegen geäußert. Der zweite Teil, an dem als Schlussstück der Trilogie sich eine fagenhafte, dem Verfolgteten Freispruch und Erlösung bringende Gerichtsverhandlung schliefte.“

Herr Hartau (Dress) und Fräulein Helene Ritscher (Elektra) ragten in der Darstellung hervor. Sie deklamierten ihre Reden mit einem starken schmetternden Fanfarenchor der Leidenschaft.

Die Kollegen, mit denen ich zusammen arbeitete, wissen, daß ich nicht krank bin noch zurzeit krank war, dann hat aber auch Herr Viererbe sowohl als auch Herr Heißner über andere Gründe meines Rücktritts sich zu vielen Kollegen geäußert. Der zweite Teil, an dem als Schlussstück der Trilogie sich eine fagenhafte, dem Verfolgteten Freispruch und Erlösung bringende Gerichtsverhandlung schliefte.“

Herr Hartau (Dress) und Fräulein Helene Ritscher (Elektra) ragten in der Darstellung hervor. Sie deklamierten ihre Reden mit einem starken schmetternden Fanfarenchor der Leidenschaft.

Die Kollegen, mit denen ich zusammen arbeitete, wissen, daß ich nicht krank bin noch zurzeit krank war, dann hat aber auch Herr Viererbe sowohl als auch Herr Heißner über andere Gründe meines Rücktritts sich zu vielen Kollegen geäußert. Der zweite Teil, an dem als Schlussstück der Trilogie sich eine fagenhafte, dem Verfolgteten Freispruch und Erlösung bringende Gerichtsverhandlung schliefte.“

Herr Hartau (Dress) und Fräulein Helene Ritscher (Elektra) ragten in der Darstellung hervor. Sie deklamierten ihre Reden mit einem starken schmetternden Fanfarenchor der Leidenschaft.

Die Kollegen, mit denen ich zusammen arbeitete, wissen, daß ich nicht krank bin noch zurzeit krank war, dann hat aber auch Herr Viererbe sowohl als auch Herr Heißner über andere Gründe meines Rücktritts sich zu vielen Kollegen geäußert. Der zweite Teil, an dem als Schlussstück der Trilogie sich eine fagenhafte, dem Verfolgteten Freispruch und Erlösung bringende Gerichtsverhandlung schliefte.“

Herr Hartau (Dress) und Fräulein Helene Ritscher (Elektra) ragten in der Darstellung hervor. Sie deklamierten ihre Reden mit einem starken schmetternden Fanfarenchor der Leidenschaft.

Die Kollegen, mit denen ich zusammen arbeitete, wissen, daß ich nicht krank bin noch zurzeit krank war, dann hat aber auch Herr Viererbe sowohl als auch Herr Heißner über andere Gründe meines Rücktritts sich zu vielen Kollegen geäußert. Der zweite Teil, an dem als Schlussstück der Trilogie sich eine fagenhafte, dem Verfolgteten Freispruch und Erlösung bringende Gerichtsverhandlung schliefte.“

Herr Hartau (Dress) und Fräulein Helene Ritscher (Elektra) ragten in der Darstellung hervor. Sie deklamierten ihre Reden mit einem starken schmetternden Fanfarenchor der Leidenschaft.

Lehner hat auch Ende Dezember, nachdem ich eine wählberechtigte Beschwerde über seine Geschäftsführung an den Zentralvorstand gerichtet, eine Gegenschrift gegen mich verfaßt, die im Verbandsbureau auf Kosten des Verbandes angefertigt war und tagelang im Bureau ausgelegen hat, welche von einigen meiner Kollegen, die mich abends besuchten, gelesen wurde. Wer das erfahren, der konnte der obigen Veröffentlichung des Herrn Lehner betreffend meines Austritts keinen Glauben schenken, und darum haben die Kollegen der Bezirksvereinigung Berlin nach Anhörung beider Teile mich ersucht, über die wahren Gründe und die Mißstände an der Zentralstelle allen Vorständen und Delegierten Auskunft zu geben.

Dann heißt es in dem Flugblatt u. a. weiter: „Der Grund meines Austritts ist in der Geschäftsführung des Herrn Lehner zu suchen, des Mannes, den ich selbst aufs wärmste empfohlen und von dem ich selbst gründlich gerichtet worden bin, dessen Streben mit aller Macht darauf gerichtet war und jetzt noch ist, die Befugnisse des Vorsitzenden an sich zu reißen, dagegen seine Pflichten und das, wozu er engagiert ist, auf andere zu übertragen, die der Verband dann extra bezahlen muß.“

Herr Severin bringt dann eine Reihe von Beweisen für die im letzten Satz aufgestellten Behauptungen. Herrn Lehner wird darin zunächst Unfähigkeit nachgesagt. Das juristische Examen, das ihn zum Rechtsanwalt oder Referendar berechtigt, soll er gar nicht gemacht haben. Er habe im übrigen ganz nach seinem Sinn äußerst wüßig und nachlässig in bezug auf die Wünsche der Ortsvereine gearbeitet, andererseits aber durch Hervorhebung seiner Vereine, durch eigenmächtige, nur mit seiner Unterschrift versehenen Schreiben an die Behörden ohne Wissen der Vorstände seine Befugnisse überschritten. Es seien Dinge vorgenommen, die das Vertrauen zu Herrn Lehner aufs tiefste erschüttern müßten. Die politische Betätigung Herrn Lehners und seine Ungefährlichkeit in Versammlungen und bei Bearbeitung der Zeitung habe zu dem Konflikt mit der Aufsichtsbehörde geführt, wovon die Vorladung des gesamten Zentralvorstandes zum 13. Dezember 1910 nach Berlin und die bekannte Verwarnung die Folge war. Welcher Art die Wünsche des Herrn Lehner waren, denen Herr Severin angeblich entgegengetreten, wird mir folgt dargestellt:

1. Eine Nachforderung für den Bildhauer Götz in Höhe von 27,50 M.
2. Dann wollte er eine Reise mit dem Abgeordneten Delius (Volkspartei) durch die Ostprovinzen machen.
3. Eine Reise zum Assistententag nach Stettin.
4. Eine Reise mit dem Druder nach Trier.
5. 300 M. Zuschuß für den Besuch eines Vortrages in Frankfurt a. M.
6. Lehner trat für höhere Bezahlung des Zeitungsdruckers ein, durch Uebernahme der Verbandskosten, ohne daß der Mann selbst eine höhere Forderung bei der stets wachsenden Auflage gestellt hätte.

Auch seine Handlungen andererseits hatten sich als recht bedenklich erwiesen. So die Extraforderung in Höhe von je 100 M. für die Bearbeitung der Petition, der Fragebogen, des Handbuchs der wirtschaftlichen Lage usw. Arbeiten, die jeder Kollege doch von dem Syndikus erwartet hätte. Der Abschluß des Vertrages mit dem Inseratenagenten auf 40 Proz. der baren Inserateneinnahme zeigt ebenfalls, daß Lehner die Interessen des Verbandes nicht wahrgenommen hatte. Im Jahre 1910 hatten die Inserate nicht die Kosten der Auflage erbracht, während Lehner eine Reineinnahme von 20.000 M. versprochen hatte. Die Verteilung der Verbandsinteressen handhaben wollte, zeigt folgendes: „Gelegenlich der Eröffnung der Frage, wie wir am besten die Anträge und Beschwerden der Ortsvereine an die Verbandleitung vertreten könnten“, habe Lehner gesagt: „Wir machen es so wie Kolz (der frühere Verbandsvorsitzende, D. Red.), lehnen die Beschwerden einfach ab und sagen den Leuten, es ist von der Zentralstelle Beschwerde geführt worden.“ Tatsächlich habe Lehner auch nach obigem Ausspruch gehandelt. Auf die Verhältnisse der Eisenbahner habe Lehner nicht eingewirkt im Ministerium und sei auch gar nicht imstande, einwirken zu können. Beweis: Die gänzliche Ablehnung des Kartells durch Erlaß des Ministers vom 10. Oktober 1910.

Ueber die Geschäftsführung Lehners werden dann eine Reihe Einzelheiten angeführt. Unter anderem soll er einmal geäußert haben in bezug auf die Uebersiedelung Schomburgers nach Berlin: „Den Schomburger ärgere ich so, daß er nicht hierher kommt. Wir werden uns doch die katholischen Kerle nicht hierher kommen lassen.“ Die Eklidenwirtschaft sei unter dem Einfluß Lehners viel schlimmer geworden, als sie jemals unter Kolz bestanden habe. Ueber die juristische Fähigkeit ist in dem Flugblatt gesagt:

„Mehrere Prozesse sind uns durch seine juristische Weisheit entstanden, die wir berappen mußten. Prozeß Petershof-Dortmund, Bant-Berlin, Wever-Dortmund, den einfachen Prozeß Haube hat er seinem Freund Suppe übertragen, zixta über 400 M. Kosten.“

Dann wird behauptet, daß Lehner vom Gericht wegen Schulden hat gehen müssen, ohne irgendwelche weiteren Ansprüche auf Pension oder Wiederinstellung, was er bei Abschluß des Vertrages verschwiegen habe. „Das, was wir hauptsächlich von ihm erwarteten und was er auch versprochen hat und weshalb wir ihm ein hohes Gehalt von 5400 M. und 15 M. für jeden Reisetag bewilligten, kann er unter diesen Umständen nicht ausführen“, schreibt Herr Severin.

Dann wird Lehner ungeschickte Schreibweise nachgesagt; äußerst mangelhafte redaktionelle Fähigkeit habe den Verband veranlaßt zur Anstellung eines besonderen Reaktors. Herr Severin schreibt dann, daß er gegen alles das aufgetreten sei, was Lehner nun wiederum veranlaßt, auf seine (Severins) Befestigung hinzuwirken. Nach der Konferenz in der Direktion Berlin am 13. Dezember v. J. hätten sich 6 Kollegen für Lehner und nur 4 für Severin erklärt. „Die Kollegen stellten sich“, so heißt es in dem Flugblatt, „auf Seiten des Angestellten, gegen den so viele Beweise des Mißtrauens vorliegen, aber 50 M. monatliches Schweigegeld bot man mir an, wenn ich nicht in die Öffentlichkeit an die Mitglieder gehe.“

Soweit das Flugblatt, das, wie noch einmal betont werden soll, im Auftrage der Bezirksvereinigung Berlin herausgegeben ist.

Längere Zeit vor der Verbreitung des Flugblattes, am 22. April dieses Jahres, machte in einer Eisenbahnerversammlung in Jena der derzeitige komm. Verbandsvorsitzende Biererbe Ausführungen, die ein nicht minder großes Schlaglicht auf die Verhältnisse in dieser „Ständesorganisation“ werfen und die zum Teil dieselben Anklagen gegen Lehner enthielten, die Severin, der obgedachte Vorsitzende, gegen ihn erhebt. Herr Biererbe sagte in Jena u. a., man habe Severin genötigt, den Vorstoß zu übernehmen, nachdem der Sitz des Verbandes von Trier nach Berlin verlegt worden war, um bessere Verhältnisse in denselben zu bringen. Severin habe Lehner protegiert und letzterer sei jetzt zu selbständig, mache eigenmächtig Reisen, weshalb es zwischen beiden zu Streitigkeiten gekommen sei. Severin trage aber auch den Mantel auf zwei Seiten, denn er habe als Verbandsvorsitzender immer noch den Kolonnenführerverband unterstellt und begunstigt. Der Eisenbahndirektionspräsident habe Severin Vorwürfe darüber gemacht, daß die Verbandszeitung nicht mehr so „sahm“ schreibe wie früher. Von anderer Seite werde Severin der Vorwurf gemacht, daß er dem Minister Mitteilungen gemacht habe, die dieser nicht wissen sollte. Der Minister sei der Meinung, daß im Verband ordnungsgemäße Elemente sind und fordere deren Befestigung. Wegen wir nicht, was der Minister will, dann geben wir den Verband preis! Lehner sei auch nicht die gesuchte Kraft; sein Gehalt müsse gekürzt werden. Ein Prozeß habe dem Verband sehr viel Geld gekostet, doch über diese Angelegenheit könne er sich nicht näher

auslassen. Daß die Verbandszeitung die von sozialdemokratischen Abgeordneten im Parlament gehaltenen Reden zugunsten der Eisenbahner nicht abdrucke, sei auf ein Verbot seitens des Ministers zurückzuführen.

Der selbe Herr Biererbe, der in Jena diese Ausführungen machte, unterzeichnete folgende, in Nr. 23 seines Verbandsorgans veröffentlichte Aufforderung:

An die Verbandskollegen!
Durch den Vorschloffer Hermann Severin ist an die einzelnen Ortsvereine ein Flugblatt verbreitet worden, das sich als Pamphlet und eine Disziplinlosigkeit schlimmer Art darstellt. Vor dem Delegiertentag in Halle a. S. 1911, der als die oberste Behörde des Verbandes über die Severinschen Ausführungen zu entscheiden hat, hält es der Zentralvorstand im Interesse unserer Organisation nicht für angebracht, auf ein Schmähblatt zu antworten, das nur geeignet ist, Unruhe in unsere Mitgliederkreise zu tragen und unseren Gegnern Material in die Hände zu geben, wie es tatsächlich schon geschehen ist. Zentralvorstand und Aufsichtsrat werden auf dem Delegiertentage sprechen und dem Manne seine Maske herunterreißen und ihn als das hinstellen, was er ist.

Ar heute die eine Bitte an die Kollegen:
Noch die kurze Zeit bis zum Delegiertentage die Ruhe zu bewahren!
Berlin, den 1. Juni 1911.

Mit kollegialem Gruß!
Namens des Zentralvorstandes und Aufsichtsrates,
(gez.) Paul Biererbe, komm. Vorsitzender.

Der Delegiertentag des Trier-Berliner Verbandes findet vom 19. bis 21. Juni in Halle a. S. statt. Bisher wurden diese Tagungen stets unter Ausschluß der Öffentlichkeit abgehalten, was wohl auch diesmal der Fall sein wird. Immerhin wird es der Leitung, die ein großes Interesse daran hat, daß die Verhandlungen geheim geführt werden, nicht möglich sein, zu verhindern, daß auch die Öffentlichkeit über die Vorgänge in Halle unterrichtet wird.

Die Erregung unter den Berliner Eisenbahnerkreisen ist zurzeit groß, und es ist zu erwarten, daß es in Halle a. S. zu stürmischen Debatten kommt. Bei der allgemeinen Kopfsache wird aber für die Eisenbahner nichts weiter herauszuspringen. Solange sie nicht eine gründliche Umgestaltung ihres Verbandsstatuts vornehmen und sich unabhängig von der Eisenbahnerverwaltung, eine wirkliche gewerkschaftliche Organisation schaffen, kann auch von einer wirklichen Interessendvertretung nicht die Rede sein. Mißwirtschaft wird immer wieder einziehen, wo nicht solidarischer Geist und demokratische Grundzüge herrschen. Deshalb sollten die Eisenbahner aus diesen Vorgängen die richtige Ruhanwendung ziehen.

Hus der Partei.

Polizeiliches, Gerichtliches usw.

Das Opfer einer Fällung

war die „Vollzeitung“ in Jittau geworden. In die Redaktion war eine Postkarte mit der Unterschrift eines Fabrikdirektors gerichtet worden, auf der die Redaktion und die Arbeiterbewegung verhöhnt wurden. Durch die Veröffentlichung der Karte, die sich dann als eine Fällung erwies, fühlte sich der Direktor beleidigt. Das Schöffengericht in Jittau verurteilte den Genossen Schmettler als Verantwortlichen zu 75 M. Geldstrafe.

Immer mehr Attaken auf das Versammlungrecht.

Auf eine Musterbegründung, mit der schließlich alle öffentlichen Versammlungen unter freiem Himmel überhaupt unmöglich gemacht werden können, ist der Landrat zu Wolmirstedt verfallen. In Reichenberg hatte der Amtsvorsteher eine Versammlung verboten. Da die Begründung des Verbots ganz unzulänglich war, hob der Landrat das Verbot als unbegründet auf. Er setzte aber seinem Bescheid hinzu, daß er auch nachträglich die Genehmigung nicht erteilen könne, da er bei dem Mangel an Polizeietatbeamten in einer, wie zu erwarten stand, sehr stark besetzten und erregten Versammlung auf einem sehr beschränkten Raume eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit im Sinne des § 7 des Reichsvereinsgesetzes erblicken müsse.

In der Tat genügt! Die Polizei braucht nur zu erklären, daß es ihr an Polizeietatbeamten mangle und der Grund für die Verlegung der Genehmigung ist gegeben. In einem anderen Falle, in dem ein ähnlicher Alibi-Grund angegeben wurde, hatte der Regierungspräsident den Landrat doch reifiziert.

In Wulferstedt verbot der Amtsvorsteher eine Versammlung mit der Begründung, daß durch Abhaltung solcher Versammlungen, in denen, wie bereits Fälle gelehrt hätten, vorwiegend Gegenstände zur Verhandlung gelangen, welche den bestehenden Verhältnissen entgegen wirken (!) und dadurch nur Reibungen und Unzufriedenheit unter dem Publikum zu erregen geeignet seien, die öffentliche Ruhe und Sicherheit unmittegerweise (!) gefährdet werde. Der Landrat des Kreises Osterleben wies die Beschwerde gegen dieses tolle Verbot ab und betonte, daß eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit nicht nur dann als vorliegend zu erachten sei, wenn sie bestimmte Rechtsgüter — Leben, Gesundheit, Ehre — unmittelbar berühre, sondern auch dann, wenn sie den Rechtsfrieden überhaupt betreffe.

Der Magdeburger Regierungspräsident folgte dieser landesherrlichen Weisung nicht. Er erklärte die Beschwerde gegen das Verbot für begründet, da für die Maßnahmen des Landrats ein ausreichender Grund nicht vorgelegen habe.

Der Amtsvorsteher in Suderode verlagte dem sozialdemokratischen Volksverein zu Thale am Harz die Genehmigung zu einem Umzug durch Steckenburg und Suderode, weil „in diesen Orten an Sonntagen starker Fremdenverkehr herrscht“ und so zu beschwerten sei, daß durch den geplanten Umzug, der vorwiegend nicht unwesentliche Menschenansammlungen verurteilt, die öffentliche Sicherheit gefährdet werde. Um dieses Verbot recht wünschenswert zu können, sei angeführt, daß der Amtsvorsteher in Thale und die Herzoglich-Anhaltische Kreisdirektion, die beide auch um die Genehmigung zu dem Umzuge ersucht werden mußten, diese Genehmigung anstandslos erteilt haben.

Wenn es sich um die Verklammerung des Versammlungrechts handelt, darf natürlich der Osten auch nicht fehlen. In Schönbrunn bei Lauban hat der Amtsvorsteher seinerzeit eine Versammlung unter freiem Himmel unterlag mit der Begründung, daß in der Gemeinde die politischen Meinungen stark auseinandergingen und daß es dadurch leicht zu Reibereien, die schließlich in Tätlichkeiten ausarteten, kommen könnte. Der Landrat fiel in Lauban beschuldigend dieses Verbot; die Begründung nimmt den Amtsvorsteher durch folgende Ausführungen in Schutz: Der Amtsvorsteher fürchte aus der Abhaltung der Versammlung Gefahr für die öffentliche Sicherheit, weil die Versammlung, welche unmittelbar an der öffentlichen Dorfstraße stattfinden soll, den der Sozialdemokratie und ihren Bestrebungen abgeneigten, weit überwiegenden Teil der Einwohnerzahl der ländlichen Gemeinde Schönbrunn seiner Ansicht nach heraufzudrängen und es auf diese Weise zu Ausdeutungen zwischen den Anhängern der verschiedenen Parteien und somit zur Störung der öffentlichen Ordnung kommen würde. Diese Verurteilung könne er nicht als unbedeutend ansehen.

Es muß bemerkt werden, daß die Versammlung gar nicht in der Dorfstraße stattfinden sollte, sondern auf einem von der Dorfstraße durch ein Haus getrennten Platz. Auch das Verbot soll weiter angefochten werden.

Bis zur Reichstagswahl dürften sich, wie die von uns schon mitgeteilten Beispiele zeigen, noch manche Verklammerung des Versammlungsrechts und manche Musterleistung der Polizei auf diesem Gebiete an die Öffentlichkeit wagen.

Jugendbewegung.

Polizei und Gericht gegen den Berliner Jugendauschuss.
Wie unsere Leser wissen, hat der Polizeipräsident den Jugendauschuss für Groß-Berlin zu einem politischen

Verein gestempelt und den Genossen Kurt Rosenfeld aufgefordert, der Polizei die Satzungen und das Verzeichnis der Vorstandmitglieder des Vereins Jugendauschuss einzurichten. Genosse Rosenfeld hat das natürlich nicht getan, weil dem Verlangen des Polizeipräsidenten die tatsächlichen und auch die rechtlichen Voraussetzungen fehlen. Der Polizeipräsident erließ eine Strafverfügung gegen den Genossen Rosenfeld, worüber dieser die Entscheidung des Gerichts herbeiführte. Am Sonnabend fand die Verhandlung vor der Schöffengerichtsabteilung statt, welcher Amtsrichter Berlin vorsah. — Genosse Rosenfeld berief sich darauf, daß der Jugendauschuss überhaupt kein Verein, also auch kein politischer Verein ist, daß er, Rosenfeld, nicht der Vorsitzende des nicht bestehenden Vereins ist und daß Satzungen gar nicht vorhanden sind.

Nun ließ der Amtsanwalt die Anklage zwar soweit fallen, als sie sich auf die Nichterreichung der Satzungen bezieht, er hielt aber an der Auffassung fest, daß der Jugendauschuss ein politischer Verein sei und Rosenfeld deshalb ein Verzeichnis der Vorstandmitglieder einreichen müsse. Zum Beweise für die Nichtigkeit seiner Auffassung konnte sich der Amtsanwalt nur auf ein bei den Akten befindliches Schreiben des Polizeipräsidenten berufen, das gegen das Widerspruchs des Genossen Rosenfeld als Beweismittel verlesen wurde. Beweise bringt das Schriftstück allerdings auch nicht, sondern es trägt im wesentlichen die Ansicht vor, daß der Jugendauschuss von der sozialdemokratischen Partei eingerichtet, also ein politischer Verein sei. Zeugen für diese Ansicht wollte das Polizeipräsidentium nicht angeben. Daraus kann man wohl schließen, welcher Art die „Zeugen“ sind, auf die sich die Darlegungen und das Vergehen der Polizei stützen.

In längeren Ausführungen legte Genosse Rosenfeld dar, daß der Jugendauschuss nichts weiter ist als eine Kommission von Personen, die sich zur Aufgabe gemacht haben, Bildung und Wissen unter der arbeitenden Jugend zu verbreiten.

Doch das Gericht stellte sich auf den von der Polizei vertretenen Standpunkt: Der Jugendauschuss sei eine Einrichtung der sozialdemokratischen Partei, Sozialdemokraten seien im Ausschuss tätig und wenn Sozialdemokraten Veranstaltungen treffen, die der Bildung und dem Kunstsinne dienen sollen, so sei kein Zweifel, daß sie damit Anhänger für ihre Partei werben, also sich politisch betätigen wollen. — So hatte also auch das Gericht den Jugendauschuss zu einem politischen Verein gestempelt. Genosse Rosenfeld wurde zu 10 M. Geldstrafe verurteilt. — Selbstverständlich wird gegen das Urteil Berufung eingelegt werden.

Auslegung des Vereinsgesetzes.

Nachdem das Oberverwaltungsgericht am 14. Oktober 1910 die Freie Jugendorganisation Berlins als einen politischen Verein erklärt und die polizeiliche Auflösung der Organisation dadurch bestätigt hatte, fand am 16. Oktober in Kellersaal in der Kopenstraße eine öffentliche Versammlung statt, welche den Zweck hatte, gegen die Entziehung der arbeitenden Jugend durch das genannte Urteil Protest zu erheben. Polizeileutnant Posemann erschien in Begleitung eines Schutzmannes, um die Versammlung, die die Polizei für eine politische hielt, zu überwachen. Der Einberufer bedeutete dem Beamten, daß die Versammlung keine politische sei und der politische Charakter schon deshalb vermieden werde, um den Jugendlichen die Teilnahme an der Versammlung zu ermöglichen. Aber die Polizeibeamten blieben, und nach dem Bericht, den Polizeileutnant Posemann erstattete, soll der Referent Peters politische Erörterungen geplatzt haben. Die Polizei bedachte den Versammlungsvorherrnden Scholz, seinen Stellvertreter Wenzel und den Schriftführer Holzhütter mit Strafmandaten, weil sie als Leiter einer angeblich politischen Versammlung diese der Polizei nicht angemeldet und Personen unter 18 Jahren in der Versammlung gebildet haben. — Das Schöffengericht sprach Holzhütter frei, weil er als Schriftführer keine leitende Tätigkeit ausgeübt habe. Scholz und Wenzel wurden als Leiter der Versammlung, die das Gericht auf Grund des Zeugnisses des Polizeileutnants als eine politische ansah, zu je 10 M. verurteilt. Gegen dies Urteil legten sowohl die verurteilten Angeklagten als auch die Staatsanwaltschaft Berufung ein. Die Berufungsverhandlung fand am Sonnabend vor der 8. Strafkammer des Landgerichts I statt.

Der Staatsanwalt wollte, daß auch Holzhütter bestraft werde, denn als Schriftführer gehöre er ebenfalls zur Leitung der Versammlung.

Der Verteidiger, Rechtsanwalt Dr. Kurt Rosenfeld, trat diesem Standpunkt entgegen. Der Staatsanwalt mache den Versuch, noch weitere Beschränkungen der Versammlungsfreiheit herbeizuführen, als im Vereinsgesetz enthalten seien. Das Gesetz verlange nur einen Leiter. Der Schriftführer, der weder beauftragt noch beauftragt war, an der Leitung teilzunehmen, könne nicht als Leiter angesehen werden. Der Stellvertreter der Vorsitzenden könne als Leiter nur dann betrachtet werden, wenn er tatsächlich zeitweise die Leitung ausgeübt habe. Das sei hier aber nicht geschehen. Nur der Vorsitzende Scholz habe die Versammlung geleitet. Er allein könne als Leiter in Anspruch genommen werden. Die Hauptsache sei, ob die Versammlung eine politische gewesen sei. Nach den Bestimmungen des Gesetzes könne eine Versammlung nur dann als politische angesehen werden, wenn sie einberufen sei zu dem Zweck, politische Angelegenheiten zu erörtern. Das treffe hier nicht zu. Man könne auch nicht sagen, daß in der Versammlung eine politische Betätigung ausgeübt worden sei, denn eine solche liege nur dann vor, wenn verhandelt werde, auf den Staat und seine Organe einzuwirken. Das sei in keiner Weise geschehen, weder durch das zur Versammlung einladende Flugblatt, noch in der Versammlung selbst. Deshalb müßten alle Angeklagten freigesprochen werden.

Das Gericht folgte den Darlegungen des Verteidigers soweit, als es anerkennt, daß der Schriftführer nicht als Leiter der Versammlung angesehen und der zweite Vorsitzende im vorliegenden Falle nicht als Leiter im Sinne des Gesetzes gelten könne, weil er eine leitende Tätigkeit nicht ausübte. Aus diesen Gründen wurden Holzhütter und Wenzel freigesprochen. Bezüglich des Angeklagten Scholz wurde das Urteil der Vorsitzung bestätigt. Das Gericht stellte sich auf den Standpunkt, aus dem Flugblatt gehe Miß und klar hervor, daß die Erörterung politischer Angelegenheiten beabsichtigt gewesen sei, denn es sollte das Urteil des Oberverwaltungsgerichts kritisiert, über die Entziehung der Jugendlichen Stellung genommen werden gegen die Organe des Staates, welche die Jugend entziehen haben.

Durch das Urteil sind der Staatsanwaltschaft zwei von den Opfern, gegen die sie die Sühnen des Vereinsgesetzes ausgeworfen hatte, entziffen, und daß das dritte Opfer in den Mäßen des Rechtes hängen geblieben ist, das war nur möglich durch eine Auslegung des Begriffs „politische Versammlung“, die sich mit einer vorurteillosen Auffassung schlecht verträgt.

Soziales.

Säuglingssterblichkeit.

In der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ wird der Versuch unternommen, die starke Säuglingssterblichkeit in Deutschland zu beschönigen. Es wird mitgeteilt, daß von 100 Lebendgeborenen im ersten Jahre sterben in Deutschland 17,8, Österreich 20,2, Ungarn 19,9, Rußland 27,2, Italien 15,6, Spanien 17,3, Frankreich 14,3, England und Wales 12,1, Niederlande 12,6, Belgien 13,2, Schweden 7,7, Dänemark 10,6 und Norwegen 6,7. Das offiziöse Blatt will somit zugeben, daß nur Österreich, Ungarn und Rußland in der Säuglingssterblichkeit Deutschland übertraffen. Das ist kein Ruhm! Die vielgerühmte deutsche Sozialpolitik hat die Säuglingssterblichkeit noch einmal unter das Maß der Sterblichkeit in dem verfeinerten Spanien herabzubringen vermocht. Da kommt nun aber das Regierungsblatt und führt die Häufigkeit der Geburten zur Entschuldigung an. Wo die Frauen durch die Häufigkeit der Geburten stark belastet seien, könnten sie der Kinderpflege weniger Sorgfalt zuwenden, als dort, wo die Kinderzahl an sich gering ist. Das ist zweifellos richtig, aber wenn nun im Deutschen Reich die Geburtenziffer erfreulicherweise eine hohe ist, dann erwächst daraus eben die Verpflichtung, den Mütteranspruch und Säuglingschutz ganz

Besonders auszubauen, damit die Geburtenhäufigkeit nicht durch den grauenhaften Säuglingsmord weitgemacht wird. Uebrigens wird die Geburtenziffer, die im Deutschen Reich 32 auf 1000 Einwohner beträgt, von Spanien mit 34,4 pro 1000 Einwohner noch übertroffen.

Eine Denkschrift über Raddob.

Die Bergbauverwaltung arbeitet eine Denkschrift über den Bergang des Unglücks auf Grube Raddob aus. Die Denkschrift soll demnächst erscheinen. Was über den Inhalt bekannt wird, dürfte den Raddobherren sehr angenehm sein, denn die Denkschrift befreit die Wahrscheinlichkeit einer Explosion durch Kohlenstaub. Bei Kohlenstaubexplosionen bildeten sich in der Regel Kohlscherbe und solche Herde seien bisher nur in sehr geringem Maße vorgefunden worden. Kommt keine Kohlenstaubexplosion in Frage, dann würde natürlich auch die mangelhafte Verriegelung keine so große Rolle spielen. In der Denkschrift wird gesagt, die Explosion sei wahrscheinlich durch Gasausbruch entstanden. In der zweiten Sohle sei ein System von Spalten entdeckt worden, das vor dem Unglück nicht vorhanden war. In anderen Gruben habe man die Erfahrung gemacht, daß aus solchen Spalten große Gas mengen ausströmen pflegten. Uebrigens wird noch mitgeteilt, daß zur Verriegelung des Kohlenstaubes ein neues Verfahren eingeführt worden sei, das sich bis jetzt gut bewährt habe und daß sich auch zur Verhütung von Gasausbrüchen eignen werde.

Aus Industrie und Handel.

Ein Brottruff in Amerika.

Amerika wird einen neuen Truff erhalten. 21 der größten Bäckereien der Vereinigten Staaten sollen sich in New York mit einem Grundkapital von 25 Millionen Dollar zusammenschließen. Die jüngst erfolgte Gründung einer Großbäckerei in New York, die zwei große Bäckereien in der Hudson-Neitropole errichtete, wird mit der Neugründung in Zusammenhang gebracht. Man nimmt vielfach an, daß der Truff nur eine Erweiterung der in New York von dieser Gesellschaft errichteten Bäckereien über die ganzen Vereinigten Staaten darstellt. Vorläufig führt der Truff gerade im Gegenzug zu den andern Nahrungsmitteltruffen auf die Sympathien der Bevölkerung der Großstädte. Aus einer Ankündigung geht hervor, daß der jetzt oft schwankende Brotpreis festgelegt werden soll, und daß der Truff die Absicht hat, das Brot zu bedeutend billigerem Preise zu liefern, als es jetzt die meisten Großbäckereien tun. Weiterhin sollen die Bäckereien mit allen sonstigen Maßnahmen ausgestattet werden, so daß sie vorteilhaft gegen die jetzigen Unternehmen, die sich nicht gerade durch Sauberkeit und deren Brot sich nicht durch Güte auszeichnen, abheben. Auch für eine Verringerung der Bäckereischiffe, die in der Union seit Jahren einen Kampf um Lohnhöhe und Verkürzung der Arbeitszeit führen, wird Sorge getragen werden.

Wie lange diese guten Vorzüge anhalten werden, bleibt abzuwarten. Wir fürchten, daß dieses großkapitalistische Unternehmen sowohl den Konsumenten als auch den Arbeitern gegenüber andere Seiten aufziehen wird, wenn es ihnen erst gelungen ist, die Konkurrenz niederzuringen.

Eine Verfrachtung der Südsüdküste wird, wie aus New York gemeldet wird, durch Zusammenlegung mehrerer Gesellschaften mit zusammen 80 Dampfern und 200.000 Acres Ländereien in Kanada, Jamaika und Nicaragua angebahnt. Das Kapital soll 12 Millionen Dollar betragen. Die Atlantic Fruit and Steamship Co., wie der Name des Truffs lautet, wird besonders auf dem wirtschaftlichen Markt operieren.

Aus der Frauenbewegung.

„Medizinisch“ kontra „menschlich“.

Mrs. Crö (Elisabeth Bonneh) hat nach ihrer Verurteilung im Charlottenburger Krankenhausprozess an den Herrn Minister des Innern eine Eingabe gerichtet, in welcher sie bittet, die durch die Beweisaufnahme festgestellte, medizinisch gebilligte, dagegen menschlich und volkswirtschaftlich unverantwortliche Behandlung gebärender Frauen abzustellen.

Die Anhängerinnen des Frauenstimmrechts

veranstalteten gestern in London aus Anlaß der Krönungsfeier einen impetanten Anzug, wobei sie in Wagen Embleme mit sich führten, welche den Anteil veranschaulichten, den die Frauen an der Geschichte und Größe des britischen Reiches haben. Die Teilnehmerinnen marschierten vom Themseufer nach der Albert Hall.

Die Generalversammlung des „Weltbundes für Frauenstimmrecht“ ist in Stockholm mit Gedenken und Predigt eröffnet worden. Die gelehrte Vertreterin des internationalen Frauenstimmrechts ist die nordamerikanische Predigerin Anna Shaw. Die ersten Stockholmer Mütter bringen halbe Seiten große Altschnee, die aus der Frau Anna Shaw auf der Kanzel der Gustav-Wasafirche von Västerås umgeben, den internationalen Frauen den Segen spendend, vor Augen führen. Ob sich die verschiedenen jüdischen und katholischen Vertreterinnen der verschiedenen dem Weltbund angeschlossenen Länder unter den Segnungen befinden, läßt das Bild nicht genau erkennen. Das ganze Fahrwasser, in dem diese „Weltmacht“ segelt, ist damit gekennzeichnet. Wohl uns, dem ein gültiges Geschick, daß die kräftige Hand der sozialistischen Partei, uns vor dem Aufgehen in dieser lieblichen Masse bewahrt hat, uns sozialistischen Frauen, die wir das Freisein von der Kirche erstreben und den Kopf dazu schütten, wenn wir lesen, daß die Pfarrhände des Kantons Graubünden in Chur in der Schweiz beschloß, gegen die Zulassung der Frauen zu Pfarrämtern keine grundsätzlichen Einwendungen zu erheben; den Gemeinden soll die Anstellung weiblicher Pfarrer freigestellt werden“, usw.

Net zu Art. Sorte zu Sorte. Warum sollten wir nicht auch bald in Deutschland diese Speziale aufstauen sehen, die sich einweisen deutscher Rückständigkeit wegen noch in England oder Amerika betätigen muß? Wie sagte doch einst die noch dieser Richtung hin mit guter Spitznase ausgestattete bürgerliche Frau Maria Rischewska? „Sie werden uns mit ihren schwarzen Scharen vielleicht noch erdrücken!“ Das war in Wien nach dem Gen-

ralversammlung des Bundes Deutscher Frauenvereine, als die Aufnahme der christlichen Vereine in den Bund deutscher Frauenvereine beschloffen wurde. Man sagt, sie drücken schon! Und was sagte Genossin Zeitlin in ihrer begeisterten Rede auf dem Frauentag der Sozialistinnen in Bremen? „Richt in die Kirchen hinein wollen wir die Menschheit führen, sondern hinaus aus den Kirchen in Gottes freie und schöne Natur!“ Wir gehen mit Genossin Zeitlin, die Kirchenlust ist nicht — bedömmlich!

Veranstaltungen — Veranstaltungen.

Sechster Wahlkreis. Die Genossinnen der 3. Abteilung veranstalten am Mittwoch, den 21. Juni, ein Kaffeeloch im Restaurant „Wal-Mater“ in der Jungfernhöhe. Treffpunkt: nachmittags 1 1/2 Uhr, Bahnhof Schönhauser Allee.

Gerichts-Zeitung.

Vergeßliches Mähen.

Auf Veranlassung des Gastwirts P. Reinide, Warschauer Straße 73, Inhaber der „Warschauer Bierhallen“, hatten sich am vergangenen Sonnabend der Maschinenmeister Anorr, der Kohlegeger Koppel sowie deren Ehefrauen wegen gemeinschaftlichen Hausfriedensbruchs vor dem Schöffengericht Alt-Moabit zu verantworten.

Der Anklage lag folgender Vorfall zugrunde. Die Angeklagten betreten am 23. April d. J. das Lokal des Herrn Reinide und richteten an den sie bedienenden Kellner Kantelehardt die Frage, ob er in der Lage sei, sich als zu seiner Organisation zugehörig auszuweisen. Statt einer Antwort erwiderte Kantelehardt mit Schimpfworten, worauf der Angeklagte Anorr seiner Entrüstung dadurch Ausdruck gab, daß er seine Verwundung darüber aussprach, wie überhaupt noch ein anständiger Mensch bei solcher Behandlung in dem Lokal von Reinide verkehren könne. Reinide rief nun nach der Polizei und forderte gleichzeitig die Angeklagten auf, das Lokal zu verlassen. Diesem Verlangen konnten die Angeklagten aber nicht sofort entsprechen, da der Ausgang nur sehr eng und sie obendrein von den Polizeibeamten, vier an der Zahl, wegschleppt werden wollten. Dem Angeklagten Anorr wurde die Feststellung ihrer Personalien zurückgehalten.

Das Gericht, vor dem Rechtsanwalt Heine die Angeklagten verteidigte, schloß sich den Ausführungen Heines an und sprach die Angeklagten frei.

Die Bergweilungsthat eines Vaters.

Der durch die Untreue seiner Frau und durch ein körperliches Leiden seelisch vollkommen niedergedrückt war, beschloß gestern als erste Verhandlung die neue Schatzungsperiode des Landgerichts III. Aus der Untersuchungshaft wird der 44jährige Tischler Hermann Schmale vorgeführt, um sich wegen Totschlages, begangen an seinem eigenen Kinde, zu verantworten. Die verhängnisvolle Tat des Angeklagten, die seinerzeit berechtigtes Aufsehen erregte, ist eine Folge schwerer Schicksalsschläge, die ihn unmittelbar hintereinander getroffen hatten. Der 1876 geborene Angeklagte war als Soldat in China, wo er sich infolge einer Nuberkranke ein Magenleiden zuzog, welches ihm viele Beschwerden verursachte. Nach seiner Entlassung aus China heiratete er. Die Ehe, welcher zwei Kinder entsprossen, war von Anfang an nicht recht glücklich, da der Angeklagte seine Frau im Verdacht hatte, mit einem seiner Brüder in unerlaubte Beziehungen getreten zu sein. Dieser Verdacht bestätigte sich zwar nicht, dagegen ergab es sich, daß die Frau schon vor der Ehe mit einem anderen Bruder intimen Verkehr gepflogen hatte. Dies führte zu einer gerichtlichen Nichtigkeitsklärung der Ehe. Der Angeklagte befiel den 3½jährigen Artur, während das etwas ältere Mädchen bei der Mutter blieb. Trotz dieser Vorgänge hoffte der Angeklagte jedoch immer noch auf eine Wiedervereinigung mit seiner Frau, der er sehr zugetan war. Die Hoffnung wurde jedoch dadurch zunichte, daß er erfuhr, daß die Frau nach der Trennung sofort wieder ein anderes Verhältnis angefangen hatte, aus welchem ein am 3. August geborenes Kind hervorgegangen war. Dieser neue Beweis der Untreue seiner Frau rief in dem Angeklagten eine höchst verzweifelte Stimmung hervor, die ihn schließlich auf den Gedanken brachte, freiwillig aus dem Leben zu scheiden. Am 16. August d. J. hörte der Invalide Friedrich Riebel, als er in der Nähe des Bahnhofes Grunewald spazieren ging, aus einer Schenke heraus nächtliche Aufschreie eines Kindes. Er ging den Tönen nach und fand in dem Jagen 58 den kleinen Artur Schmale, dessen Mund durch eine ätzende Flüssigkeit verbrannt war. Eine neben dem Knaben liegende halbleerle Lysofalsche deutete darauf hin, daß dem Knaben Gift eingefloßt worden war. Auf dem Transport nach einem Sanatorium in Grunewald verstarb das Kind. Schmale hatte zuerst die Absicht gehabt, auch sich selbst das Leben zu nehmen; später schloß ihm jedoch der Mut dazu. Aber an demselben Tage gegen 12 Uhr erschien auf dem Polizeibureau ein Mann, der, wie sich später herausstellte, der Angeklagte Schmale war, und gab an, er habe seinen im Grunewald sein Kind vergiftet. Der betreffende Polizeibeamte glaubte, daß der Angeklagte betrunken sei und phantasiere und wies ihn deshalb weg. Beim Weggehen weinte der Angeklagte laut und bat, ihn doch festzunehmen, da er sein Kind getötet habe. Am nächsten Morgen erschien der Angeklagte dann bei der Polizei in Lichterfelde und wiederholte seine Selbstverurteilung. Er wurde hier in Haft genommen, nachdem inzwischen die Auffindung des Kindes bekannt geworden war. In dem Vorverfahren tauchte die Vermutung auf, daß der Angeklagte die Tat in einem Zustande geistiger Umnachtung vollführt hatte. Auf Antrag des Rechtsanwalts Daniel wurde er deshalb längere Zeit durch die Medizinalräte Dr. Hoffmann und Dr. Stoermer auf dem Geisteszustand untersucht. Es ergab sich, daß der Vater, wie auch der älteste Bruder notorische Trinker waren, während sich ein anderer Bruder in einer Irrenanstalt befindet. Die Sachverständigen kamen nach eingehender Untersuchung zu dem Gutachten, daß der Angeklagte ein von vielen Schicksalsschlägen, Sorgen und durch körperliche und seelische Einwirkungen müde gemachter Hypochonder sei, bei welchem positive melancholische Einwirkungen und die Rückwirkungen seines Leidens die geistigen Funktionen vorübergehend herabdrückten hatten. Er sei durch erbliche Belastung, die mütterlichen Familienverhältnisse und Krankheit derartiger aus dem seelischen Gleichgewicht gebracht worden, daß er keine klare Vorstellung mehr über die zur Tat drängenden und die von dieser abhaltenden Beweggründe hatte. Auf Grund dieser Gutachten wurde angenommen, daß der Angeklagte die furchtbare Tat nicht mit voller Ueberlegung begangen hatte. Es wurde deshalb nur

Anklage wegen Totschlages erhoben. Die Beweisaufnahme ergibt keinerlei neue und wesentliche Momente.

In den Nachmittagsstunden wurde das Urteil verkündet. Da die medizinischen Sachverständigen den Angeklagten übereinstimmend als einen erblich belasteten Menschen mit erheblich vermindelter Zurechnungsfähigkeit bezeichneten, beantragte der Vertreter der Anklage selbst die Zuhilfenahme milderer Umstände. Rechtsanwalt Daniel beantragte dem Angeklagten auch die Untersuchungshaft in voller Höhe in Anrechnung zu bringen. Das Urteil lautete auf 1 Jahr Gefängnis unter Anrechnung von 9 Monaten der erlittenen Untersuchungshaft. Der Angeklagte trat die Verbüßung der Strafe sofort an. Von den Geschworenen soll außerdem ein Gnadengesuch für den Angeklagten eingereicht werden.

Ein öffentlicher Kullager als Angeklagter.

Unter dieser Spitzmarke machte eine Notiz die Kunde durch die Presse, wonach ein Amtsanwalt, der jetzige Majoratsherr v. Egid, sich des Meineides und der Unterschlagung schuldig gemacht haben soll. Es handelte sich um eine Gerichtsverhandlung gegen einen Kaffeehändler wegen Amtsvergehen. Die Verhandlung wurde vertagt, um Ermittlungen anzustellen. In der erneuten Verhandlung am 17. Juni vor der stolper Strafammer stellte sich heraus, daß es sich um halslose Parawälle handelt. Egid hatte weder vor dem Gericht in Halle seine Eidespflicht verletzt noch in einem Verfahren zur Regelung von Schulden eines Referendars sich unregelmäßig verhalten zu schulden kommen lassen.

Aus aller Welt.

Der europäische Rundflug. Drei Flieger tödlich abgestürzt.

Der am Sonntag von Vincennes bei Paris aus begonnene europäische Rundflug wurde durch mehrere schwere Flugkatastrophen zu einem schwarzen Sonntag der französischen Aviatik. Der erste schwere Absturz ereignete sich auf dem Flugplatz. Der Flieger Domartin stieß mit seinem Flugzeug gegen einen Baum und stürzte ab. Noch im Laufe des Tages ist der Verunglückte seinen schweren Verletzungen erlegen. Bei Issy Les Moulinaux ist der Militärflieger Leutnant Prinetau mit seinem Apparat abgestürzt. Die Trümmer des Aeroplans gerieten in Brand, Prinetau wurde mit schweren Brandwunden bedeckt tot hervorgezogen. In Chateau Thierry ist der Flieger Vendron infolge einer Explosion der Benzinhälter abgestürzt. Das Feuer sprang auf den Apparat über und der Flieger verbrannte vollständig. Bei Billers Colterets ist der Flieger Dalger abgestürzt. Er trug schwere Verletzungen am Kopf davon. Bei Cheles stürzte der Flieger Valentin ab und erlitt ebenfalls schwere Verletzungen. Olympischer kam der Pilot Marisson davon, der bei Sandy abstürzte, aber unverletzt blieb, während der Apparat vollständig zertrümmert wurde.

Im ganzen sind von dem Flugplatz bei Paris 41 Flieger aufgestiegen, von denen die etwa 300 Kilometer lange Strecke bis Lüttich bisher 13 am Fluge Beteiligte durchflogen haben.

Auf dem Startplatz in Vincennes kam es unter der nach Hunderttausenden zählenden Zuschauermenge zu verschiedenen bedenklichen Ausschreitungen. Auch wird eine Anzahl schwerer Unfälle von Zuschauern gemeldet. So stürzten drei junge Leute von Bäumen herab und erlitten lebensgefährliche Schädelbrüche.

Auf dem Kaiser Flugfelde bei Budapest hat sich am Sonnabendabend ein schweres Unglück ereignet. In den Abendstunden hatte sich ein zahlreiches Publikum eingefunden, um die angekündigte Ankunft des Militärfliegers Vier zu erwarten. Nachdem bekannt geworden war, daß Vier nicht eintreffe, machten mehrere Flieger Flugversuche. Dabei geriet ein Flugzeug beim Abstieg in die Menge, die erschreckt auseinanderstob. Ein Mädchen rannte in panischer Verwirrung gerade in den Apparat und wurde von einem Propeller erfasst, der ihm den Kopf buchstäblich vom Leibe riß.

Tragisches Geschick.

Am Sonntagabend fuhr der in Frankfurt a. M. wohnende Ingenieur Fink mit einer Reisegesellschaft, von einem Ausfluge kommend, mit dem Zuge nach Frankfurt a. M. zurück. Zwischen Wöckheim und Frankfurt war es Fink augenscheinlich schlecht geworden und er lehnte den Kopf zum Fenster hinaus. In demselben Augenblick fuhr ein Güterzug, bei dem wahrscheinlich ein Fenster aufstand, vorbei. Ein Schlag traf Fink gegen den Kopf, so daß er tot in den Wagen zurücksank. Ein Schloffer, der in dem Nebenabteil mitfuhr, wurde durch umherfliegende Glasplitter am Arme verletzt.

Keine Notizen.

Seltener Leichensund. In dem Kloster eines Wirtshauses in Hagebrond (Frankreich) wurde von Arbeitern der noch gut erhaltene Kopf eines Mannes aufgefunden. Es wird vermutet, daß die Wirtsknechte einen ihrer Gäste ermordet haben, um ihn zu brauben.

Choleraverdacht in Wien. Am Sonntagabend ist in der Keinen Schiffgasse in der Leopoldstadt in einem Massenquartier ein Mann unter choleraverdächtigen Erscheinungen erkrankt. Der Kranke wurde sofort in das Isolierhospital gebracht.

Attentat auf einen Polizeibeamten. In der ostbengalischen Stadt Rymensing wurde am Sonntagabend ein Inspektor der Kriminalpolizei vor der Polizeistation erschossen. Die Mörder sind entkommen.

Dass wir heute die

grösste Malzbier-Brauerei Deutschlands

sind, verdanken wir den Sympathien des grossen Publikums, das die qualitative Erstklassigkeit unserer Biere dauernd anerkennt. Damit uns dieses entgegengebrachte Vertrauen auch fernerhin erhalten bleibe, bitten wir, beim Bezuge von Caramel-Bieren in Flaschen ausser auf das blaue Etikett auch auf die Firma zu achten. Minderwertige Nachahmungen sind, wegen der Aehnlichkeit der Etiketten, geeignet, unserem Renomme Schaden zuzufügen. Selen Sie daher vorsichtig und achten Sie stets auf den Namen:

Engelhardt-Caramel-Bier

Unsere Biere sind überall käuflich!

MANOLI

Cigarettes

Beliebte Specialmarken

Abbas Dandy Gibson Girl

Dollmanns Bandagen
Geschäft, nebst Artikel zur Gesundheits- u. Krankenpflege, Verbandstoffe, Gummiwaren etc. Berlin N., Köthlinger Str. 60.
Lieferant für Krankenkassen Eigene Werkstatt.

300 Schreibmaschinen
Gelegenheitskauf, gebraucht fehlerfrei, wie Adler, Ideal, Remingt, Torpedo, Smith Prom, Smith Brothers, Continental, Underwood, Hammond, Mercedes, Stocker, Vest, Blickenderfer, Erika, werden zufolge billig. Uebernahme zu außerordentlich niedrigen Preisen verkauft, schriftl. Garantie, evtl. Teilzahlung, Vermietung.
Schäfer & Claus,
Leipziger Str. 19.

1 Mark
wöchentliche Teilzahlung
Herren-Moden
fertig und nach Mass
Garantie für tadellosen Sitz und feinste Verarbeitung
J. KURZBERG
Mass-Schneiderei
Rosenthaler Strasse 40-41
Frankfurter Allee 104
Ecke Friedenstraße.



Hygienische Bedarfsartikel
Dr. Zarenba,
Weinbergsweg 1, dir. a. Rosenthaler Str.
Billigste Bezugsquelle!
Glumen- und Kranzbinderrei von **Robert Meyer,** nur Mariannen-Straße 2.



Servus
besten Schuhputz

Ueberall zu haben in Dosen à 10 und 20 fg.
Fabrik: Lubzyński & Co., Berlin-Lichtenberg.

Gardinen-Spezialhaus
Emil Lefèvre
Berlin S., Oranienstr. 158.
Wunderbare Neuheiten, Gardinen, Stores, Vitrages, Tüllbottendecken etc. in allen Stilarten.
Pracht-Katalog, ca. 650 Illustr. gratis und franko. Reste von 2 bis 6 Fenster spottbillig.

Tätowierung
eröffnet **Dr. Schönemann,** Spezialarzt für Hautkrankheiten
184/4 Berlin, Oranienstr. 139.

Syphilis-Nachweis
in allen frisch u. veraltet zweifelhaft. Fall durch wissenschaftl. Untersuchung sofort; beagl. Harn- (spez. auf Gonorrhoe-Bakterien) u. Sputum-Analysen.
Dr. Homeyer & Co., Spezial-Laborat., Friedrichstr. 189, am Kronen- und Rohrenstraße, I. 8724. Vert. Rüdiger, biotr. u. kostenl. geöffnet von 8-8 Sonntags von 12-1.

Noch 2 Parzellen a 750 M. (kleine Anzahl.) in **Mahlsdorf,** ca. 5000 Einwohner, 20 Pf.-Fahrt vom Alexanderplatz. Bei mir kaufen Sie jetzt noch billiger als in weiter entlegenen Vororten, wie Hoppegarten, Neuhagen etc. Pläne gratis. Vertreter täglich, auch Sonntags, am Bahnhof Mahlsdorf im Verkaufspavillon **J. Rieger,** Berlin, Gontardstr. 5.

Theater und Vergnügungen

Dienstag, den 20. Juni.
Neues kgl. Opernhaus. Das Rheingold. (Anfang 8 Uhr.)
Römische Oper. Diphys in der Unterwelt.
Leipzig. Sommerputz. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Neues Schauspielhaus. Die feuchte Sufanne.
Kleines. Die verwandelte Katze. 4 Teile der Flanetta. Karneval in Nizza.
Schauspielhaus. Unsere Dept. Triana. Das Prinzen. Anfang 8 1/2 Uhr.
Abellio. Polnische Wirtschaft.
Schiller O. (Männer-Theater.) Der Traum ein Leben.
Schiller & Charlottenburg. Der Weibekandidat.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Kasernenluft.
Neues Operetten. Eine Million. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Süßen. Neue Heimat. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Rose. Der Selbstmörderklub. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Folies Caprice. Die letzte Nacht. Die Hochzeitsreise. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Metropol. Hohel amüsiert sich!
Apollo. Spezialitäten.
Vasner. Spezialitäten.
Reichshallen. Steinerer Sänger.
Wintergarten. Spezialitäten.
Karl Haverland. Spezialitäten.
Waldhalla. Feing und Bettlerin. (Anfang 8 1/2 Uhr.)
Volg. Goldene Jugend.
Wald. Paulus Seidte.
Kaiser-Panorama. II. Jhnd. Indien. Besteigung des Groggladner.
Urania. Landensstraße 48/49. 8 Uhr: Lebende Tierbilder von nah und fern.
Sternwarte. Zwalbendstr. 67-62.

Neues Kgl. Opern-Theater (Kroll)
Dienstag, den 20. Juni, abds. 8 Uhr:
Rheingold.
Mittwoch, den 21. Juni, abends 7 Uhr:
Letztes Gastspiel Fritz Feinhals: Die Meistersinger von Nürnberg.
Donnerstag, 22. Juni, abds. 7 1/2 Uhr:
Lohengrin.
Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus.
Dienstag, den 20. Juni er., abends 8 Uhr:
„Kasernenluft“.
Mittwoch und folgende Tage: „Kasernenluft“.
Metropol-Theater.
Hohel amüsiert sich!
Operette in 3 Akten von J. Freund. Musik von Rudolf Kellon.
In Szene gesetzt vom Dir. H. Schulz.
Anfang 8 Uhr. Rauchen gestattet.

Apollo Theater
Anfang 8 1/2 Uhr.
Die großen Weltstadt-Attraktionen. Lachen ohne Gede!
Der zerbrochene Spiegel
Rom. Original der Gebr. Schwarz.
Im ein Weib.
Großes amerikan. Anstattungsstück.

WINTERGARTEN
Die ausserordentlichen Attraktionen!
LA TORTAJADA.
Die 7 Korinnas, klassische Tanzstudien.
Karl Reinsch und Lucia
mit ihren Vollblutpforden und Hunden.
De Dio.
Charles Barons Burlesko-Monagerie.
Tschla Naas 8 heil. Chungusen und eine Kotte
hervorragender Kunstkräfte!

Stadt-Theater Moabit
Alt-Moabit 47/48.
Dienstag, den 20. Juni 1911:
Theater und Spezialitäten.
Anfang des Konzerts 8 Uhr, der Vorstellung 6 Uhr.
Nach der Vorstellung: **Tanz.**
Spezialnummeriert 75 Pf. Entree 50 Pf.
Jeden Sonnabend u. Montag: **Lustige Sänger.**

Luna-Park
Neueste Attraktionen!
Straße von Cairo.
Getroue Nachbildung von Bauten aus dem Pharaonenlande.
89 Eingeborene aus dem Nillands.
Johnstowns Untergang.
Größte elektrotechnische Lichtschau der Erde.
Vollbetrieb.
Entree 50 Pfennige.

Neue Welt
Amerikanischer Vergnügungs-Park.
Heute Dienstag: Sommerfest der Bäcker-Innung zu Berlin.
Große Spezialitäten-Vorstellung. Ganz neues Programm.
Sensationelle Attraktionen. Doppel-Konzert.
Gebirgsbahn, Wasserrutschbahn, Liebesmühle, Teufelsrad u. a.
Am 23. Juni: Freiwilliger Erziehungsbeitrag Rixdorf. — Am 24. Juni: Berliner Buchdrucker u. Schriftgießer. — Juni 1911. Die ausgeschnittene Anzeige gilt als Freikarte für den Eintritt in den Park, jedoch nicht an Sonn-, Elite- und Vereinstagen.

Schillingsbrücke
am Schleichen Bahnhof.
Täglich mit Musik früh 9 Uhr nach mittags 2 Uhr nach
Täglich (außer Sonnabend) früh 10 Uhr nach und Sonntag nach
Waltersdorfer Schleuse
Neue Mühle. 50 Pf.

Max Kliems Sommer-Theater
Rudolf Krüger, Ostseide 13-15.
Täglich: Erstklassige Theater- und Spezialitäten-Vorstellungen.
Zeitbedachter Theatergarten, bei ungestörter Bitterung Schutz bietend.
Donnerstag: Elftag.
Moabiter Wintergarten
Arius-Hof
Pereberger Str. 26, Stendaler Str. 18.
Direktion: Karl Pirnau.
Täglich: Spezialitäten-Theater-Vorstellung.
Ganz Berlin spricht von **Lea Garba**
die einzige Dame der Welt, welche sich in einem Glasbauge vor den Augen d. Publikums vollständig eintragen lässt.
Der Totentanz von St. Salas.
Vollständig neues Riesenprogramm.
Konzert 6 Uhr. Vorstellung 7 1/2 Uhr.

Passage-Theater.
Abends 8 Uhr:
Die schöne **Maroussia**
die Tänzerin klass. Kunst.
Nina Blotowey
kankas. Volkssängerin, und das neue große Programm!
14 erstklass. Attraktionen.
Café Bellevue.
Kummelsburg am See.
Inh.: G. Tempel.
Jeden Sonnabend und Donnerstag:
Soireen
der Hoffmanns Sänger.
Jeden Sonntag:
Spezialitätenvorstellung und Garten-Konzert.

Urania.
Wissenschaftliches Theater.
Tauentstraße 48/49.
Abends 8 Uhr:
Lebende Tierbilder
von nah und fern.

ZOOLOGISCHER GARTEN
Täglich ab 4 Uhr:
Großes Militärkonzert.
Eintritt 1 Mark.
von abends 6 Uhr ab 50 Pf., Kinder unter 10 Jahren die Hälfte.
Morgen sowie täglich:
Militär-Doppelkonzert.
Jahres-Abonnements an allen drei Schalterstellen.

Admiralspalast
Am Bahnhof Friedrichstraße
Eis-Arena.
Geöffnet von 10 Uhr vorm. in der heißen Jahreszeit angenehm kühler Aufenthalt.
Allabendlich:
Das prunkvolle Eisballott **Montreal**
Die Stadt auf Schlittschuhen.
Zahlreiche Kunstausstellungen.
Exquisite Restauration bis 1 Uhr nachts.
Bis 7 Uhr und von 10 1/2 Uhr abends: halbe Kassenpreise.

Noacks Theater.
Direktion: Robert Dill.
Berlin N., Oranienstraße 16.
Konzert, Theater, Spezialitäten.
Nur noch wenige Tage:
Paulus Beichte
oder: So wird's gemacht.
Anfang 6 Uhr.
Bei schlechtem Wetter: Vorstellung im Saale.

Passage-Panoptikum.
Die **Neger-Riesin**
Abomah, die größte Frau, die je gelobt.
Alles ohne Extra-Entree!

Voigt-Theater
Gesundbrunnen, Badstraße 58.
Heute sowie täglich:
Goldene Jugend.
Dr. Lebensbild m. Ges. u. Tanz i. 3 Akte.
u. Auftreten erstklassiger Spezialitäten.
Kasseneröffnung 2. Anfang 4 Uhr.

Volksgarten-Theater
Dienstag, den 20. Juni:
Konzert, Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.
Neues Programm.
Leopold Rosser — Emmy Lyon — Ewald Treffer — Grappo Brothers.
„Goldener Boden.“

Königstadt-Kasino.
Polzmarktstr. 72. Ecke Alexanderstr.
Som 1. bis 16. Juni:
Das erfolgreichste Programm der Saison. U. a. The Stanloys, Intermezzo im Sings. Die drei Burtons, moderner Kraftakt.
Unsere Wäschermädel.
Dr. Woffe mit Gesang und Tanz.
Jeden 1. u. 16. Programmwechsel.

Carl Haverland-Theater
Kommandantenstr. 77/79.
Kölner Blatzheim-Burlesken.
Ren! Walzerträume. Ren!
Wenn der Vater mit dem Sohne!
Anfang prägnante 8 1/2 Uhr.
Nur höchstes Kommen liefert guten Platz!

Reichshallen-Theater.
Stettiner Sänger.
Britton!
Wiehe im Hofencroft.
Anfang
mochenags
8 Uhr.
Sonntags
7 Uhr.

Folies Caprice.
Täglich 8 1/2 Uhr:
Parisiana-Ensemble.
Die letzte Nacht.
Ein Fenster zu vermieten.
Die Hochzeitsreise.
Das Strumpfband.

Berliner Prater-Theater
Rastanienallee 7-9.
Täglich:
Die drei Grazien.
Woffe in 4 Akten von Teopton.
Spezialitäten und Konzert.
Anfang 4 1/2 Uhr. Eintritt 30 Pf.

ROSE-THEATER
Große Frankfurter Str. 132.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Der Selbstmörderklub
Auf der Gartensbühne täglich:
Konzert, Theatervorstellungen, Spezialitäten. Anf. 4 1/2 Uhr. — Um 8 Uhr:
Die große Revue: Es gibt nur ein Berlin.
Trianon-Theater.
Heute und folgende Tage:
Das Prinzenchen.
Hochschwanz in 3 Akten v. R. Nisch.
Anfang 8 1/2 Uhr.

Partei-Angelegenheiten.

Sechster Wahlkreis. Bei der am 18. Juni vorgenommenen Wahl eines dritten Angestellten sind 7279 Stimmen abgegeben. Dabon waren 141 Stimmen ungültig. Es haben erhalten: Genosse Dolz 461, Fahrw 2889, Frank 1527, Dönisch 1263, Richter 767, Wolgast 731 Stimmen. Nach diesem Resultat ist Stichwahl zwischen den Genossen Fahrw und Frank erforderlich, dieselbe findet statt am Sonntag, den 25. Juni, in der Zeit von 9—1 Uhr. Der Vorstand.

Friedenau. Heute Dienstag, den 20. Juni, abends 8 1/2 Uhr, bei Reckelle, Sandjersstr. 60/61: Wahlvereinsversammlung. Auf der Tagesordnung steht u. a. ein Referat des Genossen Hartmann über: „Die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung.“ Der Vorstand.

Treptow - Baumfchulenweg (Ortsteil: Baumfchulenweg). Morgen Mittwochabend 8 1/2 Uhr: Mitgliederversammlung bei Sper, Baumfchulenstr. 78. 1. Tagesordnung: Gemeindeangelegenheiten. Referent: Genosse Karow. 2. Wie gestalten wir die Leitung des Wahlvereins. 3. Verschiedenes. Mitgliedsbuch legitimiert. Ortsteil Treptow. Dienstagabend 8 1/2 Uhr im Sportrestaurant, Eisenstr. 115/116: Mitgliederversammlung des Wahlvereins. Der Vorstand.

Reinickendorf-West. Heute abend 8 1/2 Uhr in den Eichbornsälen (Inhaber S. Schiller), Eichbornstr. 60: Mitgliederversammlung des Bezirkswahlvereins. Die Bezirksleitung.

Köpenick. Heute Dienstagabend 8 Uhr im Stadttheater: Wahlvereinsversammlung. Auf der Tagesordnung steht ein Vortrag des Genossen Schütte-Dein über Ludwig II., König von Bayern.

Teltow. Am Mittwoch, den 21. d. M., abends 8 1/2 Uhr, im Lokale des Genossen W. Bonow, Berliner Str. 10, Generalversammlung des Wahlvereins. Tagesordnung: Aufnahme, Bericht des Vorstandes und Neuwahl desselben, Vereinsangelegenheiten. Der Vorstand.

Berliner Nachrichten.

Ueber die stimmfähigen Bürger Berlins

führt das Wahlbureau des Magistrats eine Liste, die durch Eintragung des Zu- und Abganges fortlaufend berichtigt wird. Diese Liste der stimmfähigen Bürger Berlins dient als Grundlage für die Kommunalwählerliste, die alljährlich im Juli neu aufgestellt und zur Prüfung ausgelegt werden muß. Der Magistrat berichtet jetzt über die Tätigkeit seines Wahlbureaus im Geschäftsjahr 1910/11 (1. April 1910 bis 31. März 1911).

Dem Jahresbericht entnehmen wir, daß diesmal die Rechnung der stimmfähigen Bürger größer gewesen ist als in dem vorhergehenden Jahre, wo sie allerdings besonders gering war. Im Jahre 1910/11 betrug der Zuwachs 11 896, während er in den fünf vorhergehenden Jahren (zurück bis 1905/06) 3408, 12 042, 9696, 16 374, 23 228 betragen hatte. Die Höhe des Zuwachses hängt ab von der Zahl der im Laufe des Jahres wahlfähig werdenden Einwohner und der neu zuziehenden Wahlfähigen, andererseits der durch Wegzug oder durch Tod ausscheidenden Wahlfähigen. In 1910/11 (und in den fünf vorhergehenden Jahren bis 1905/06) kamen für zugezogene Wahlfähige und wahlfähig gewordene Berliner zusammen 87 425 (91 907, 95 018, 105 639, 108 845, 108 911) neue Personenarten hinzu und schieden für weggezogene Wahlfähige und gestorbene Wahlfähige zusammen 85 528 (88 499, 82 978, 95 943, 92 471, 85 683) Personenarten aus. Leider geben auch immer die Berichte nur die Zahlen für Gesamtzugang und Gesamtabgang. Mit welchen Zahlen im einzelnen der Zugang und die Erlangung des Wahlfähigkeitsalters sowie der Wegzug und der Abgang durch Tod beteiligt sind, das erfährt man nicht. Ausschlaggebend für den oben erwähnten Wechsel der Höhe des Gesamtzuganges und des Gesamtabganges stimmfähiger Bürger ist zweifellos die wechselnde Gestaltung der Zugangs- und Wegzugsverhältnisse. Die besonders ungünstigen Zugangs- und Wegzugsziffern der vorhergehenden Jahre, die unter dem Einfluß der Wirtschaftskrise mit ihrem Arbeitsmangel standen, kommen in dem gesamten Zu- und Abgang stimmfähiger Bürger deutlich zum Ausdruck. Als eine Wirkung der Krisen- und Notstandszeit ist übrigens auch die Mehrung der aus öffentlichen Mitteln unterstützten Personen anzusehen, die ja gleichfalls ihre Spuren in den Wählerlisten hinterläßt. Ueber Unterstützte gingen dem Wahlbureau im letzten Jahre 60 860 Meldungen zu, in den fünf vorhergehenden Jahren 68 485, 60 179, 55 981, 45 944, 42 575. Man sieht, wie sehr Arbeitslosigkeit und Not die Zahl der Unterstützungsfälle erhöht haben. Wieviel Personen wegen Unterstützung aus der Liste gestrichen wurden, sagt der Bericht nicht.

Angewiesen ist schließlich noch, wieviel Personen im Jahre 1910 überhaupt in die Kommunalwählerlisten gelangten. Es waren für die erste Klasse nur noch 928, für die zweite 31 009, für die dritte 247 400, während in 1909 die drei Klassen 966, 31 506, 245 331 Wähler gehabt hatten. Die Ungerechtigkeit des Dreiklassenwahlsystems unseres Kommunalwahlrechts war in 1910 wieder noch ärger geworden und wird auch in 1911 nicht geringer sein.

Stadtvorordnetenwahlen am Sonntag.

Die Stadtvorordneten Dr. Arons und Genossen haben der Stadtvorordnetenversammlung folgenden Antrag unterbreitet: „Die Stadtvorordnetenversammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, die Ergänzungswahlen der 3. Abteilung zur Stadtvorordnetenversammlung von diesem Jahre ab Sonntags stattfinden zu lassen.“ — Vor Jahren hatten unsere Vertreter bereits der Stadtvorordnetenversammlung einen solchen Antrag unterbreitet, damals wurde derselbe jedoch abgelehnt. Wir wollen sehen, welche Stellung die bürgerlichen Fraktionen diesmal zu dem Antrage, der bereits auf der Tagesordnung der am Donnerstag stattfindenden Sitzung der Stadtvorordnetenversammlung steht, einnehmen werden.

Umzugsstermine. Unter Bezugnahme auf die Polizeiverordnung vom 26. März 1870 bringt der Polizeipräsident zur öffentlichen Kenntnis, daß der am 1. Juli d. J. beginnende Umzug bei kleinen, aus höchstens 2 Zimmern und Zubehör bestehenden Wohnungen an demselben Tage, bei mittleren, aus 3 oder 4 Zimmern bestehender Wohnungen am 2. Juli, mittags 12 Uhr, bei großen, mehr als 4 Wohnzimmer umfassenden Wohnungen am 4. Juli, mittags 12 Uhr, beendet sein muß. Am Sonntag, den 2. Juli, ruht nach § 3 des Gesetzes vom 30. Juni 1834 die Umzugspflicht.

Professor Dr. Albert Schriebe, der Vortragende der Berliner Freireligiösen Gemeinde ist am Sonntag nach kurzer Krankheit im Alter von 71 Jahren im Krankenhaus verstorben. Im Jahre 1840 zu Straußberg in der Mark geboren, übte G. anfangs die Zeichenkunst aus, entschied sich aber bald für die Wissenschaft.

Nach dem Abiturientenexamen im Grauen Kloster studierte er Geschichte und Germanistik an der Berliner Universität; unterrichtete hernach in Sonderhausen, dann in Dresden und nahm hierauf eine Stellung in Rudolstadt an, wo er am Fürstlichen Gymnasium 23 Jahre lang im Lehramte tätig war. Seit 1898 wirkte G. als Redner in der Freireligiösen Gemeinde in Berlin durch kulturgeschichtliche und moralphilosophische Vorträge.

Ein Automobilunglück auf der Treptower Chaussee.

Ein Automobilunglück, bei dem zwei Personen schwer verletzt wurden, ereignete sich am Sonntag nachmittag gegen 3 1/2 Uhr auf der Treptower Chaussee zwischen dem Bahnhof Treptow und dem Platz am Spretunnel.

Der Kaufmann Rothe, Elisabethstraße 24 wohnhaft, wollte am Nachmittag mit seiner Gattin einen Ausflug mit dem Droschkenauto IA 2487 nach Treptow unternehmen. Da hinter dem Bahnhof Treptow die gepflasterte Straße aufhört, benutzten die Automobile zum Fahren den Bahndamper der Straßenbahn. Der Chauffeur lenkte seinen Wagen auf die Strophenbahnschienen, die kurze Zeit vorher gesprengt worden waren. Als sich auf etwa der Mitte der Strecke ein Straßenbahnwagen der Linie 90E näherte, versuchte der Chauffeur rechts auszubiegen. Die Vorderräder blieben jedoch in den Schienen stecken und der Wagen rutschte nach der linken Seite aus. Es erfolgte ein Zusammenstoß, bei dem die beiden Insassen des Automobils auf die Straße geschleudert wurden, wo sie besinnungslos liegen blieben. Bei dem Zusammenprall war auch der Benzinbehälter des Automobils beschädigt worden, so daß der Brennstoff auf die Straße floß. Leichtsinngigerweise warf einer der Passanten seine brennende Zigarre in das ausfließende Benzin und im Augenblick der ganzen Bogen in Flammen. Die Angestellten der Straßenbahn löschten mit Hilfe zahlreicher Passanten durch Aufwerfen von Sand und Decken den Brand, konnten jedoch nicht verhindern, daß das Automobil vollkommen vernichtet wurde. Der verunglückte Kaufmann und seine Gattin wurden in einem anderen Droschkenautomobil nach der Unfallstation gebracht, wo der Arzt feststellte, daß Herr R. einen Bruch des linken Beines, mehrere tiefe Fleischwunden an der Brust und Schnittwunden im Gesicht und am Kopf davongetragen hatte. Frau R. hatte einen Bruch des linken Armes, sowie schwere Kopfverletzungen und eine Gehirnerschütterung davongetragen. Das Ehepaar wurde nach dem Krankenhaus Verbanien geschafft. Der Chauffeur blieb bei dem Unglück völlig unverletzt. Durch den Unfall trat eine 25 Minuten währende Störung im Straßenbahnbetriebe ein.

Im Streit erstickt. Aus einem an sich geringfügigen Anlaß geriet am Sonntag abend der Kaufherr Anton Bähr aus der Stallstraße 128 mit dem im gleichen Hause wohnhaften Kohlenhändler Karl Hoffmann in Streit. Im Verlauf des Streites zog Bähr plötzlich ein Messer aus der Tasche und jagte es dem Gegner zweimal in den Leib, so daß Hoffmann schwerverletzt zusammenbrach. Als der Täter sah, was er angerichtet hatte, suchte er zu entfliehen. Er wurde aber von Straßenpassanten aufgehalten und der Polizei übergeben. Der schwerverletzte Kohlenhändler wurde nach dem Krankenhaus Verbanien transportiert, starb dort aber kurz nach der Einlieferung. Die Leiche kam nach dem Schauhaus.

Verunglückte Kinder. In der Stallstraße 9 wurde am Sonntagnachmittag der fünfjährige Sohn Marian des Fleischers W. D. amegewalt beim Spielen von einer Automobilmaschine überfahren. Der kleine Knabe blieb schwerverletzt auf dem Fahrdamm liegen und wurde nach der Unfallstation in der Kommandantenstraße geschafft, wo der Arzt einen doppelten Schädelbruch, mehrere Einbrüche und schwere innere Verletzungen feststellte, die nach kurzer Zeit den Tod des Kindes herbeiführten. Die Leiche wurde von der Polizei beschlagnahmt. Wen die Schuld an dem traurigen Unfall trifft, beharrt noch der Aufklärung.

In der Stallstraße geriet die elfjährige Tochter Gertrud des Arbeiters Kluge beim Hockschlaufen unter die Räder eines Arbeitswagens. Das verunglückte Mädchen erlitt einen schweren Bruch des rechten Unterschenkels und mußte nach dem Lazaruskrankenhaus gebracht werden, wo es Aufnahme fand.

Ein dritter schwerer Straßenunfall trug sich auf der Warschauerbrücke zu. Dort wurde ein achtjähriger Knabe Kurt Jader beim Spielen auf dem Strohdamm von einem Schladerfuhrwerk überfahren und so schwer verletzt, daß er von der Unfallstation in der Warschauerstraße nach dem Krankenhaus am Friedrichshain transportiert werden mußte.

Eine wilde Jagd hinter einem Klingelfahrer gab es am Sonntag abend im Süden der Stadt. Ein Kaspermeister aus der Wäldersstraße 23 hatte einen Ausflug gemacht und kehrte um 7 1/2 Uhr zurück. Als er vom Hofe aus in die hinter dem Laden gelegene Wohnung eintreten wollte, merkte er an der Tür, daß etwas nicht in Ordnung war. Während er behutsam vordrang, hörte er, daß die Tür, die das Berliner Zimmer mit dem Flur verbindet, aufgeschlagen wurde und daß jemand eiligst die Wohnung verließ. Ein Klingelfahrer hatte seine Abwesenheit bemerkt, um sich allerhand Verfassungen einzufinden und suchte jetzt damit das Weite. Der Kaspermeister und andere Leute, die sich ihm anschlossen, verfolgten den Einbrecher durch die Urban- und Tempelherrn- in die Johanniterstraße hinein. Hier floh der Verfolgte über die Gartenmauer nach dem Planufer. Dort war unterdessen aber auch die verfolgende Menge eingetroffen. Der Einbrecher packte nun seine Taschen aus und warf an zwei Stellen Sachen in den Kanal. Dann sprang er in einen Fischerkahn, um nach dem anderen Ufer hinüberzurudern. Bevor er jedoch den Kahn losbinden konnte, packte ihn ein junger Mann und hinderte ihn an der Flucht zu Wasser. Der Einbrecher wurde zunächst nach der Wache des 41. Reviers gebracht. Auf dem Polizeipräsidium wurde er als ein Tisaler Robert Eider festgestellt, der schon oft bestraft ist und zuletzt nicht weniger als 12 Jahre Zuchthaus verbüßt hat. In den Taschen des Verhafteten fand man noch allerhand gestohlene Sachen: einen Trauring mit dem Zeichen J. W. 28. 9. 73., österreichisches und russisches Geld, ein ganzes Portemonnaie voll Pfennige, die wahrscheinlich aus einer Kinderparade stammen, goldene Brillen und Herrenhüte und anderes mehr.

Die Leiche eines unbekanntes Mannes wurde vorgestern nachmittag um 6 Uhr an der Sandkrugbrücke aus dem Spandauer Schiffkanal gelandet. Sie wies am Schädel, am Hals, an der linken Brustseite und am Oberarm schwere Verletzungen auf und war bis auf Reste von einer Unterhose und schwarze Schnallenschuhe ganz nackt. Nach dem Ergebnis der Besichtigung haben ohne Zweifel Dampferführer die Kleider zerlegt und abgerissen und die Verletzungen hervorgerufen.

Die Betriebsanlagen der Konsumgenossenschaft wurden am Sonntag von circa 3000 Personen besichtigt. Die beiden nächsten Sonntage sind für die Besichtigung von 9—12 Uhr vormittags freigegeben. Mitglieder und Nichtmitglieder von den Stadtteilen Norden und Osten, die die Besichtigung wegen Verhinderung nicht haben vornehmen können, sind berechtigt, diese beiden Sonntage dazu zu benutzen.

Ueber einen aufregenden Vorgang an der Fern- und Vortortstraße Lehrter Bahnhof—Spandau wird uns von einem Leser des „Vorwärts“ folgendes berichtet: Eine ständige Gefahr für Passanten

ist sowohl wie auch für Fahrleute ist der zwischen den Bahnhöfen Jungfernheide und Fürstenbrunn, etwa 100 Meter von der letzteren Station befindliche mit vier verstellbaren Schranken versehene Niveauübergang. Die zweigleisige Bahnstrecke wird hier von dem von Charlottenburg-Westend kommenden Fürstenbrunner Weg durchkreuzt. Diesen Uebergang passieren frühmorgens und abends Tausende Arbeiter des Siemensischen Betriebes und zwar oftmals unter Lebensgefahr, denn im Frühjahr und Herbst ist die Strecke infolge der aus dem Spreebett und den Wiesen aufsteigenden Nebel schwer zu übersehen. Der Schrankenwärter hat dann seine liebe Not, alle Passanten ungefährdet hinüber zu bringen, ganz abgesehen davon, daß man manchmal 5 Minuten oder länger warten muß, denn oft passieren drei bis vier Pässe hintereinander. Am letzten Sonntag ging ich den Fürstenbrunner Weg hinunter. Als ich noch 200 Meter von der Schranke entfernt war, meldete am Wärtershäuschen durch Glockensignale ein Zug. Ich ging langsam weiter, in der Meinung, daß nun die Schranke geschlossen werden wird. Doch es war kein Wärters sichtbar. Nur noch wenige Schritte vom Uebergang entfernt, vernahm ich in der Richtung von Spandau das Rauseln eines schnellfahrenden Zuges. Jetzt tauchte die Lokomotive im Bahnhof auf, und ich sah, daß es ein Fernzug war. Im gleichen Moment biegt um die Ecke der jenseitigen Schranken ein zweispänniges Fuhrwerk, das im Trab durch die offene Schranke fuhr. Ich ärgerte und winkte aus Leibeshälften, während der Kutsher sich mit seinen Fahrgästen (zwei sechs bis acht Personen) unterließ und somit mein Aufen nicht beachtete. Jetzt endlich gewahrte auch er das Herannahen des Zuges. Dadurch, daß er auf die Pferde einschlug, gelang es dem Leiter des Gefährts, noch gerade vor dem heranbrausenden Zuge vorbeizukommen. Gleich hinter dem Uebergang hielt der Zug. Kurz darauf kam der Wärters aus dem Häuschen und ließ die Schranke herunter. Die Beamten des Zuges waren ausgestieg, doch der Schrankenwärter winkt ihnen zu, daß nichts passiert sei. Dieser Vorgang ereignete sich vormittags 11.15 Uhr, also in einer Zeit, in der wenig Verkehr ist. Das Unglück ist nicht auszuenden, wenn an Wochentagen in der Zeit des starken Personenverkehrs so etwas vorkommen würde. Es wäre daher an der Zeit, daß an dieser Stelle eine Veränderung getroffen würde, ehe sich ein größeres Unglück ereignet, dies umso mehr, als gerade auf dieser Strecke ein kolossaler Zugverkehr herrscht. Hoffentlich beherzigt die Eisenbahnverwaltung diese Mahnung in der Zukunft und trifft Vorkehrungen, die eine Katastrophe unmöglich machen.

Eine Besichtigung städtischer Mieselfelder und Güter wurde am Sonnabend auf Einladung des Oberbürgermeisters unter Vermittlung des Nachrichtenamtes des Magistrats durch zahlreiche Vertreter der Presse, worunter sich auch Vertreter ausländischer Blätter befanden, vorgenommen. Von Reinickendorf aus ging die Fahrt mit Wagen der Gutsverwaltung durch die zwischen Reinickendorf und Blankenburg liegenden Kleingärten und Laubenkolonien, deren Förderung die Gutsverwaltung seit kurzem sich besonders angelegen sein läßt durch Lieferung von Pflanzen, Laubenholz und dergleichen. In ausgedehnter Weise wird in dieser Gegend auch der Gemüsebau betrieben und zwar von Kleinpächtern. Wie umfangreich dieser Gemüsebau ist, dürfte aus der Tatsache ergeben, daß zu diesem Zweck 1900 Hektar bewirtschaftet werden und daß ungefähr ein Drittel des auf rund 1 1/2 Millionen Doppelzentner zu bemessenden Gemüsebedarfes der Stadt Berlin erzeugt wird. Der Güterdirektor erläuterte unterwegs in der eingehendsten Weise die Anlagen und den Betrieb der Kanalisation und der Mieselfelder. Von Interesse waren auch die Dammschulen bei Blankenburg, in denen die für den eigenen Bedarf der Verwaltung nötigen Pflanzen und Bäume gezogen werden. Nach einer Fahrt von Blankenburg nach Buch ging es mit der Feldbahn nach dem Gute Hoberchtsfelde. Eingehend wurden die einzelnen Anlagen in Augenschein genommen. In umfangreichem Maße wird hier die Schweinezucht und die Schafzucht betrieben; ein großer Viehbestand liefert für zahlreiche städtische Anstalten Milch und Fleisch, in einer eigenen Schlachtereier wird auch Butter gemacht, ein Sägewerk verarbeitet die aus der städtischen Forstkommission Hölzer. Das Getreide wird in Mieseldreschmaschinen gedroschen, das Stroh in Mieselmähdreschmaschinen geschnitten, das Korn in eigenen Mählmöhlen zu Mehl gemahlen, während eigene Bäckereien, — letztere allerdings nicht in Hoberchtsfelde — das Mehl in Backware vertoandeln. Rentabel stellt sich die Schweinefleisch insofern, als das aus den Abfällen der in Buch vorhandenen Anstalten stammende notwendige Futter auf der Feldbahn hierher geschafft wird. Bei den ganzen Einrichtungen ist Wert gelegt darauf, durch möglichst weitgehende Anwendung der Erfindungen der modernen Maschinenteknik den Betrieb zu vereinfachen und die menschliche Kraft soweit wie möglich auszusparen. Von diesem Gesichtspunkt aus erregte es das größte Interesse aller Besucher, zu sehen, wie selbst die Mühle elektrisch gemolken wurden.

Allem in allem dürfte die Besichtigung das Ergebnis gehabt haben, daß manche Vorurteile und falsche Ansichten über den Betrieb und die Verwaltung der städtischen Mieselfelder und Güter aus dem Wege geräumt worden sind, und es wäre nur zu wünschen, daß unsere Stadtverordneten sich auch mehr um den Betrieb kümmern, als das bisher gesehen ist. Es ist zu wünschen, daß die Bestrebungen des jetzigen Güterdirektors, die im eigenen landwirtschaftlichen Betriebe und in der Forstwirtschaft erzeugten Produkte möglichst vorteilhaft für die städtische Verwaltung nutzbar zu machen, in Zukunft mehr Unterstützung finden, als das zeitweise jetzt der Fall ist. Unsere Anerkennung der Tätigkeit des jetzigen Güterdirektors würde eine vollkommenere sein können, wenn er auch für eine bessere Entlohnung der auf den Gütern und auf den Mieselfeldern tätigen Arbeiter Sorge tragen würde. Das wäre sehr not.

In einer Wassertonne ertrunken. Ein bedauernder Unfall, der einem kleinen Kind das Leben kostete, ereignete sich in der Laubenkolonie „Feldschloßchen“ an der Landsberger Allee. In einem unbeaufsichtigten Augenblick kam dort der zweijährige Sohn Gerhard des Arbeiters Kunkel einer Wassertonne, die in die Erde eingegraben ist, zu nahe und stürzte kopfüber hinein. Der Unfall wurde erst später bemerkt, so daß das Kind den Tod durch Ertrinken erlitt.

Die Hundertjahrfeier des Turnplatzes in der Hasenheide ist gestern unter großem Tamam vor sich gegangen. Neben einer großen Anzahl hiesiger und auswärtiger patriotischer Vereine hat auch ein Prinz an der Feier teilgenommen. In einem vom Ausschuß der Deutschen Turnerschaft an den Kaiser gerichteten Telegramm wird für die Entsendung des Prinzen gedankt und der Kaiser gebeten, das Gelingen unwandelbarer Treue entgegenzunehmen.

Ein heftiger Zusammenstoß zwischen zwei Privatautomobilen erfolgte gestern vormittag an der Ecke der Moosstraße. Die eine der Insassinnen, die Gräfin v. Oppersdorf, Gattin des bekannten Herrenhaus- und Reichstagsmitgliedes, aus der Moosstraße 3, erlitt blutige Verletzungen an der Nase. Die andere Dame, die Gattin des Generalkonsuls Bedekind, trug eine nicht unbedenkliche Kopfverletzung davon.

Arg enttäuscht wurden am Sonnabend die Besucher des Gossfelds „Cresita“ im Circus Busch. Wie man uns aus Berlin mitteilt, wurden den Besuchern für ein ganz einfaches Programm 25 Pf. abverlangt, trotzdem auf demselben der an sich schon sehr hohe Preis von 20 Pf. vermerkt war. Für die Garderobe, die jeder abzugeben gezwungen wurde, mußten 30 Pf. gezahlt werden. Unter dem Publikum ries diese Passabilligkeit natürlich Unwillen hervor. Zumal die ganze Vorstellung nur eine Stunde dauerte. So sind diese Vorstellungen nur für Leute berechnet, die über ein großes Portemonnaie verfügen.

Vier Personen ertrunken. Zwei schwere Bootsunfälle haben sich Sonntag nachmittag in der Umgebung von Berlin abgespielt. Auf

Unserem Genossen und der Genossin 23325
Paul Kraft nebst seiner Frau
 nach heftiger Erkrankung
 die herzlichsten Glückwünsche!
 Die Genossen des Bezirks
 542c, Stolpische Straße.

Beeilen Sie sich
 und beschaffen Sie die letzten 17 Parzellen in Jernitz, die ich sehr billig verkaufe. — Pläne gratis. —
J. Rieger, Berlin, Gontardstr. 5

Stoffe
 englische Neuheiten für Anzüge, Hüte, Paletots usw. Meter 6,50, 7,50 etc.
Zuchinger Koch & Seeland G.m.b.H.
 Gertraudenstr. 20-21

Kennen Sie sie?
 Wenn nicht, dann beschaffen Sie die
Villenkolonie Karow,
 die ausgedehnte Gartensiedlung
 a. d. Stettiner Bahn. 20 Hektar.
 300-500 R. Ang. gen. Pläne gratis.
J. Rieger, Berlin, Gontardstr. 5.

Hermann Fischers
 billigste Särge
 Urbanstr. 111, früher Rigdorf, Tel.

Die Hausfrau praktisch, wie immer, kauft die ganze Familie **Florians Zahnpflege-Kasten**, Zahnpulver, Zahnbürste, Mundwasser. Preis nur M. 1.—. Zu haben in Konsumvereinen, Genossenschaften und einschlägigen Geschäften sowie direkt 10 Stück M. 8,50, 24 Stück M. 18.— franko Nachnahme durch **Arthur Wasservogel**, G. m. b. H., Berlin W. 50, oder durch die **Chemischen Werke Florian & Co.**, Britz-Berlin.

H. & P. Uder, Berlin SO. 16, Engel-Ufer 5.
 Tabak-Großhandlung und Tabakfabrik.
 Spezialität: Nordhäuser Kautabak von **G. A. Hanewacker, Grimm & Triepel**.
 stets frisch zu den äußersten Engrospreisen.
 Amt IV, 3014.

Malchower Kautabake
 Nur echt, wenn mit Zettelleinlage
Johann Dannehl, Malchow.
 Generalvertrieb durch **Carl Röcker**,
 VII 3861, Berlin O 27, Grüner Weg 112.

Würzburger Hühneraugenmittel
 von **Dr. H. Unger**. — Gegen 30 Pfennig auf 10 Pf. Anweisung frei. Ohne Zweifel die bequemste u. wirksamste Hilfe. Der Schmerz ist in 5 Min. fort. Das Hühnerauge selbst in 3 Tagen. (Enthält Salicylsäure und indischen Hanfextrakt.)
Dr. H. Unger in Würzburg.
 In Berlin (20 Pf.): Salomon-Apothek, Charlottenstraße 54. Groß-Apothek, Barnimstraße 33. — München: Schützen-Apothek. — Stuttgart: Hirsch-Apothek. — Breslau: Victoria-Apothek. 113/8

Todes-Anzeigen

Am 18. d. Mts. verchied nach kurzem Leiden unser lieber Bruder, Schwager und Onkel
Professor Dr. Albert Gehrke
 im 72. Lebensjahre.
 Pankow, den 19. Juni 1911.
 Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:
Emma Petsch geb. Gehrke.
 Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 22. Juni, nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Friedhofes der Dreifriedhöfen Gemeinde, Doppelacker 15-17, aus statt.

Sozialdemokratisch. Wahlverein Nowawes.
 Am Sonntag, den 18. d. Mts., verstarb im Alter von 48 Jahren unser Genosse, der Dreher
Gustav Gesing
 infolge eines Magenleidens.
 Die Beerdigung findet morgen, Mittwoch, den 21. d. Mts., nachmittags 5 1/2 Uhr, auf dem Friedhof, Goethestraße, vom Trauerhause, Heydowstraße 17, aus statt.
 Um zahlreiche Beteiligung erucht
Der Vorstand.
 Die Mitglieder des Wahlvereins versammeln sich nachmittags 4 1/2 Uhr bei Hienke, Wallstraße 55.

Sozialdemokratisch. Kreiswahlverein Niederharnim Bezirk Lichtenberg.
 Den Genossen zur Nachricht, daß unser ältestes Mitglied, der Tischlermeister
Gustav Maynhardt
 verstorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 22. Juni, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause, Alt-Vorhagen 11, nach dem Gemeinde-Friedhof in Rummelsburg aus statt.
 Um rege Beteiligung erucht
Die Bezirksleitung.

Verband der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands.
 Zahlstelle Berlin.
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Kollege
Paul Georgi
 Hüttenberger Str. 6, Bezirk 2 verstorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Dienstag, den 20. d. Mts., nachmittags 4 Uhr, von der Leichenhalle des Kirchhofes der Stions-Gemeinde, Nieder-Schönhausen-Walden, aus statt.
 Um rege Beteiligung erucht
Die Ortsverwaltung.

Sozialdemokrat. Wahlverein Kreis Niederharnim. Bezirk Rummelsburg.
 Am 18. Juni verstarb nach kurzem schweren Leiden unser Mitglied, der mit am ältesten im Kreise organisierte und tätige Genosse, der Tischlermeister
Gustav Maynhardt
 Alt-Vorhagen 11 (10. Bezirk), im Alter von 66 Jahren.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 22. Juni, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause, Alt-Vorhagen 11, aus nach dem Rummelsburger Gemeinde-Friedhof, Waldstraße, statt.
 Um rege Beteiligung erucht
Die Bezirksleitung
 6/7

Deutscher Metallarbeiter-Verband
 Verwaltungsstelle Berlin.
 Den Kollegen zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Holzregler
Paul Fischer
 am 14. d. Mts. an Schädelbruch gestorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 20. Juni, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Graben-Kirchhofes, Parfadenstraße, aus statt.
 Um rege Beteiligung wird erwartet.
 Den Kollegen ferner zur Nachricht, daß unser Mitglied, der Dreher
Rob. Puhlmann
 am 16. d. Mts. an Lungenleiden gestorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet heute Dienstag, den 20. Juni, nachmittags 5 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Christen-Kirchhofes, Lidtenroder Chaussee, aus statt.
 Um rege Beteiligung erucht
Die Ortsverwaltung.

Zentralverband der Töpfer Deutschlands.
 Filiale Berlin.
 Den Mitgliedern die traurige Nachricht, daß der Kollege
Gustav Maynhardt
 am Sonntag, den 18. Juni, im Alter von 66 Jahren an Herz-Lähmung verstorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 22. Juni, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause, Alt-Vorhagen 11, aus nach dem Gemeinde-Friedhof in Rummelsburg, Waldstraße, statt.
 Um rege Beteiligung erucht
Der Vorstand.
 192/17

Köpenick. Gesangverein „Männerchor“.
 Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Sangesbruder
Otto Baumhummel
 im Krankenhause zu Briz verstorben ist.
 Ehre seinem Andenken!
 Die Beerdigung findet am Dienstag, den 20. Juni, nachmittags 5 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des hiesigen Friedhofes aus statt.
 Die Mitglieder werden erucht sich zahlreich zu beteiligen.
Der Vorstand.

Hierdurch die traurige Nachricht, daß mein innig geliebter Mann, unser treuorgener Vater, Schwiegervater, Großvater und Onkel, der Tischlermeister
Gustav Maynhardt
 nach kurzem, schwerem Leiden am Sonntag, den 18. Juni, früh, im Alter von 66 Jahren sanft entschlafen ist.
 Die trauernde Gattin nebst Kindern.
 Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 22. Juni, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause Alt-Vorhagen 11 aus nach dem Rummelsburger Gemeinde-Friedhof statt.
 23455

Witwe Marie Wiebeck, Rigdorf, Dierich 1.
 Für die überaus zahlreiche Teilnahme bei der Beerdigung meines einzigen Veranbten
Albert Robteutscher
 sage ich seinen Mitarbeitern, dem Gesangsverein Alberts, dem Wahlverein Berlin IV und allen anderen Beteiligten meinen herzlichsten Dank.
 In tiefer Trauer
 Johanna Robteutscher, Ränchen.

Hierdurch die traurige Nachricht, daß mein innig geliebter Mann, unser treuorgener Vater, Schwiegervater, Großvater und Onkel, der Tischlermeister
Gustav Maynhardt
 nach kurzem, schwerem Leiden am Sonntag, den 18. Juni, früh, im Alter von 66 Jahren sanft entschlafen ist.
 Die trauernde Gattin nebst Kindern.
 Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 22. Juni, nachmittags 3 Uhr, vom Trauerhause Alt-Vorhagen 11 aus nach dem Rummelsburger Gemeinde-Friedhof statt.
 23455

Dr. Simmel
 Spezial-Arzt für Haut- und Harnleiden.
 Prinzenstr. 41, Moritzplatz.
 10-2, 5-7. Sonntags 10-12, 2-4

Verein der Berliner Buchdrucker und Schriftgießer.
 Mittwoch, den 21. Juni, abends 8 1/2 Uhr:
Verbands-Versammlung
 im Etablissement „Neue Welt“, Hasenheide.
 Tages-Ordnung:
 Die Vorgänge bei der Firma August Scherl.
 NB. Die Versammlung im Gewerkschaftshause an diesem Tage findet nicht statt.
 Ohne Mitgliedsbuch kein Einlaß.
 Der Gewerkschaftsrat:
 J. A.: Rudolf Albrecht, 2. Vorsitzender.

Verband der Sattler und Portefeuillier
 Ortsverwaltung Berlin.
 Achtung! Portefeuillier! Reiseartikelsattler! Achtung!
 Donnerstag, den 22. Juni, abends präz. 8 Uhr, im „Deutschen Hof“, Luckauer Str. 15:
Außerordentl. Branchen-Versammlung
 Tages-Ordnung:
 1. Das Ergebnis der letzten Tarifverhandlungen. 2. Diskussion. 3. Geheime Abstimmung über Annahme oder Ablehnung des vorliegenden Tarifvertrages. 4. Verschiedenes.
 Alle Kollegen und Kolleginnen sind verpflichtet, die Branchen-Versammlung zu besuchen und sich an der vorzunehmenden Abstimmung zu beteiligen.
 Die Branchenleitung.

Konsum-Verein
 für
Charlottenburg und Umgegend.
 Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.
Ordentliche General-Versammlung
 Mittwoch, den 28. Juni 1911, abends 8 1/2 Uhr, im Volkshause, Köpenickerstraße 3 (großer Saal).
 Tages-Ordnung:
 1. Beschlußfassung über Auflösung des Vereins. 2. Wahl von Liquidatoren.
 Das Erscheinen aller Genossen ist unbedingt nötig! Jeder Genosse muß im Besitze einer Legitimationskarte sein, da ohne diese der Eintritt nicht gestattet ist.
 NB. Zum Zwecke der glatten Liquidation und des Uebertritts zur Konsumgenossenschaft Berlin bitten wir unsere Mitglieder folgendes genau zu beachten:
 Es findet statt: Die Abgabe der Dividendenmarken und Mitteilungsblätter.
 die Einlösung der Sparmarkenarten und die Abnahme der Sparfassenbücher derjenigen Sparer, die ihre Sparfassen einlagen an die Konsumgenossenschaft Berlin übertragen haben wollen:
 vom Mittwoch, den 5. Juli bis Sonnabend, den 8. Juli von 9-1 und 3-6 Uhr
 im Kontor: Wallstr. 23, Hof 1 Treppe.
 Für die Mitglieder in Wilmersdorf findet die Abnahme erst nach der Eröffnung der neuen Verkaufsstelle in Wilmersdorf statt. Der Zeitpunkt wird noch bekannt gegeben.
 Der Aufsichtsrat des Konsum-Vereins für Charlottenburg und Umgegend (Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht).
 106/1*
 023. O. Storch, Vorsitzender. Der Vorstand: F. Dieter, F. Busse, H. Bollmann.

Möbelfabrik „Berolina“
 eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.
 Bilanz für das Geschäftsjahr 1910.

Aktiva	
Raffensbestand	344,37
Barenbestand	28.296,96
Rückstellungen	1.600,—
Werkzeugkonto	2.900,—
Anwesenkonto	400,—
Effektenkonto	900,—
Debitoren	16.181,85
Kautions	250,—
Rantio Dubio	600,—
Wechsel	360,55
	51.806,73
Passiva	
Kreditoren	10.040,24
Darlehen	34.189,12
Anteil	240,—
Rant	536,70
Debitoren Reserve	1.500,—
Ulyprie	3.038,—
Reservefonds	100,04
Gewinn- u. Verlust-Konto	2.178,63
	51.806,73

Im Laufe des Geschäftsjahres ist ein Genosse ausgeschieden. Es verbleiben am Ende des Geschäftsjahres acht Genossen mit einer Gesamtbeitragssumme von 240 R. Diese hat sich ebenso auch das Geschäftsjahr 1911, um 30 R. verringert.
 Der Vorstand: Karl Müller.
 O. Krebs, 2. Vorsitzender.

Deutscher Kürschner-Verband.
 Filiale Berlin.
 Bureau u. Arbeitsnachweis: NO. 43, Behnstr. 8. Fernspr.: Amt 7, Nr. 6789.
 Mittwoch, den 21. Juni, präz. 8 Uhr abends:
Mitglieder-Versammlung
 in den Winkler-Sälen, Kaiser-Wilhelmstr. 18m.
 Tages-Ordnung:
 1. Die lokale Beitragsverhöhung. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
 Um zahlreiches Erscheinen erucht
Die Ortsverwaltung.
 102/12

Kranken-Unterstützungsbund der Schneider.
 Filiale Berlin.
 Mittwoch, den 21. Juni, abends 8 1/2 Uhr, in den Kaminhallen, Kommandantenstr. 58/59:
Versammlung
 Tages-Ordnung:
 Abrechnung vom 1. Quartal. Vortrag des Arbeitersekretärs Bräuner über „Die Reichsversicherungsgesetzgebung“. Ratsangelegenheiten.
Die Ortsverwaltung.
 23945

Verband der freien Gast- und Schankwirte Deutschlands. (Zahlstelle Berlin.)
Bezirksversammlungen:
 Bezirk 1: Mittwoch, den 21. Juni, bei Bräuschke, An der Göttemühlstraße.
 Bezirk 2: Donnerstag, den 22. Juni, bei Obiglio, Schwedter Straße 23/24.
 Bezirk 3: Mittwoch, den 21. Juni, bei Oskar Schneller, Hagen Str. 57.
 Bezirk 4: Mittwoch, den 21. Juni, bei Wilhelm Grabert, Lauffgäßchen 8.
 Bezirk 5: Mittwoch, den 21. Juni, bei Max Rauscher, Guelkenstraße 66.
 Bezirk 6: Mittwoch, den 21. Juni, bei Georg Schumann, Ammerstr. 24.
 Sämtlich nachmittags 5 Uhr.
Die Ortsverwaltung.

Spezial-Arzt
 für Haut- und Harnleiden
 Rosenhaller Str. 79
Dr. Popke, Spr. 9-2, 6-9, Sonnt. 9-3

Wasser-Parzellen
 Neu! von 200 M. an. Neu!
 Adäquat gelegen, ca. 30 km östlich von Berlin. See, Wald, Fließ- u. Landparzellen (teilweise) Pläne gratis.
 Berlin.
J. Rieger, Gontardstr. 5.

Zu verkaufen:
 16 kompl. Jahrgänge „Vorwärts“ (Berlin) von 1893 ab in 1/4, Jahresbänden. 23066*
 5 kompl. Jahrgänge „Volkshaus“ (Karlshagen) von 1906 ab in 1/4, Jahresbänden. — Jedes gut erhalten.
 Gel. Offerten unter D. 1 an die Hauptredaktion des „Vorwärts“.

Wir empfehlen:
Griebens Reiseführer.
 Sudow und Umgebung . 60 Pf.
 Treppen und die Sächsische Schweiz . 2.— R.
 Erzgebirge . 2.—
 Freudenau und Oberwald . 60 Pf.
 Gatz (keine Ausgabe) . 1.— R.
 (große Ausgabe) . 2.50
 Niedenburg . 1.50
 Norddeutsche . 2.— R.
 Oberhain (Salzburg, Salzammergut) . 3.—
 Oberspre . 50 Pf.
 Oisebäder . 2.—
 Vordam und Umgebung . 50 Pf.
 Rheinecke . 1.50 R.
 Riesengebirge (N. Ausgabe) 1.—
 (gr. Ausgabe) 2.50
 Rügen . 1.50
 Sächsische Schweiz Schwarzwald (N. Ausgabe) 1.—
 (gr. Ausgabe) 2.50
 Spreewald . 60 Pf.
 Thüringen . 2.50 R.
 Thür. Wald . 1.—
 Türol (gr. Ausgabe) . 3.—
 (N. Ausgabe) . 1.50

Expedition des „Vorwärts“
 Berlin SW. 68, Lindenstr. 69 (Radem). 246/8*

Pathéphon-Salon



Friedrichstr. 187/188

IST ERÖFFNET.

Pathé Frères, Berlin SW. 68.

Verkäufe.

Vorwärtsler erhalten fünf Prozent Extracash, selbst bei Gelegenheitskäufen. Teppich-Thomas.

Teppiche, lauffestherhalte, spottbillig.

Schlafdecken 1,15. Schülerplatz 2,50, Steppdecken 3,75.

Teppich-Thomas, Drantenstr. 160, Drantenplatz; Rosenfelderstr. 54. 2754R*

Radsfahrerkarten. Wir empfehlen Rad- und Auto-Fahrern Straußes Karte 1200 Quadrat-Meilen um Berlin. 2 Teile a 1,50 Mark. Röhliche Hälfte der Provinz Brandenburg reicht bis Estlin-Niedermünde, südliche Hälfte bis Halle-Weipzig-Dresden-Görlitz. Buchhandlung Vorwärts, Lindenstraße 69 (Baden).

Billige Hofenwohle. Hochlegante Herdenboiler aus feinsten Rohstoffen 7-15 Mark. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21.

Vorjährige elegante Herrenanzüge und Paletots aus feinsten Rohstoffen 20-40 Mark. Versandhaus Germania, Unter den Linden 21. 1288R*

Teppiche (lieblichste) in allen Größen, fast für die Hälfte des Wertes Teppichlager Brunn, Gadescher Markt 4, Bahnhof Börje. (Leder des Vorwärts) erhalten 5 Prozent Rabatt.) Sonntags geöffnet!

Germanianus 6. Niedermünde allerbilligste Einkaufsquelle. Jacketanzüge, Gehrockanzüge, Sommerpaletots, Herrenhosen, Bettensamowohl, Brautbetten, Vermietungsbett, Wäscheauswahl, Gardinenauswahl, Wäschebetten, Steppdecken, Teppichauswahl, Goldschalen, Taschentücher, Wanduhren, Ferngläser, Selbstständig benutzbarer Barometer, Wanduhrhaus Germania, Unter den Linden 21. 1288R*

Teppiche (Farbenschleier) Gelegenheitskauf. Fabriklager Wasserhoff, Kur Große Frankfurterstraße 9, Flureingang. Geöffnet 1874. Vorwärtsler 10 Prozent. Sonntags geöffnet.

Steppdecken billige Fabrik Große Frankfurterstraße 9, Flureingang.

Gardinenhaus, Große Frankfurterstraße 9, Flureingang. 2491R*

Vandensolonisten! Barzellenhäuser. Verpackte, verkaufte meine erscheidend gelegenen Barzellen, Hermsdorf, billig. Normann, Rauerstraße 69. 2227R*

Die Grundbegriffe der Wirtschaftskunde. Eine populäre Einführung von Julian Vorwärts. Preis 40 Pf. Expedition Vorwärts, Lindenstraße 69.

Leihhaus Moritzplatz 58a! Moritzplatz 58a im Leihhaus kaufen Sie enorm billig, als: von Kavaliere getragene Jacketanzüge, Rodanzüge, Paletots, größtenteils auf Seide, 9-18 Mark. Gelegenheitskäufe in Damenjackets, Kostümen, Kleidern, Röcken, hochlegant, bedeutend unter Wert. Gelegenheitskäufe in Uhren, Ketten, Ringen, Wäpche, Aussteuerwäpche, Betten, enorm billig, Moritzplatz 58a. 2729R*

Jährlich nur einmal Inventur-Räumungsverkauf im Teppichhaus Emil Leber, Drantenstraße 158. Extrahlte gratis. 1992R*

Echte Wollsteppiche, prima Qualität. 130/200 14,25, 180/220 20,75, 200/300 33,00 Inventurpreis. Teppichhaus Emil Leber, nur Drantenstraße 158. 1992R*

Zu freien Stunden. Wohnung für das arbeitende Volk. Wohn- und Grabstätten. Abonnement monatlich 10 Pf. nehmen alle Ausgabestellen des „Vorwärts“ entgegen. Probehefte gratis.

Billig, billig, billig! Monatsanzüge, wenig getragene Winterpaletots, Beinleider, Jacks, Smoking, Kaufman nur bei Beimgarten, Feinzeugstr. 23 I, Eckhaus Ritterstraße, früher 20 Jahre Wollschneiderstraße.

Wollen zu Yves Guano und „Egismund Lacroix“. Die wahre Gesundheit des Christentums, von August Hebel. Preis 75 Pf. Billige Ausgabe 30 Pf. Expedition Lindenstraße 69, Baden.

Reisefutter, große, kleine, spottbillig Raumstr. 62 I. 1351B

Herrschafsbetten, 13,00, zwei Prachtstand Dammbett 16,00, umgänglichbar Hochstr. 17 II. 2341B

Kinderwagen, wie neu, billig, Mamut, Voigtstraße 34 IV. 759

Schraubloch mit Eisenhänder billig, Grünerweg 63 I links. 720

Singerbobbin, Schnellnäher, 25.-, Leihhaus, Rosenfelderstr. 32.

Totalrichtung, komplett, fast neu, Fahrgel, Tisch, Stühle, sofort, 500. Schöneberg, Mühlenstraße 12.

Geschäftsverkäufe.
Restoration billig zu verkaufen, Preis 900 Mark. Stallstraße 29a.

Milchgeschäft verlässlich Rigdort, Germaniastraße 154. 768

Extraktion, sichere Expten, 6 Räume, Spottpreis, Destillieren angelehnt. Gartenstraße 74 (Reifenstraße). 2337B

Erkafal, 3 Herrin, Oktober Bräudenbau, billig zu verkaufen. Rigdort, Ringbahnstraße 15. 754

Schuhgeschäft billig zu verkaufen (12 Jahre in einer Hand) Rennstraße 56, Blank. 2349B

Möbel.
Möbel ohne Geld! Bei ganz kleiner Anzahlung geben wir Ihnen unter einzelnen Etappen auf Kredit unter äußerster Preisnotierung, auch Waren aller Art. Der ganze Osten läuft bei uns. Archimedes u. Co., Koppensstraße 4. (Eckhäuser Wohnhof).

Möbel! Für Brautleute günstigste Gelegenheit, sich Möbel anzuschaffen. Mit kleinster Anzahlung geben wir Ihnen Etappen und Stück. An jedem Stück deutlicher Preis. Lieberpreis, daher ausgedehnt. Bei Brautleuten, Säulen und Arbeitslohnzeit anerkannt größte Richtigkeit. Möbelgeschäft W. Goldstaub, Hoffenerstraße 38, Ecke Gneisenauerstraße. Kein Abzahlungsgeschäft! 2901R*

Möbel-Gelegenheitskäufe in allergrößter Auswahl; einfache sowie bessere Wohnungseinrichtungen bedeutend billiger als regulär. Ergänzungsmöbel. Bäpche, Schreibtische 45, Sofas 45, Garnituren 65, Leuconen 37, Schränke, Verticos 27, Kronen, Teppiche, Bilder, Küchenmöbel, Klubsessel, Ledersofa, Umhänge, Ledertische usw. spottbillig. Lemmer's Möbelgeschäft, Lothringergasse 65, Rosenfelderstr. Die Möbel sind in vier Etappen aufgestellt. 2713R*

Rehfeld, Badstraße 49 (Gesundbrunnen), liefert ein Zimmer und Küche für 165.-, auch außerhalb.

Rehfeld, Badstraße 49, liefert Englische Bettstellen, Maträtze für 30.-.

Rehfeld, Badstraße 49, liefert gebrauchte Bettstellen, Maträtze für 12.-, 15.-, 18.-, 21.-.

Rehfeld, Badstraße 49, liefert vollständige Schlafzimmern, hell für 200.-.

Rehfeld, Badstraße 49, liefert angelegene Wäsche-Sofas für 45.-.

Gneisenauerstr. 10, Ecke Hoffstr. S. Grau, bekannt als beste Bezugsquelle. Kassa und Teilzahlung.

Möbel-Verkauf, Brunnenstraße 7, am Rosenfelder Tor, Wohnungseinrichtungen auf Kredit und gegen bar. Kleinen-Auswahl. Stühle und Küche Anzahlung von 15 Mark an. Einzelne Möbelstücke von 5 Mark Anzahlung an. Hervorragend schöne Muster in bunten Röhchen. Wochen-, Monats- oder vierteljährliche Raten nach Ueberkunft. Lieferer auch nach auswärts. Vorzeiger dieses Inserats erhält beim Kauf 5 Mark gutgeschrieben.

Möbel-Verkauf, Moritzplatz 68. In meinem seit 32 Jahren bestehenden Möbelkaufhaus stehen in neun Etagen komplette Wohnungseinrichtungen zu äußerst niedrigen Preisen zum Verkauf als Spezialität liefert: Ein- und Zweizimmer-Einrichtungen. Ein Zimmer und Küche 300.-, 422.-, modern 479.-, 2 Zimmer und Küche modern 501.-, 667.-, 721.-, Schlafzimmer, englisch 190.-, modern, echt Eiche, 347.-, Wohnzimmer, modern, 297.-, Speisezimmer 355.-, Herrenzimmer 200.-, englische Bettstelle mit Maträtze 44.-, Kleiderständer, Truemein, gefächelt 34.-, Schlafsofa 36.-, Wäsche 58.-, Umbau 20.-, Teppiche, Kleiderlager. Besichtigung erbeten. Transport und Lagerung kostenfrei. Eventuell Zahlungsvereinfachungen. Geöffnet 8-8, Sonntags 8-2. Kein Laden. Verkauf nur im Gebäude. Kupferdamm F. gratis und franko. 1905R*

Möbelstilerei, Darnsdorf, Tischlermeister, gegründet 1901, Stallstraße 57 (Moritzplatz), liefert komplette Wohnungseinrichtungen zu niedrigsten Preisen. Unübertroffene Leistungsfähigkeit. Enorme Auswahl. Zahlungsvereinfachung. Vorwärtsler 3 Prozent. Kein Laden. Verkauf im Gebäude.

Dame verkauft Kücheneinrichtung, wie neu, mit prachtvollen Röhchenmöbeln, Teppich, Wandbilder, Küchengerät, zusammen 200.-. Bäpche, Schreibstisch. Alte Schönhauserstraße 19, I. 2356B

Verwalter verkauft umständehalber Kücheneinrichtung, mit hochlegantem Umbausofa, prachtvolle Röhchenmöbel, Küchengerät, zwei Teppiche, 190, nur Privatleuten, Kupferdammstr. 38, Hermsdorf, billig. Weinmeisterstraße 1b-2. 903

Polsterwerkstätte verkauft prima gearbeitete Sofas 54.-, Chaiselongues 25.-, Garnituren 110.-, Umbauten mit Kissen 48.-. Richtig billig. Nur Stallstraße 25, an der Hochbahn! 2744R

Möbel. Kaufen Sie Möbel nur bei Frau, Bielefeldstraße 30, da kaufen Sie am billigsten! 7110

Möbel-Räumungsverkauf. Möbel-fabrik Gneisenauerstraße 15, nahe dem Gneisenauer Tor, seit 1880 bestehend, verkauft nur kurze Zeit wegen Ueberfüllung der Lagerräume zurückgesetzte und verbleiben gewesene Möbel bedeutend unterm Preis. Spezialität kleine, neue Einrichtungen von 130 Mark an. Teilzahlung gestattet. Einzelne Möbel, Kleiderständer 20.-, Vertico 16.-, Bettstellen mit Maträtze 12.-, Schreibtische mit Aufsatz 38.-, Wäpche 55.-, Ausziehtische 18.-, Speisetische 5.-, Bäpche 100.-, moderne Umbauten 50.-. Komplette farbige Röhchen von 45.- an. Polstermöbel aus eigener Fabrik spottbillig. Schlafsofa 35.-, Kleiderständer und Dede 23.-, Garnituren 60.- usw. Große Vorkosten Teppiche, Portieren, Uhren besonders billig. Seltene Gelegenheit in Herrenzimmern, Speisezimmern, Schlafzimmern, Wohnzimmern. Ausbewahren frei. Lieferung durch eigene Gespanne. Sonntags geöffnet. Bitte auf Hausnummer 15 zu achten. R

Fahrräder.
Fahrräder, Teilzahlungen. Spezialräder 45,00 Barzahlung. Invalidenstraße 20, Wilhelmshagenstraße 73 (Ecke Turmstraße). 2470R*

Verrennfahrrad, Damenfahrrad, einmal benutzt, 35.-, Holz, Blumenstraße 36b. 2108R*

Geschäftsdreierad, äußerst stabil, 50,00 an. Holz, Blumenstraße 36b. 2353B

Brennaborrad, Lopedofreilauf, Damenfahrrad 28.-, Winter, Sophienstraße 11, hochpartier. 2353B

Fahrräder, 1000 gebrauchte und neue, für Biedervertäufel und Private. Fahrradfabrik Rosenfelderstraße 32 (neben Wertheim). 2354B

Metalldruck kauft Schermer, Kiedersdorferstraße 21. 720

Vorsicht! Bäckerei-Anstalt Lichtenberg, Hermsdorf, Lichtenberg 3166. Abholung täglich. 759

Verloren schwarzes Lederportemonnaie mit Inhalt Sonntag abend 8-9 Uhr vom Restaurant Teufelscher, Müggelheimer Chaussee, bis Köpenick. Abzugeben Witwe Klar, Rigdort, Sanderstraße 12. Hohe Belohnung. Verlierer muß aufkommen. 2333B

Reinigung Frauen, Four Laubenstraße, sofort verlangt Schönebergstraße 24/25. 89/1*

Zu Arbeitsmarkt durch besondern Druck hervorgehobene Anzeigen kosten 50 Pf. die Zeile.

Die unterzeichnete Kasse sucht zum 1. Juli 1911:
1. einen jüngeren Bureau-Gehilfen als Hilfsarbeiter, Gehalt 1200 M. p. a.
2. eine jüngere Stenotypistin, Gehalt mit Lebenslauf und Zeugnisabschriften und zu 2 mit Gehaltsangabe sind bis zum 23. d. M. zu richten an 277/1
Gemeinsame Ortskrankenkasse u. Gr. Lichterfelde, Chausseestr. 18.

Tüchtiger Schlosser als Kolonnenführer auf bessere Stelle verlangt Kalläne & Lohse, Müggeler Str. 2. 2338B

Achtung! Holzarbeiter. Wegen Streit oder Lohn-differenzen sind gesperrt: Parfettbodengeschäft Kampfmeyer, Chr. Becker Söhne, Kirschen, Nord-Parkettfabrik Hannover, Berliner Parkettf. Badmeyer, Ing. Russack, Rosenfeld, Dahleman, Dame i. Ja. Schlesinger, Butterweich, Pick. Kofferfabriken: Trebesten u. Knappe, Röhren Str. 126. Märkische Holzwarenfabrik (Lehmann), Blumenstraße 81. Wagner, Moritzstr. 52. Reichelt, Kraustr. 39. Greulich (Krüger), Grüner Weg 28. Tischfabrik Hücke, Straßunderstraße 59. Findelsen, Blumenstr. 65. Sautschlager Paul, Monumentenstraße 23 und Hagelberger Straße 4. Sautschlager Engelmann, Rigdort, Fontaneurstr. 23. Galoniefabrik Heier, Freese, Berlin-Niederischonhausen. Pianofabrik Späthe, Potsdamer Str. 29 und Späthe in Gera. Sämtliche Betriebe in Hamburg, Wagnitz, York, Finsterwalde, Schönwalde u. Crantenburg. Das Berliner Arbeitswilligenvermittlungsbüro d. freien „Handwerker- und Arbeiterverbandes“. Die Arbeitsverwaltung Berlin des Deutschen Holzarbeiterverbandes.

Mühlensarbeiter. Die Differenzen mit der Goldadermühle bestehen unüberbärt fort. Die Dampfmaschine von Goldader, besser Goldadererbesitzer Eduard Goldader, Brunnenstr. 129/30, ist für organisierte Mühlensarbeiter gespart. Verband der Brauerei- und Mühlensarbeiter. Ortsverwaltung Berlin. 43/4*

Musik.
Pianos, 80,00 an, Teilzahlung, nichtswenig 6,00. Scherer, Chausseestraße 105. 2276R*

Schlesinger-Pianos, fast neu, im Auftrag billig abzugeben. Soller unter Higelton. Pianomagazin Potsdamerstraße 27b, vorn hochpartier. 90/8

Patentanwalt Wessel, Wollstraße 9a. 2439R*

Patentanwalt Müller, Wollstraße 81. 2439R*

Kunstoperier von Frau Rosdoly, Schöneberg, Kurstraße 8 III.

Friedrich-Wilhelm General-agentur-Zahlstelle, Rainerstraße 24 (Frankfurter Allee), Lebens-, Arbeits-, Kinderversicherung. Neuaufnahme, Inkassierung erlosener. 2733R

Kunstoperier Leber, Große Frankfurterstraße 67. 2396R*

Zahngelüste, Zahn bis 50 Pfennig! Platin, Granit 5,20, kunst Blumenstraße, Brunnenstraße 196 (Rosenfelder Tor). 2751R*

Technikum, Berlin, Reanderstraße 2 (Eckel-Akademie), Inhaber Kurt Berner, Kollonnenbau, Elektrisch, Hochbau, Tiefbau, Ingenieurkunst, Lehrmeister, Werkmeister, Monteur, Zinn-, Zugschmelzer, Polierkunst, Architektur, Tageskurse, Abendkurse. *
Wandteiche Kurstraße 27. *

Handwäscherei. Wäsche wird schonend gewaschen, freier getrocknet, Leibwäpche, vier Handtücher, vier Taschentücher, Latex 0,10. Kein Barzahlung. Abholung Donnerstag. Frau Andasch, Köpenick, Ziemingstraße 9. 2744R

Zahngelüste, Zahn bis 80 Pfennig! Goldschalen, Handheime, Stanol, höchstzahlend. Kohn, Neue Königstraße 76. 215/15*

Größte Wäscherei Drehsche, Köpenick, Vorstr. 18, liefert Kneewäsche im freien getrocknete Wäpche 4 Handtücher 0,10. Abholung Donnerstag. 2762R

Dauerwäpche. Zum Betrieb dieses Artikels werden noch einige tüchtige Verkäufer bei hoher, sofort auszahlender Provision gesucht. Auch nebensächlich für Beamte und Werkmeister. Albers, Berlin-Rigdort, Bergstraße 110. 731

Wäpche wird sauber gewaschen, im freien getrocknet, 3 Handtücher, Leibwäpche, Latex, 4 Taschentücher 10 Pfennig. Wilhelm Friedrich, Köpenick, Wilhelmstraße 8-9. Abholung Montag. 2761R

Wohnungen.
Balkonwohnung, zwei Stuben, Küche 32,00, sofort kleine Kurstraße 3. 87/15*

Billige Wohnungen Breslauerstraße 5. 165/1*

2 Stuben, Küche, wie neu, 175,00 mit Heizk. Händler werden. Angermünderstraße 6, Ruhrgeschäft.

Zimmer.
Großes Zimmer, 2 Herren, kleines, 1 Herr, separat, Kommandantenstraße 15, Hof links, Keller, Frau Weiß. 2330B

Möbliertes Zimmer an einen oder 2 Herren zu vermieten Landbergerstraße 81, Hof 1 Treppe rechts, bei Trost, nahe Alexanderplatz. 2337B

Schlafstellen.
Möbliertes Schlafstelle für Herrn, Röhle, Rantenerstraße 84. 73

Schlafstelle an ausländisches Mädchen, Gräberstraße 92, vorn I rechts.

Mietsgesuche.
Junger Mann sucht kleines Zimmer, SW. oder W. Ullas Simon, Lüttenstraße 67. 2352B

Fraulein sucht einfach möbliertes, helles Zimmer, Nähe Kottbuser Wer. Offerten mit Preis Postlagerkarte 35 Sändend. 2336B

Stellengesuche.
Querläufiger Mann, in größerem Maßstab tätig gewesen, wünscht Beschäftigung (gelernter Sattler) unter W. M. 48* Postamt 18. 720

Stellenangebote.
Vater auf Goldbleiben verlangt Max Leonhard, Weihensee, Leberstraße 66. 7149

Handreiner sucht 1. Juli, Wilmersdorf, Kollonnenstraße 49, Wohnung, 2 Stuben, Bad. Schmidt.

Mechanikerlehrling verlangt Medischstraße 20. 7113*

Portierkente, 2 Aufgänge, Juli gesucht Kollonnenstraße 28. 73

Hilf und Lederzuschneider verlangt Schuhfabrik Carst, Kungestraße 20. 2342B

Tüchtige Drücker verlangt Kronenfabrik Aufgang 6 III, Ritterstraße 11. 73

Selbstständigen Elektromonteur sofort Reinickendorf, Rantstraße 3.

Gadglühlicht Imprägniermaschinen, Padecimen, Anbinderinnen, Vorderzimmerinnen, Handdreherinnen verlangt sofort Dr. Lppenheim, Kollonnenstraße 30. 2327B

Gräbe Halterin, Durchlasserin verlangt Dampfwascherei „Sanitas“, Kollonnenstraße 32. 73

Wädchensachen Arbeiterinnen. Treppenbader, Schönhauserallee 133, hinter Seitenflügel. 7123

Aufwartung, vormittags. Etlich, Bäckerstraße 2. 738

Aufwartung, vormittags. Etlich, Bäckerstraße 2. 738